DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

313 27. JAHRGANG Oktober 2010 4,50 €

AUS DEM INHALT:

FLÜCHTLINGE

Daniel (Name geändert) lebt seit 9 Jahren in einem Flüchtlingslager im Land Brandenburg. Wir trafen uns dort zu einem Interview, um über sein Leben im Lager und seine Erfahrungen als Flüchtling mit Duldungsstatus in Deutschland zu sprechen. Seite 4

FREIHÖFE

In Deutschland und vielen anderen Ländern zeigen sich immer mehr die Grenzen des gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Modells. Einerseits haben die letzten 200 Jahre große Fortschritte in vielen Bereichen (vor allem der Lebenserwartung) mit sich gebracht, andererseits sind wir bislang unfähig, eine Lebensweise zu entwickeln, die diese Fortschritte in einer zukunftsfähigen Weise nutzt und alle Menschen in eine Gesellschaft integriert, die menschenwürdiges Leben für jede und jeden jetzt und in Zukunft ermöglicht. Freihöfe können ein Element einer notwendigen Solidarischen Ökonomie sein. Seite 5

OFFENE SOMMERUNI

Friederike Habermann hatte dazu eingeladen, sich fünf Sommertage lang mit ihrer »subjektfundierten Hegemonietheorie«, fußend auf den Denkansätzen von u.a. Antonio Gramsci, Michel Foucault, Judith Butler und Gayatri Chakravorty Spivak, und ihrer Relevanz für alternative Politpraxis zu befassen. Neunzehn TeilnehmerInnen versammelten sich im August im selbstverwalteten Tagungshaus Wernsdorf, ein paar Katzensprünge südlich von Berlin, um sich diesem Thema zu widmen. Seite 6

ÖKOBANK

Immer wieder gab es die Idee, dass die Geschichte des Scheiterns der Ökobank einmal aufgearbeitet werden sollte. Nicht aus der Szene, sondern mit distanziertem Blick von außen legte bereits 2007 Monika Pinski an der Universität Lüneburg eine Masterarbeit vor, in der sie einen Vergleich zwischen Ökobank und der Nürnberger UmweltBank zieht. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

Die ab den 1970er Jahren zunehmenden Schwierigkeiten der Sozialstaaten die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, wurden durch die Globalisierung und Deregulierung der Finanz- sowie der Arbeitsmärkte verstärkt. Sie haben sich nach der jüngsten globalen Finanzkrise zugespitzt. In den Großunternehmen sind schon lang nicht mehr ausreichend Arbeitsplätze vorhanden, und die neu geschaffenen Arbeitsplätze sind oft befristet oder auf der Basis geringfügiger Beschäftigung. Produktivgenossenschaften werden in anderen Ländern vom Staat bei der Durchführung sozialpolitischer Aufgaben als Partner einbezogen. Sie zeigen sich dort als wesentliches Element innovationsorientierter Beschäftigungspolitik. Seite 13

www.contraste.org

7. LINKER MEDIENKONGRESS IN BERLIN MIT GROSSER RESONANZ

Medien kompetent nutzen, gestalten und diskutieren!

»Zeichen setzen« war die Überschrift der 7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz, kurz LiMA, die vom 10. bis zum 14. März 2010 auf dem Campus Oberschöneweide der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) stattfand. »Irgendwie ist es dann doch immer wieder ein Wunder. Es läuft. Wie jedes Jahr«, konnte in der Pressemeldung zum Ende des viertägigen Kongresses gelesen werden. Mit mehr als 950 TeilnehmerInnen wuchs die LiMA ein weiteres Mal. CONTRASTE dokumentiert in diesem von Christoph Nitz und Bernd Hüttner zusammengestellten Schwerpunkt einige Beiträge.

»Da gehts lang!« – Zum ersten Mal fand die LiMA auf dem Gelände der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft statt Foto: Christian v. Polentz/transitfoto.de

Von Bernd Hüttner, Christoph Nitz und Felix Werdermann ● Was erwarten die TeilnehmerInnen bei der LiMA? Ganz einfach, sie wollen sich in Workshops und teilweise mehrtägigen Seminaren handwerkliches Können aneignen, um an ihren Wohnorten Zeitungen, Radio oder Internetprojekte noch besser gestalten zu können. Das umfassende Weiterbildungsangebot auf dem Niveau von Journalistenschulen ist Kern der Attraktivität der LiMA: Ein Angebot, das sich gezielt auch an nebenberufliche Medienmenschen richtet. Das ist der Unterschied zu den anderen Medienkongressen im Land. Und nach der Pflicht kommt die Kür. Neben Weiterbildung für alle Sparten der Medienproduktion bietet die LiMA Raum für politische Diskussion und Networking.

Im Vergleich zu den vergangenen Jahren kamen dieses Jahr deutlich mehr jüngere TeilnehmerInnen. Am ersten Tag des Kongresses wurden Angebote für junge Medienmenschen (LiMAcampus) gemacht, gewerkschaftliche Themen und Kampagnen auf die Agenda gesetzt (LiMAunion camp) sowie die neuen Möglichkeiten des Web 2.0 erkundet (LiMAdigital). An den anderen drei Tage finden Podiumsdiskussionen und Workshops statt, insgesamt weist das gedruckte Programm für diese vier Tage 236 Angebote und ca. 150 Mitwirkende aus.

Das Konzept der LiMA wird jährlich weiterentwickelt und besitzt seit 2008 drei Kerne: Debatte, Networking und (Weiter-)Bildung: Debatte meint das Nachdenken über die eigene Medienarbeit, aber auch die emanzipatorische Kritik der Mediengesellschaft. Networking meint, dass die LiMA ein Ort ist, an dem Linke aus Parteien und sozialen Bewegungen, Radiomacherinnen und Fotografen, Anhänger von klassischen Druckerzeugnissen aus der sächsischen Provinz mit Microbloggern aus Westniedersachsen oder StudentInnen aus Nordbayern zusammentreffen.

Weiterbildung ist der Gründungsimpuls der LiMA. Hier geht es um die Vermittlung von Kompetenz in der Medienproduktion, wie auch in der Mediennutzung, egal ob Print- oder Online-Produkte selbst hergestellt oder genutzt werden.●

GRENZENlos – Nach der LiMA ist vor der LiMA
Die 8. Akademie findet vom 9. bis 13. März 2011 wieder an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin auf dem Campus Wilhelminenhofstraße statt.
Informationen: Linke Medienakademie e.V., Weitlingstr. 35, 10317 Berlin, Tel: (0 30) 42 02 31 16, E-Mail: info@lima-akademie.de, www.lima-akademie.de

LiMA-Akademien sind ...

... modular
... als Gegenentwurf zu geschlossenen Podien und Veranstaltungen konzipiert. Sie sind ein offener Organismus, ein aus vielen Bestandteilen zusammengesetztes Mosaik, das jedes Jahr neue Gestalt annimmt.

... partizipativ
... in direkter Kommunikation mit den Teilnehmenden entworfen. Sie greifen deren Anregungen und Ideen auf und entwickeln diese zum Konzept für die jeweils nächste Akademie fort.

... verbindend
... das jährliche Treffen von MultiplikatorInnen, MedienmacherInnen, KunstlerInnen und MedienkonsumentInnen. Sie sind Plattform für Junge und Alte, Neugierige und Erfahrene, Organisierte und Unabhängige, die aus Vereinen und Verbänden, Gewerkschaften, Initiativen und Medienprojekten kommen. Der Austausch zwischen MultiplikatorInnen, ehrenamtlichen und hauptberuflichen MedienmacherInnen und Engagierten aus Verbänden und der politischen Arena kann dazu führen, dass das Verständnis für die jeweils andersartigen Umfeldsituationen verbessert wird. LiMA Akademien fordern den Dialog zwischen unterschiedlichen Akteuren ein und fördern die Kommunikation.

... einzigartig
... die Umsetzung des Leitgedankens von Debatte, Bildung und Networking. Viele Veranstaltungen und Kongresse widmen sich jeweils einzelnen Feldern, die Verknüpfung wird bei der LiMA konsequent durchgeführt. LiMA Akademien wollen AkteurInnen der Zivilgesellschaft helfen, durch die Vermittlung von Expertenwissen und Teilhabe an politischen Debatten ihr Engagement für soziale und alternative Ziele in der Mediengesellschaft des 21. Jahrhunderts zu verbessern.

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

DU SUCHST EINE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UND FINDEST ÖKONOMIEN DES NOTBEHELFS – UND MANCHMAL NICHT EINMAL DAS

Überleben in Slums und Ghettos (Teil 2)

Laut UN-Habitat lebten von 6,8 Milliarden Menschen (2009) weltweit eine Milliarde Menschen in Ghettos und Slums. Fünf von Hundert leben in den Ghettos der Industrieländer, 95 v.H. – 946 Millionen – dagegen in den Slums der Entwicklungs- und Schwellenländer, Tendenz steigend.

Von Wolfgang Ratzel, Berlin ● Vier Strukturmerkmale verbinden alle Sonderzonen der Welt: Sie sind Ausnahmeräume: man lebt im wirklichen Ausnahmezustand. In den Ausnahmeräumen gibt es keinen regulären Markt, man arbeitet informell. Mit dem kapitalistischen Markt verschwindet der Staat. Das Verschwinden des Markts und des Staats erzeugt ein Vakuum der Macht, es regiert die Willkür.

Wenn alle Sonderzonen Ausnahmeräume sind, dann funktioniert doch kein Ausnahme so wie die andere. Aber worin unterscheiden sich die Slums des Südens von den Ghettos des Nordens? Und worin unterscheiden sich die Slums untereinander?

Ghettos entstanden durch Segregation von ehemals homogenen Stadtteilen: Die Stadt scheidet z.B. ein Arbeiterviertel einer untergehenden Industrie aus, oder ein Wohngebiet nicht-mehr gebrauchter »Gast«arbeiterInnen. Ghettos bleiben stets *eingelagert* in eine funktionierende Normalität.

Auch die alten Slums des Südens entstanden so. Die neuen Slums entstehen gänzlich anders: *Sie sind Folge von massenhafter Wanderarbeit, deren Anfang immer ein Verlust war:* Die Menschen verloren ihre Subsistenz-Parzelle durch Enteignung oder Vertreibung; sie verloren ihre (Land-) Arbeit durch Entlassung. Im Zeitalter der Medien kam die Verlockung der Bilder hinzu: In den Hütten flimmerte die Glitzerstadt, Amüsement, Aufstiegsmöglichkeiten, doppelgaragige Bungalows mit großen Gärten.

Ob nun vertrieben oder angelockt – wer in der Stadt ankommt, landet im Slum, in dessen äußerster Schicht. Die Stadt wuchert zwiebelförmig um Downtown – dorthin wollen alle. Wer ankommt, verliert seine Adresse, wird unauffindbar. Kein Brief wird mehr ankommen. Von allem Eigentum befreit hat man nur sich selbst, seine Arbeitskraft und seine Familie. Zuerst suchen die Neuankömmlinge sich ein paar Kartons und stellen sie zusammen, später finden sie Wellblech, dann Holzbretter und irgendwann vielleicht Steine: Unten Werkstatt oder Laden, oben ein Zimmer für die Familie. Das Slum-Optimum ist erreicht. Der nächste Schritt muss der Sprung hinaus in die Normalität sein! Dieser Traum trägt das Leiden.

Der große Unterschied zu den Ghettos des Nordens liegt im fehlenden Rechtsanspruch auf Sozialhilfe. Der Kapitalismus zeigt sich ohne Sozialamt. Wer aber keine Sozialhilfe bekommt, *muss arbeiten und zwar gegen Geld.* Wer morgens früh aufsteht, hat nichts zu essen, wenn er oder sie tagsüber nichts verdient. Niemand hat die Wahl, nicht Waren zu produzieren oder nicht zu dienstleisten. Deshalb sind Slums Orte informeller Lohnarbeit: Mensch produziert, repariert, bedient und recycelt. Ohne Geld kein Leben – zum Tauschen haben die SlumbewohnerInnen nichts als ihre Arbeitskraft. Deshalb lässt sich Wanderarbeit dort nieder, wo Arbeit und Absatzmärkte winken – z.B. in Mumbay!

Dharavi im Indischen Mumbay

In der Kern-Stadt leben 13-14 Millionen Menschen, im Großraum gar 20 Millionen. ...

Forstsetzung auf Seite 3

elis.corner

Von Brandstiftern und Freiwilligen Feuerwehren

Alle reden von Thilo Sarrazin. Sheila Mysorekar bezeichnete ihn in der taz vom 4. September 2010 als »rassistisches Arschloch«. Damit ist eigentlich über diesen Herrenmenschen genug gesagt. Aber damit ist das Thema nicht vom Tisch, und die gesellschaftliche Dynamik wäre mit dem Parteiausschluss aus der SPD und der Abberufung Sarrazins aus dem Vorstand der Bundesbank nicht beendet.

Vor fast 10 Jahren, im Frühjahr 2001, hatte der damalige SPD-Bundeskanzler Schröder das mediale Halali gegen »Sozialschmarotzer« eröffnet. Es folgte mit der Riester-Rente der Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen Sozialversicherung, dann Hartz IV, und ein Ende des Sozialstaatsabbaus und der systematischen Umverteilung von unten nach oben ist noch lange nicht absehbar. Die zunehmende rassistische Gewalt auf der Straße entwickelt sich als Begleitmusik zum organisierten staatlichen Rassismus, dem zum Beispiel 1999 Aamir Ageeb zum Opfer fiel, der bei seiner Abschiebung in den Sudan in einer Lufthansa-Maschine von BGS-Beamten brutal erstickt wurde. Oder Oury Jalloh aus Sierra Leone, der 2005 in einer Dessauer Polizeizelle qualvoll verbrannte.

Nun also Sarrazins Rundumschläge gegen Arme, Muslime, Juden... Während die einen erschrecken, dass so etwas wieder möglich ist, erklärt BILD, es gäbe »Sprechverbote« für »Sätze, die die Mehrheit der Deutschen unterschreiben würde« und der SPIEGEL titelt vom »Volksheld Sarrazin«. Hier geht es nicht mehr um die Stammtischhoheit, sondern um die öffentliche Meinung einer ganzen Gesellschaft. Die verstehe ich mittlerweile als Gemeingut/Commons, also als schützenswerte Ressource, die von allen, die real daran teilhaben – also von allen Mitgliedern der Bevölkerung, nicht nur den Deutschstämmigen mit deutschem Pass – »bewirtschaftet« werden sollte. Um aber real Gemeingut zu sein, muss diese öffentliche Meinung demokratisiert werden.

Die herrschende Meinung war schon immer die Meinung der Herrschenden – vor allem wegen der ungleichen Verteilung von Geld und Zeit für Recherchen und zur Herstellung medialer Produkte, von Zugängen zu Informationsquellen und -verbreitungskanälen und zu sozialem Kapital als Schmierstoff fast jeden Erfolgs. Diese selbstreferentiellen medialen Machtstrukturen werden auch durch die neuen digitalen Möglichkeiten nicht grundlegend demokratisiert. Statt am Informationsmangel früherer Jahrzehnte leiden wir heute an einer unüberschaubaren Flut von Informationen. Aber eine prägende Bedeutung für die öffentliche Meinung hat immer noch mit Macht zu tun. Das ist wie mit dem Geld: aus Geld wird Mehrgeld wird Nochmehrgeld, aus Medienmacht wird Mehrmedienmacht wird Nochmehrmedienmacht.

Aber das ist nur die eine Hälfte des Problems. Die andere ist die, dass mir nicht wohler wird bei dem Gedanken, dass sich auf einen Schlag alle MitbürgerInnen meinungsmachend emanzipieren. Genau genommen graut mir bei dieser Phantasie vor einer unsozialen, rassistischen Meute. Denn ich fürchte, dass BILD und SPIEGEL mit ihrer Einschätzung der Zustimmung zu Sarrazins Äußerungen nicht so ganz unrecht haben.

Umso dringender ist die Eroberung der öffentlichen Meinung durch alternative und demokratisch strukturierte Medien als Keimzellen einer emanzipatorischen Medienkultur. Ich kann sie mir nur gemeinsam mit all denen vorstellen, die unermüdlich in Initiativen und Organisationen gegen Rassismen und soziale Ausgrenzungen streiten. Als Freiwillige Feuerwehren schützen sie das Gemeingut der öffentlichen Meinung davor, vollkommen zu verwahrlosen und zu verrohen.●

Elisabeth Voß

BERLIN ON SALE – NICHT MIT UNS!

Unter dem Motto »Berlin on Sale – nicht mit uns! Gegen die sozialen Angriffe auf unser Leben« sind in Berlin vom 1.-9.10.2010 Aktionstage geplant. Ausgangspunkt der Überlegungen der VeranstalterInnen ist, dass es höchste Zeit ist, sich wieder mehr gemeinsam statt einsam gegen die vielfältigen Angriffe auf ein würdiges und selbstbestimmtes Leben zur Wehr zu setzen.

Geplant sind vielfältige Aktionen, wie etwa ein öffentliches Dinner auf dem Leopoldplatz, die Errichtung eines temporären Zentrums vor dem Jobcenter in Neukölln, gemeinsame Kiezspaziergänge, Interventionen gegen Mietpreissteigerungen und Beschäftigungsindustrie, eine antimilitaristische Fahrradrallye etc.●

Info: http://berlinonsale.blogsport.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Viva a Alternativa!
Solidarische Ökonomie in Deutschland und Brasilien

Es gibt sie, die Beispiele die zeigen, dass ein Leben ohne Kapitalismus möglich ist! Der Film zeigt Beispiele alternativer Wirtschafts- und Lebensformen in beiden Ländern: Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, Frauenkooperativen. Was macht eine solidarische Ökonomie aus? Vor welchen Herausforderungen steht die globale Bewegung? Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist bereits im Entstehen. In den sozialen Experimenten der Menschen zeigt sich eine neue Welt ohne Ausbeutung und Zerstörung.

Dokumentarfilm (BRA/D) 2008/09
tv-orange
www.tv-orange.de/?p=680

Teil 1 www.youtube.com/watch?v=PbGwdNLHh1U
Teil 2 www.youtube.com/watch?v=8ObVf_exOwM
Teil 3 www.youtube.com/watch?v=EOIjDuD621A

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2010

Steuerwirrwarr

Bücher und Zeitungen haben aus guten Gründen einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7%. Alle Dienstleister, ob Druckerei oder Satzbetrieb, berechnen aus diesem Grund auch nur den ermäßigten Steuersatz. Bis zum Juli 2008 war der Postzeitungsdienst von der Umsatzsteuer befreit. Nun schlägt die Deutsche Post AG auf den bisherigen Tarif 19% Mehrwertsteuer drauf. Ohne Aufschlag bleibt lediglich die Streifbandzeitung, mit der wir im Umschlag Einzelexemplare versenden. Auch der Zeitungsversand ins EU-Ausland kostet nun 19% mehr, alle Länder außerhalb der EU bleiben ohne diesen Aufschlag.

Redaktion Heidelberg ● Warum die Deutsche Post AG sich nicht an den ermäßigten Satz von 7% hält, ist nicht in Erfahrung zu bringen. Unsere kleine Zeitung, die leider immer noch unter Kostendeckung arbeitet, soll also nun 1.200 EUR jährlich mehr aufwenden. Tröstlich ist immerhin, dass es sich um eine Vorsteuer handelt und wir den Mehraufwand vermutlich in einem Jahr erstattet bekommen. Der jetzige Abopreis wird trotzdem beibehalten.

Nun, wir wollen euch nicht volljammern, im Monat September gab es aufgrund unseres Begrüßungsgeschenkes »Wegweiser Solidarische Ökonomie: Anders Wirtschaften ist möglich!« gleich 10 neue Abos und 1 neue Fördermitgliedschaft. Ein schon auf Kündigung gesetztes Abo wurde schließlich doch noch bezahlt, so dass wir 12 Abos zu verzeichnen haben. Gekündigt wurden 4 Abos. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 139+. Die nächsten 3 neuen Abos erhalten gleichfalls garantiert unser Begrüßungsgeschenk. Wir werden vermutlich die Anzahl dieser noch einmal aufstocken.

Gefreut haben wir uns über die Umstellung eines Normalabos auf eine Fördermitgliedschaft über 100 EUR. Fördermitgliedschaften stabilisieren unser Projekt und der Staat muss auf die 2,95 EUR Mehrwertsteuer, die im Abopreis enthalten sind, verzichten. Jedes Fördermitglied erhält die Zeitung umsonst. Mehr dazu im Coupon »Jetzt CONTRASTE fördern!« auf dieser Seite.

Berichtet hatten wir schon über die Höhe der eingegangenen Spenden im Sommer 2010, hier noch die Liste unserer SpenderInnen:

- Maya Berthold, Ludwigshafen (15 EUR)
- Peter Fuchs, Berlin (30 EUR)
- Mark Weinem, Oberhausen (15 EUR)
- Förderverein des Frauenhauses, ??? (20 EUR)
- Gertrud Dorsch, Münster (200 EUR)
- Erasmus Schöfer, Köln (50 EUR)
- Hans Wieser, Klagenfurt (30 EUR)

Im Monat September 2010 gingen folgende Spenden ein:

- Claudia Schwarz, Berlin (25 EUR)
- Armin Meyer, Niederfinow (38 EUR)
- Buchladen König Kurt, Dresden (30 EUR)
- Albert Magin, Erlangen (5 EUR)

Allen Fördermitgliedern und SpenderInnen herzlichen Dank! Inklusive der neuen Fördermitgliedschaft benötigen wir in diesem Jahr noch 1.610 EUR.

Nun noch etwas Wichtiges: In fast jeder Ausgabe weisen wir darauf hin, dass bei einem Umzug Zeitungen im Postzeitungsvertrieb trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt werden. Bisher sollte der/die Postbedienstete die Zeitung mit der neuen Anschrift an den Verlag zurückschicken. In der Regel hat dieses aber fast nie funktioniert. So wie es aussieht, wird unsere vom Postbediensteten gelesen oder, was wahrscheinlicher ist – vernichtet. Deshalb bitten wir Euch um Benachrichtigung bei einem Umzug an unsere Anschrift Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg oder per Mail: contraste@online.de.

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung durch Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften (siehe Coupon auf dieser Seite) und/oder durch Spenden. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Kostenlose Überdrucke für die Werbung auf Treffen & Tagungen können bestellt werden unter contraste@online.de.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2010

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2010: 1.610 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 139+ Neuabos

REZENSION

Anmerkungen zu Chumbawamba und mehr

Es gibt unterschiedliche Gründe, die Biographie eines Musikers zu lesen. Im Regelfall sind es drei wesentliche Gründe für die Lektüre:
1. Der betreffende Musiker ist ein Idol / Vorbild.
2. Der betreffende Musiker hat Musikgeschichte geschrieben, d.h. er hat maßgeblich eine Musikrichtung bestimmt.
3. Das Leben des betreffenden Musikers steht beispielhaft für eine Entwicklung oder musikalische Subkultur. Aus seinem Leben kann man Hintergründe und Entwicklungen herauslesen, die eine Generation oder Subkultur prägten.

Im Falle von Boff Whalley ist es der dritte Grund, der seine kürzlich bei Edition AV publizierte (Auto-)Biographie spannend macht. Der ist Gründungsmitglied und Gesang / Gitarre der Folk-Pop-Band Chumbawama, einer der Bands, die trotz linksradikaler Inhalte ihrer Texte und öffentlichen Solidaritätsbekundungen mit den Kämpfen linker Strukturen es in die Charts geschafft haben und selbst von unpolitischen und kommerziellen Medien bejubelt wurden. Sie lieferten mit ihrem Song zum »Buy nothing day« oder »Enough is enough« einen Soundtrack zur linksradikalen Politik der 90er Jahre und des Beginns des 21. Jahrhunderts.

Boff Whalley wuchs in einem religiös geprägten Umfeld auf. Inspiriert durch die Musik und Ästhetik der 77er Punkrockgeneration, die auf ihn wie für viele seiner Generation einen prägenden Eindruck hinterließ, setzte bei ihm ein Umdenken ein. Gepaart mit seiner Entdeckung des Anarchismus, die er sehr spritzig beschreibt, kann dies als die Initialzündung für seine musikalische Entwicklung betrachtet werden, die 1982 mit der Gründung von Chumbawamba begann. In einem flappsig, gut zu lesenden Stil beschreibt er prägende Ereignisse und Entwicklungen seines Lebens – von der Schulzeit auf einer religiösen Schule bis hin zu seinem Leben in der musizierenden Kommune (ähnlich des Grundgedankens von »Ton Steine Scherben«), die als Chumbawamba ein Stück weit auch Musikgeschichte geschrieben hat. An manchen Stellen fehlt mir dabei allerdings die kritische Reflektion – z.B. wenn er erstmalig über ein Konzert der Oi!-Heroen Cockney Rejects schreibt, jener Band, auf die der kolportierten Legende nach der Begriff »Oi!« zurückgeht. Andere Passagen hingegen weisen intelligente und pointierte Kritiken auf.

Allgemein hinterlässt jene 2004 erstmalig erschienene Autobiographie ein zwiespältiges Gefühl beim Lesen. Whalley beschreibt subjektiv seine Wahrnehmungen und unterlässt (bewusst) eine Einordnung dessen in einen größeren Kontext. Vor diesem Hintergrund wirkt es sehr authentisch und sympathisch, was er schreibt. Für den bislang wenig mit den Hintergründen der entsprechenden Subkultur- und Musikgeschichte vertrauten Leser wird ein etwas schiefes Bild der Generation vermittelt. Wer sich mit der Geschichte des Punkrocks oder der Bandgeschichte von Chumbawamba auseinandersetzen will, hat sicherlich einiges in seiner Biographie zu entdecken. Für alle anderen wäre es ratsam, sich neben der Lektüre des Buches auch mit weiterführender Literatur zu beschäftigen. Nichts destotrotz ist diese Biographie ein echtes Lesevergnügen mit seinen vielen lustigen Anekdoten über die Freaks, die er in seinem musikalischen Werdegang erlebt hat.

Die hier vorliegende Veröffentlichung von AV weist leider einige Schwächen auf, die es zu benennen gilt. Aufgrund der prekären Finanzlage des Verlages wurde leider an einem adäquaten Korrektorat und Lektorat gespart. Das Buch wimmelt von Tippfehlern und weist einige holprig-übersetzte Passagen auf. Ebenso hätte man sich von der Übersetzerin die eine oder andere zusätzliche Anmerkung gewünscht. Einige der von Whalley als wichtigen Einfluss auf ihn benannten Bands sind heute bzw. in Deutschland kaum bis gar nicht (mehr) bekannt. Hier würden kurze Anmerkungen über die Bedeutung der Bands für die damalige Zeit bzw. über ihren Hintergrund das Verständnis für den Leser erleichtern.●

DJ Chaoz

www.chumba.com

Boff Whalley: Anmerkungen* zu Chumbawamba und mehr, Edition AV Lich 2009, 264 S., 18 EUR, ISBN: 978-3868410211.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Überleben in Slums und Ghettos

...JedeR Zweite lebt in einem der 2.500 Slums. Deren größter heißt Dharavi und drängt sich neben den Finanzdistrikt; die Stadt plant Bulldozing, das Niederreißen der Hütten. In Dharavi leben eine, vielleicht 1,4 Millionen Menschen, und zwar auf *zwei qkm Land* – das sind *zwei Quadratmeter Boden für einen Menschen*. Hierzulande klingt »beengt« anders: Im »dichtbevölkertsten« Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg wohnen 13.357 Menschen/qkm, 74 qm Lebensfläche pro Mensch. Berliner Durchschnitt: 3.860 Personen/qkm, Luft zum Atmen.

Die SlumbewohnerInnen überleben, weil es die MittelschichtlerInnen gibt, die sie brauchen. Sie brauchen Dienstmädchen, Putzfrauen, Köchinnen, Chauffeure, Hausmeister, Wachmänner, Liftboys, weil irgendjemand die Toiletten reinigen, Tiere schlachten, Essen zubereiten, Geschirr abwaschen, Blumen gießen, das Auto fahren und den Swimmingpool reinigen muss. Denn manuelle Arbeit gilt denen, die sich das leisten können, als unrein und unwürdig. Je reicher, desto mehr Personal stellen sie an. Das »Haus« der sechsköpfigen Ambani-Milliardärsfamilie ist 173 Meter lang und 27 Stockwerke hoch; allein 6 Stockwerke für die Autos. Zahl der Hausangestellten: 600.

Favela in Rio de Janeiro Foto: Elisabeth Voß

Wer draußen nicht »unreine« Dienste leistet, macht die »dreckige« Arbeit im Gewirr der Slum-Gassen. Billige Waren sind gefragt. Arbeitszeit: Zehn bis zwölf Stunden, hart, arbeits- und tarifschutzlos – vielleicht als TöpferInnen, Bau- oder Gerüstarbeiter auf klapprigen Bambusgerüsten, als Lederverarbeitende, BäckerInnen, SchneiderInnen. Tageslohn: sechs bis acht Euro, immerhin das Drei- bis Vierfache des Tagelöhner-Durchschnitts. Dennoch kann z.B. der Schneider seinen zwei Töchtern kein komplettes Schulheft kaufen; er kauft die Seiten einzeln: »Wir verdienen gerade mal so viel, dass wir alle satt werden.« (1)

Dharavi hat eine komplette »Slum-Industrie« hervorgebracht – informell. Gerade mal zehn v.H. Kleinbetrieben sind offiziell registriert, und selbst die kontrolliert niemand. Sie produzieren – oft schon in der dritten Generation und mit musealen Maschinen – nicht nur für den lokalen und indischen, sondern auch für den Weltmarkt. Mensch pökelt, härtet, trocknet, gerbt und färbt Schafs- und Ziegenhäute – für Gucchi und Versace; aber auch billige Lederjacken-Kopien für Mumbay. Im Blutgestank der Gerbereien steht der Duft von frittiertem Gebäck für Mumbay und Keksen für England.

Der größte Arbeitgeber ist die Recycling-Branche: In 15.000 Werkstätten arbeiten 200.000 Menschen. Unzählige sammeln Müll und Lumpen. Tausende SpediteurInnen schieben und tragen in Schubkarren, auf Fahrrädern, Handwagen oder auf dem Kopf Kartonagen, Glasflaschen, Ölkanister, Eisenrohre, Autobatterien, vor allem aber ausrangierte Computer und Elektronik aus der ganzen Welt.

In den Werkstätten sprudeln und dampfen Säuren in blauen Plastiktonnen. Männer, Frauen und Kinder greifen mit nackten Händen in die Brühe, um Kupfer, Kobalt, Gold zu gewinnen. Anderswo wird Polyethylen zu Plastikgranulat verarbeitet. Nichtverwertbares wird verbrannt, Säuren weggeschüttet. Andere wohnen direkt auf der Müllkippe, zerlegen Handys in ihre Einzelteile: Draht zu Draht, Plastik zu Plastik, Aluminium zu Aluminium. Sie hantieren mit Blei, Arsen, Cadmium, Quecksilber, Dioxin, PVC und ahnen nicht deren Giftigkeit. Niemand weiß, wie viele krank werden, dahinsiechen, sterben. MüllsortiererInnen verdienen in 12 Stunden 1,70 Dollar – soviel kostet ein Latte macchiato in Mumbais Cafés.

Und dennoch: Der Horizont verdüstert sich. Für die normsetzenden Mittelschichten sind die SlumbewohnerInnen mehr denn je »dreckige Parasiten«: »Der Mittelklasse-Inder will vor seiner Haustür keine Armut sehen, hält es aber für selbstverständlich, dass ihm täglich ein Heer billigster Arbeitskräfte zur Verfügung steht.« Noch schützt dieses Paradox die Armen. Für das Oberste Gericht sind sie längst Kriminelle, die Rechtsprechung hat sich seit 2000 gedreht. In Sachen Almitra Patel vs. Union of India entschied der Supreme Court: »Dass sich Slumbewohner auf Kosten der Steuerzahler Land aneignen, ist inakzeptabel. Einen Landbesetzer ungestört auf öffentlichen Grund wohnen zu lassen, ist, als ob man einen Taschendieb für seine Tat belohnen würde.« (2)

Dharavi ist zwar de facto staats- und rechtsfreie Zone, aber das Machtvakuum wird ausgefüllt durch Arbeit und Handel. Man sagt, Dharavi sei einer der sichersten Orte in Mumbai. Wenn man fünf Rupien verlöre, käme ein Kind und bringe einem das verlorene Geldstück. Man stirbt vorzeitig, weil man arm ist, und nicht durch Mord und Totschlag. *Was fehlt, ist die Gewaltherrschaft der Banden.*

Szenenwechsel: Von Mumbay nach Rio de Janeiro

In Rio de Janeiro leben 2 der 6,7 Millionen Cariocas, also 30 v.H., in über 1.000 Elendsvierteln, genannt Favelas. In Brasilien sind es 50 von 191,5 Millionen, also jede/r Vierte. Ebenso wie im indischen Dharavi »bedienen« sie die benachbarten Mittel- und Oberschichten, stellen billigste Hilfs- und Hausarbeitskräfte und unzählige StraßenhändlerInnen. Der Unterschied zu Dharavi ergibt sich aus den Machtverhältnissen: In Rio ist das Vakuum der Macht von grausamster machistischer Gewaltherrschaft besetzt. Man hat allenfalls die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub, zwischen Banden- oder »Milizen«-beherrschten Favelas.

Am Zugang zu den Favelas merkt man, wer das Sagen hat. Wer zu den 200.000 Favelados von Rocinha will, den erwarten Bandenmitglieder auf Motorrädern, ausgerüstet mit Sturmgewehr und Funkgeräten. Die Drogenkartelle handeln vorwiegend mit Marihuana und Kokain, bedienen die MittelschichtlerInnen direkt in der Wohnung oder am Arbeitsplatz, aber auch den Weltmarkt, vorwiegend Europa und natürlich »ihre« Favela. Aber es fehlt eine Favela-Ökonomie. Wer einen Laden oder eine Werkstatt aufmacht, wird schnell von konkurrierenden Banden überfallen. Die Unkultur der Gewalt erstickt (fast) alles Wirtschaften. Dennoch arbeiten so gut wie alle. Man schätzt, dass nur vier v. H. Drogen verkaufen. Die anderen arbeiten »in der Stadt«, einige auf den begehrten Stellen der NGOs.

Überlebensregel: Man arrangiert sich mit den Drogenbossen. Sie garantieren wenigstens eine Willkürordnung, die »vertrauenswürdiger« erscheint als die der korrupten Polizei. Zumal sie – im Tausch gegen Unterwerfung und Dienste – den Helfer in der Not spielen, z.B. durch kleine Spenden, wenn das Geld für Kochgas, Medikamente, Reis, Bohnen ausgeht. Man sagt: »In der Favela klaut niemand.« (3) Die hohe Verbrechensrate erkläre sich aus Drogendelikten und Bandenkriegen. Todeskandidaten seien die Bandenmitglieder, nicht die Favelados. Fünf Jahre lang hat man die Karriere von 16 Kindern im Drogengeschäft dokumentiert: 15 wurden ermordet, ein Kind überlebte – im Gefängnis. Faustregel: Wer nicht zufällig in die Schusswechsel zwischen Banden oder zwischen Banden und Militärpolizei gerät, kann überleben – sofern er oder sie »draußen« Arbeit hat.

Die »Milizen« hingegen – eine nennt sich »Liga da justica« – legitimieren ihre Gewaltherrschaft aus dem Kampf gegen die Drogenbanden. Man schätzt, dass sie 171 Favelas »im Griff« haben. Die Milizen rücken ein, vertreiben die Banden, lancieren StadtratskandidatInnen und lassen sie wählen. Konkurrierende PolitikerInnen werden ermordet. Es heißt, man müsse mit Handyfotos beweisen, dass man »richtig« gewählt hat. Die Miliz-Kommandeure sind aktive oder pensionierte Polizisten, Militärs, Feuerwehrleute, Lokalpolitiker. Die alten Kommandeure werden regelmäßig von neuen Kommandeuren liquidiert, denn das Geschäft ist lukrativ. Die Staatsmacht lässt sie gewähren oder kooperiert.

Kerngeschäft ist die Sicherheitsgebühr. Jede Familie muss sie bezahlen, Geschäfte und Krämerläden werden nach Umsatz besteuert. Wer nicht zahlt, wird

Villa in Temperley (Buenos Aires) Foto: Elisabeth Voß

erschossen. Zu oft bankrottiert das Kleingewerbe unter der Last der Gebühr. Lukrativ sind auch die Miliz-Firmen, vor allem tausende Minivans auf milizeigenen Buslinien. Monatliche Fahrer-Gebühr: 128 Euro. Die Milizen führen »Transportkriege« um Buslinien. Und sie haben den Vertrieb von Gasflaschen monopolisiert, verlegen Kabelleitungen und kassieren dann für das »Gatonet« (Katzennetz)«. Denn die Favela ist vom Gas- und Kabelnetz abgeschnitten. Dazu kommt noch das Immobiliengeschäft: Die Miliz »verkauft« öffentlichen Boden an Neuankömmlinge und »besteuert« den Immobilienhandel. So erstickt auch die Gewaltherrschaft der Milizen das Aufkeimen einer Favela-Ökonomie, zumal das, was hergestellt oder womit gehandelt werden könnte, von Miliz-Firmen monopolisiert wird.

All das funktioniert, weil es »draußen« Arbeit gibt. Brasiliens Wirtschaft boomt, die Mittelschichten wachsen. Aber wehe, wenn die Krise käme – oder Stillstand. Die ersten Opfer wären die Favelados; als ungelernte Hilfs- und HausarbeiterInnen verlören sie ihren Job und damit ihre Überlebensgrundlage. Denn in der Favela gibt es (fast) keine Alternative.

Letzter Szenenwechsel: Von Rio nach Buenos Aires

Genau das geschah in der Wirtschaftskrise 1998-2002 in Argentinien, wo die Favelas »Villas Miserias« heißen und kleiner sind. Auch leben in den Villas von Gran Buenos Aires »nur« bis zu zehn Prozent der Bevölkerung: 1,1 von 11,5 bis 13 Millionen.

Die informelle Wirtschaft beruht auf Bargeld. In der Krise brach der Bargeldmarkt zusammen. Übrig blieben Tauschringe, die den Armen nichts nützten, weil sie nichts zu tauschen hatten. Vor allem aber verloren viele ihre informellen Arbeitsplätze und bekamen sie nach 2003 nicht wieder. Der wirtschaftliche Aufschwung kam nicht bis in die Villas.

In dieser vollkommenen Perspektivlosigkeit begannen die Kartelle in Argentinien Kokain zu produzieren, und zwar dort, wo der Staat abwesend ist: in den Villas, z.B. in Itatí. Dabei entsteht die Pasta básica de cocaina, kurz Paco. Dieses Giftzeug kann nicht an MittelschichtlerInnen verkauft werden, also wird es billig – für 25-50 Eurocents pro Trip – vor allem an die Jugendlichen der Villas verhökert. Es wirkt euphorisierend wie Kokain und macht sofort süchtig. Das Gift erzeugt krampfartige Schmerzen, schädigt unheilbar Gehirn, Herz, Lunge, Leber, verursacht Depressionen, Psychosen, Paranoia. Das Hungergefühl verschwindet, Pacoabhängige magern ab. Man nennt sie »muertos vivientes« (lebende Tote). Wegen der kaum einminütigen Wirkdauer brauchen Süchtige viele Trips pro Tag. Folge: Paco-RaucherInnen klauen alles und beklauen alle, selbst ihre Eltern, Verwandten, FreundInnen. Alles wird zu Geld gemacht, auch die Kleider am eigenen Leib. Irgendwann verhungern sie. Niemand hält es mit Paco-Süchtigen aus. Paco zerstört den familiären und nachbarschaftlichen Zusammenhalt, die letzte Bastion der Armen. Paco grassiert, inzwischen ist die Hälfte der 60.000 Itatís süchtig.

Paco-Zonen entstehen, wenn weder eine Ökonomie des Notbehelfs noch Arbeitsmöglichkeiten funktionieren. Dann gibt es – außer den NGO-Projekten und Suppenküchen – nur noch Handel mit Paco und Gestohlenem. In dieser Billigstrauschgift- und Hehlerökonomie zeigt sich der Endpunkt der Exklusion in zynischster Form: Die Unbrauchbaren bringen sich selbst um und bezahlen noch dafür.

Zum Trost: In dieser Regel gibt es noch Ausnahmen, z.B. die Cartoneros der Villa Itatí. Sie gründeten NGO-unterstützt eine Genossenschaft, in der unter erträglichen Bedingungen gearbeitet und die Einkünfte fair verteilt werden – aber nur solange auf dem Weltmarkt die Rohstoffe teuer sind, und solange die NGO drinnen und Paco draußen vor der Tür bleibt.●

Die größten Slums der Welt

Slum's name	Code on map	City (country)	Population in 2005 (millions)
Neza / Chalco / Izta	Me	Mexico (Mexique)	4,0
Libertador	Cr	Caracas (Venezuela)	2,2
El Sur / Ciudad Bolivar	Bo	Bogotá (Colombie)	2,0
San Juan de Luringancho	Li	Lima (Pérou)	1,5
Cono Sur	Li	Lima (Pérou)	1,5
Ajegunle	Lg	Lagos (Nigeria)	1,5
Sadr City	Ba	Bagdad (Irak)	1,5
Soweto	Ga	Gauteng (Afrique du Sud)	1,5
Gaza	Pa	Palestine	1,3
Orangi Township	Ka	Karâchi (Pakistan)	1,2
Cape Flats	Lp	Le Cap (Afrique du Sud)	1,2
Pikine	Da	Dakar (Sénégal)	1,2
Imbaba	Lc	Le Caire (Égypte)	1,0
Ezbet el-Haggana	Lc	Le Caire (Égypte)	1,0
Cazenga	Lu	Luanda (Angola)	0,8
Dharavi	Mu	Mumbai (India)	0,8
Kibera	Na	Nairobi (Kenya)	0,8
El Alto	Lp	La Paz (Bolivie)	0,8
La Cité des Morts	Lc	Le Caire (Égypte)	0,8
Sucre	Cr	Caracas (Venezuela)	0,6
Eslamshahr	Te	Téhéran (Iran)	0,6
Tlalpan	Me	Mexico (Mexique)	0,6
Inanda INK	Du	Durban (Afrique du Sud)	0,5
Manshiet Nasser	Lc	Le Caire (Égypte)	0,5
Altindag	An	Ankara (Turquie)	0,5
Mathare	Na	Nairobi (Kenya)	0,5
Agua Blanca	Cl	Cali (Colombie)	0,5
Agege	Lg	Lagos (Nigeria)	0,5
Cité-Soleil	Po	Port-au-Prince (Haïti)	0,5
Masina	Ki	fr:Kinshasa (RDC)	0,5

Fundstelle: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Principaux_Bidonvilles.png?uselang=de

Fortsetzung Teil 3: Gibt es für Slum-BewohnerInnen und Ghettoisierte ein Entkommen? Über das chinesische Wanderarbeitsmodell.

Weitere Teile folgen zu: Mikrokredite, bedingungsloses Grundeinkommen, Gemeinwohlarbeit, Freiwilligendienste und Kooperativen.

Quellenangaben Zitate:

1) Bettina Spoerri: Die Rechte der Ärmsten. In: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 10.6.2010, S.19

2) Andrea Spalinger: Das boomende Delhi versucht sich seiner Slums zu entledigen. In: NZZ vom 29.4.2008, S.5

3) Nils Handler: Ein Abstecher ins Elend. In: der Freitag 31 vom 5.8.2010, S. 26

INTERVIEW

9 Jahre im Lager

Daniel* lebt in einem Flüchtlingslager im Land Brandenburg. Wir trafen uns dort zu einem Interview, um über sein Leben im Lager und seine Erfahrungen als Flüchtling mit Duldungsstatus in Deutschland zu sprechen.

Willst du uns erzählen, seit wann du hier lebst und wie es für dich ist, hier zu leben?

Ich lebe seit neun Jahren hier ... ganz schön lange. Ich habe hier mit meiner Freundin und unserem Kind gelebt. Wir lebten drei oder vier Jahre zusammen. Dann haben wir uns getrennt. Sie ist nach Berlin gezogen und ich bin hier zurück geblieben. Seit damals lebe ich manchmal in Berlin, manchmal in Brandenburg. Ich soll hier in Brandenburg bleiben. Ich soll nicht ohne Genehmigung von hier weggehen, wegen der Residenzpflicht. Aber manchmal hab ich das trotzdem gemacht, weißt du. Weil... hier im Heim zu sitzen ist sehr schwierig. Zum verrückt werden. Und die Leute, die ich hier im Ort treffe, die sind nicht sehr freundlich, es sind keine Leute mit denen du dich treffen kannst. Verstehst du? Also, solange ich hier gelebt habe ging es jedenfalls nicht gut. Deshalb versuche ich an andere Orte zu gehen, um dort Freunde zu finden.

Kannst du das Lager ein bisschen beschreiben, für Leute, die das nicht kennen?

Zum Beispiel, jedes mal, wenn ich das Gebäude verlassen möchte muss jemand einen Knopf für mich drücken, damit sich die Tür öffnet und ich raus kann. Das gibt mir das Gefühl, ständig beobachtet zu werden, weißt du. Ich bin nicht frei. Weil jemand zählt, wie oft ... okay, vielleicht ist er oder sie gar nicht daran interessiert, aber: jedes mal wenn ich komme oder gehe, muss ein Knopf gedrückt werden, das nervt, verstehst du. Es ist keine gute Idee, denke ich. Außerdem ist es Leuten verboten, ins Gebäude zu kommen, um Kontakt mit uns aufzunehmen. Sie müssen den Namen der Person nennen, die sie besuchen wollen und ihren Pass vorzeigen. So ist es. Es ist schwierig für mich, hier zu leben. Wenn ich morgens aufwache, sehe ich Inder, die andere ist aus Afghanistan, der andere vielleicht aus Kamerun oder so etwas. Wir treffen hier nur andere Flüchtlinge. Und wir sind in Deutschland! Das gibt dir das Gefühl als wärst du ... als wärst du im Gefängnis. Wenn wir in normalen Wohnungen zusammen leben, wachen wir morgens auf, treffen Deutsche, vielleicht Russen oder so, verstehst du. Ich denke, das wäre besser. Aber hier im Heim leben, ich denke, das ist ein bisschen menschenverachtend, Leute an so einem Ort. Es ist kein Gefängnis, aber für mich sieht es aus wie eins. Solche Einrichtungen sollten geschlossen werden.

Welche Erfahrungen hast du mit Leuten aus der Gegend gemacht?

Oh, sie sind unfreundlich. Deshalb leben die Leute nur hier im Heim und gehen nicht raus, um mit ihnen zu reden. Wenn sie freundlich sind, leben sie nicht in der Nähe. Es ist sehr schwierig für mich, in Brandenburg zu leben. Besonders für mich als Afrikaner. Menschen sehen, dass ich ein Schwarzer bin und sie verhalten sich anders. Es gibt ein bisschen Diskriminierung. Du kannst es auf ihren Gesichtern sehen. Diese Leute sind nicht bereit, sich mit dir zu treffen. Als hätten sie Angst mit dir zu reden. Du läufst herum und keiner sagt Hallo zu dir. Du gehst irgendwo hin da draußen und sie sehen dich an als ... als ... als ob du anders als sie wärst, verstehst du? Das meine ich.

Gibt es Probleme mit Gewalt gegen Leute aus dem Heim?

Ja, es gab ein paar Fälle. Ein paar Leute sind angegriffen worden. Vielleicht, wenn sie ausgegangen sind in Clubs oder wenn sie einfach rum gelaufen sind.

Was würdest du sagen, sind hier die Hauptprobleme für dich?

Hauptprobleme? Mein größtes Problem ist die Ausländerbehörde. Weil, wie ich dir schon erzählt habe, mein Kind in Berlin lebt. Und es ist ein Problem für mich, meine Tochter regelmäßig zu sehen. Wegen der Residenzpflicht soll ich nicht ohne Erlaubnis nach Berlin. Also muss ich jedes mal, wenn ich meine Tochter sehen möchte, zur Ausländerbehörde, um um Erlaubnis zu fragen und einen Urlaubsschein zu bekommen, der es mir gestattet, nach Berlin zu gehen. Aber wenn ich zur Ausländerbehörde gehe, kann ich nur drei Tage im Monat bekommen. Verstehst du? Und wenn ich mit meinem Anwalt rede, sagt er, dass ich regelmäßigen Kontakt zu meinem Kind haben muss, damit er für meinen Fall kämpfen und eine Aufenthaltsgenehmigung für mich erreichen kann. Und ich muss beweisen, dass ich meine Tochter regelmäßig sehe, weißt du. Und die einzige Möglichkeit das zu tun, ist durch einen Urlaubsschein der Ausländerbehörde. Und genau diese Leute sagen mir, dass ich nur drei Tage bekommen kann! Was sind schon drei Tage, um mein Kind zu sehen? Das reicht nicht. Denk an dein eigenes Kind. Jemand sagt dir, du darfst dein Kind nur drei Tage sehen. Jemand anderes sagt dir, du musst dein Kind regelmäßig sehen, um deinen Fall zu stärken. Verstehst du? ... Also, das verwirrt mich ... Außerdem ist es wirklich schwierig, immer nach Berlin zu fahren, weißt du. Ich bekomme nur 200 Euro pro Monat. Ich kann es mir nicht leisten oft nach Berlin zu fahren. Und ich bekomme keine Unterstützung vom Sozialamt. Das macht mein Leben sehr kompliziert.

Und ich nehme an, dass du keine Arbeitserlaubnis hast?

Hab ich nicht. Ich darf nicht arbeiten. Du kannst dir die Situation vorstellen. Du arbeitest nicht. Du darfst dein Kind nicht sehen. Es ist sogar peinlich, du triffst dein Kind, du hast nicht mal Geld, um ihm irgendwas zu kaufen. Verstehst du? Weißt du, die Kinder gehen zur Schule, treffen andere, die kennen die Situation nicht. Sie hören Geschichten wie: mein Vater hat mir das und das gekauft. Also wird sich das Kind fragen, warum macht mein Vater das nicht? Das Kind wird denken, Papa mag mich nicht, deshalb kauft er mir dies und jenes nicht. Also wird die Situation sehr schwierig.

Was passiert, wenn du ohne die Genehmigung der Ausländerbehörde nach Berlin fährst?

Ich bekomme genau das Problem, dass ich gerade versuche zu lösen. Ich komme vor Gericht, ich werde verurteilt und dafür bestraft ohne Erlaubnis in Berlin gewesen zu sein. Die Polizei hat mich am Bahnhof kontrolliert und jetzt muss ich für drei Monate hier im Heim Arbeitsstunden ableisten, weil ich ohne Genehmigung in Berlin war, weil ich ohne Genehmigung meine Tochter besucht habe.

Was wären deine Forderungen um die Situation von Flüchtlingen in Deutschland zu ändern?

Die Sache mit der wir anfangen müssen, ist diese Residenzpflicht. Das ist der erste Schritt. Jedes mal wenn ich irgendwo hin möchte, muss ich jemanden um Erlaubnis fragen. Jedes Mal, wenn ich euch treffen will, muss ich schreiben, wieso ich zu euch komme. Und ich muss eine Adresse angeben, wohin ich gehe und von wann bis wann. Das macht das Leben von Flüchtlingen sehr, sehr hart. Sehr, sehr hart. Weil ich, wenn ich niemanden in Berlin kenne, niemals irgendwohin komme, weißt du. Ich muss jemanden kennen und wenn ich die Adresse nicht weiß, bekomme ich niemals die Genehmigung zu gehen. Wenn wir nur die Residenzpflicht abschaffen, dann denke ich, wird einiges besser. Menschen nur das Recht auf Bewegungsfreiheit zu geben. Ja, das ist das wichtigste. Das wird Leuten Wege eröffnen, sich zu integrieren. Wir müssen uns integrieren. Und das denke ich, wird die Mentalität der Deutschen ändern. Weil wir Ideen austauschen können, wenn ich mit dir rede und du mit mir. Aber wenn du nicht weißt, wer ich bin und ich nicht weiß, wer du bist, weil wir uns nicht treffen sollen, macht das alles schlimmer. Aber durch reden, verstehst du, zu allen freundlich sein, das kann Dinge verbessern. Außerdem denke ich, wenn wir da draußen sind und in Wohngemeinschaften leben und nicht im Heim, das wäre schon besser.

Ist es Flüchtlingen möglich, gegen diese Unterdrückung zu kämpfen? Gibt es Wege? Ist es dir zum Beispiel möglich, einen Anwalt zu bekommen oder wird dir das auch erschwert?

Wenn ich einen Anwalt kriege, kann ich nur versuchen, für meinen Fall zu kämpfen. Es ist unmöglich, so ein Gesetz zu bekämpfen. Ich kann dieses Gesetz nicht allein bekämpfen. Ich brauche Deutsche und ich brauche andere Flüchtlinge ... Ich brauche alle. (lacht) Ja, weil das Unterdrückung ist. Keinem würde das gefallen, nicht mal den Leuten, die dieses Gesetz gemacht haben, wenn du es auf sie anwenden würdest. Es macht sich einfach nicht gut.●

* Name geändert

Nachdruck aus: NO!LAGER INFO, Bündnis Gegen Lager Berlin/Brandenburg, Nr. 1 Sommer/2010, http://daneben.blogsport.de/2010/08/04/nolager-broschuere-zur-residenzpflicht-erschienen/

BEWEGUNGSARBEITER FÜR DIE RECHTE VON FLÜCHTLINGEN

Die Bewegungsstiftung unterstützt neun VollzeitaktivistInnen durch ein Patenschaftssystem. Zwei von ihnen kämpfen für die Rechte von Flüchtlingen:

Bruno Wantara
Das politische Ziel von Bruno Watara: »Ich möchte, dass Flüchtlinge in Deutschland wie Menschen behandelt werden – mit Respekt.« Er wurde 1963 in Togo geboren und ist dort aufgewachsen. Als Student engagierte er sich politisch und musste fliehen, 1997 kam er nach Deutschland und wurde in ein Flüchtlingslager in Mecklenburg-Vorpommern geschickt. Diese heruntergekommene Militärkaserne mitten im Wald nennt er das »Dschungelheim«: »Ich war sieben Jahre an diesem Ort – ohne Kontakt nach außen, ohne Perspektive, ohne zu wissen, was morgen kommt. Man fühlt sich wie gefesselt.« Heute reist er durch ganz Deutschland, besucht Lager und hält den Kontakt zu den Flüchtlingen. Er engagiert sich in Initiativen und Organisationen, zum Beispiel »The VOICE Refugee Forum«. Er wird weitermachen – bis Flüchtlinge mit dem Respekt behandelt werden, den sie verdienen.

Hagen Kopp
Hagen Kopp engagiert sich in der Antirassismusbewegung und unterstützt Flüchtlinge und MigrantInnen bei ihrem alltäglichen Kampf um ein Bleiberecht und soziale Rechte. Er ist seit Ende der 1970er Jahre aktiv in sozialen Bewegungen, zunächst in den Bereichen Antimilitarismus und Ökologie, seit Ende der 80er Jahre mit Schwerpunkt auf Antirassismus und Migration. Seit 1992 unterstützt er den täglichen Kampf von Flüchtlingen und MigrantInnen für ihren Aufenthalt und ihre sozialen Rechte. Er ist Mitbegründer des bundesweiten Netzwerks »kein mensch ist illegal« und hat in den vergangenen zehn Jahren zahlreiche »Noborder-camps« mit organisiert.

BewegungsarbeiterInnen erhalten ihr Geld nicht von der Bewegungsstiftung, sondern von einem Kreis von UnterstützerInnen:
www.bewegungsstiftung.de/bewegungsarbeiter.html

Anzeige

Hochschule München
Susanne Elsen I Klaus Weber (Hrsg.)
Aktiv für Kinderrechte
ISBN 978-3-940865-11-3

AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

Anzeige

Elisabeth Voß , NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.
Wegweiser Solidarische Ökonomie
Anders Wirtschaften ist möglich!
ISBN 978-3-930830-50-3, 92 S., 9
Die vielfältigen theoretischen Konzepte, praktischen Betriebe und Projekte Solidarischer Ökonomien werden in diesem Buch vorgestellt: Kommunen, Haus- und Gartenprojekte, Projekte in den Bereichen Soziales, Kunst, Kultur, Bildung und Medien, Frauenprojekte, Tauschringe, Umsonstläden und Open-Source-Projekte, Finanzierungsstrukturen, Netzwerke und Verbände. Ergänzt wird dieser Überblick durch Beispiele von Projekten aus anderen Ländern und internationalen solidarischen Wirtschaftsbeziehungen.

Kulturamt Berlin-Neukölln (Hg.)
Le Grand Magasin
Künstlerische Beiträge zur Genossenschaftsentwicklung
ISBN 978-3-940865-05-2, 216 S., 22
Das Projekt Le Grand Magasin, das von dem Künstler Andreas Wegner initiiert wurde, widmet sich kollektiver Produktion und deren Potenzial in Kunst und Ökonomie. Internationale Künstler arbeiteten mit europäischen Genossenschaften zusammen und ein Modellkaufhaus für Waren aus genossenschaftlicher Produktion in Berlin entstand. Neben Berichten über europäische Genossenschaften wird das Modellkaufhaus in Berlin vorgestellt sowie die Ausstellungen in Ústí nad Labem (CZ), in Budapest und in Dunaújváros (HU).

AG SPAK Bücher
Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Dokumentation einer Reise nach Caracas

»El Proceso« – Ausstellung und Veranstaltungsreihe rund um Transformationsprozesse in Venezuela

Eine Gruppe von Studierenden der Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina hatten sich ins ferne Venezuela aufgemacht und als Ergebnis die gesammelten Eindrücke und Dokumente ihrer Reise in Form einer Ausstellung aufgearbeitet und gestaltet. Die Ausstellung bezieht zu aktuellen politischen Veränderungen in Venezuela, die sich im städtischen Raum der Hauptstadt Caracas manifestieren, Stellung. In der südamerikanischen Metropole Caracas finden in den letzten Jahren städtische Transformations- und Aneignungsprozesse statt, in denen die Gestaltung urbaner Räume eng mit neuen gesellschaftlichen Strukturen verknüpft werden. Die AkteurInnen des Umbruchs sind BewohnerInnen von Armenvierteln, Nachbarschaftsversammlungen, Medienkollektive, Basisorganisationen und Stadtteilräte.

Der Titel der Ausstellung »El Proceso« (Der Prozess) greift ein Schlagwort auf, das in Venezuela verwandt wird, um die sozialen und politischen Veränderungen, die momentan im Land stattfinden, zu bezeichnen. Das Material, das in der Ausstellung gezeigt wird, haben die Studierenden während der Exkursion gesammelt. Sie haben unter anderem die Rolle des HipHop im politischen Transformationsprozess untersucht sowie Basisradios (Radios Comunitarias) in den Stadtteilräten (Consejos Comunales) und Armenvierteln von Caracas besucht. Sie haben weibliche Hausangestellte zu ihrer Arbeit in den Gated Communities befragt und sich mit dem umstrittenen Projekt »Metrocable« beschäftigt, das eine Verbindung per Seilbahn zwischen dem Stadtzentrum und einem der Armenviertel auf den Hügeln der Stadt geschaffen hat.

In Collagen aus Fotografien und Text wird der Frage nachgegangen, in welchen unterschiedlichen Situationen und Räumen der Prozess allgegenwärtig ist. Die verwendeten Texte sind aus eigenen Impressionen, Auszügen aus geführten Interviews mit AkteurInnen vor Ort, Liedtexten, als auch Zitaten aus wissenschaftlicher Literatur zusammengestellt.

Die Ausstellung möchte die unterschiedlichen Perspektiven von AkteurInnen in Caracas auf die Bolivarianische Revolution und einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zeigen und damit einen Beitrag zum teilweise sehr widersprüchlichen Bild Venezuelas, in einer Zeit der politischen Transformation, leisten.●

Im September und Oktober wird die Ausstellung in der Berliner Galerie Olga Benario gezeigt und von wöchentlichen Veranstaltungen, wie Vorträgen, Diskussionen oder Filmvorführungen begleitet. Nächster Termin: Donnerstag, 7.Oktober 2010, 19.30 Uhr, Filmvorführung: »Comuna im Aufbau.« in Anwesenheit des Regisseurs Dario Azzelini.
www.galerie-olga-benario.de

Katja Grabert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

FREIHÖFE: WEGE IN EINE SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT UND EINE INTEGRIERTE GESELLSCHAFT

Wir sind alle Bäuerinnen und Bauern!

In Deutschland und vielen anderen Ländern zeigen sich immer mehr die Grenzen des gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Modells. Einerseits haben die letzten 200 Jahre große Fortschritte in vielen Bereichen (vor allem der Lebenserwartung) mit sich gebracht, andererseits sind wir bislang unfähig, eine Lebensweise zu entwickeln, die diese Fortschritte in einer zukunftsfähigen Weise nutzt und alle Menschen in eine Gesellschaft integriert, die menschenwürdiges Leben für jede und jeden jetzt und in Zukunft ermöglicht. Freihöfe können ein Element einer notwendigen Solidarischen Ökonomie sein.

Von Rolf Künnemann, Heidelberg ● Die jetzige Gestalt des Menschen erschien vor etwa 50.000 Jahren in Afrika, entwickelte vor 12.000 Jahren die Landwirtschaft und seit 200 Jahren die Industrie. Bei den Römern hieß die Landwirtschaft cultus, oder cultus agrorum. Das Wort Kultur in seiner ursprünglichen Bedeutung bezieht sich also auf die Landwirtschaft, genauer – den Landbau, die Anpflanzung, das Bauerntum. In den letzten 10.000 Jahren bildete die Dorfgemeinschaft für fast alle Menschen den sozialen und wirtschaftlichen Bezugspunkt. ProduzentInnen und KonsumentInnen waren identisch bzw. lebten dicht beieinander. Wurden Waren und Dienstleistungen gegen Nahrung getauscht (evtl. vermittelt über Geld) waren die Austauschentfernungen für Agrargüter relativ kurz – zumindest bis zum Ende des Mittelalters.

Heute sind die Austauschentfernungen lang, und die Beziehungen zwischen den Menschen und dem Boden, der sie ernährt, sind sehr komplex geworden. Seit 1974 kommt nicht einmal mehr die Hälfte der Nahrung, die eine Person in Deutschland isst, aus dem Inland. Es gibt genug Böden in Deutschland, um alle im Land jetzt und in Zukunft zu ernähren. Auf mehr als der Hälfte der Ackerfläche Deutschlands wird allerdings für den Export produziert, und netto (also nach Abzug der eigenen Exportflächen) beziehen die Menschen in Deutschland etwa 20% ihrer Nahrung von Land im Ausland. Fast zwei Drittel des gesamten Flächenbedarfs rührt her vom stark übertriebenen (und insofern ungesunden) Konsum von Fleisch- und Molkereiwaren.

Der entstandene Zwischenraum zwischen Mutterboden und Mensch hat sich zur Machtquelle von Banken, Chemie- und Agrokonzernen, Handels- und Supermarktketten entwickelt. Das schädigt die Produktivkraft der Natur, die Gesundheit der Menschen, die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft und die Sozialstrukturen der Gesellschaft.

Hauptprobleme von landwirtschaftlichen ProduzentInnen und KonsumentInnen

Die kapitalintensive chemische Landwirtschaft hat keine Zukunft – schon wegen ihrer Ölabhängigkeit und ihrer negativen Energiebilanz. Diese »fossile Landwirtschaft« belastet die VerbraucherInnen mit wachsenden Problemen: Nachlassende Qualität der Nahrungsmittel, Schäden für die Gesundheit, hoher Ausstoß von Treibhausgasen und damit Klimaschäden, Wasserverschmutzung, Zerstörung von Böden und von Artenvielfalt, Konzentration von Böden und Macht in immer weniger Händen. Dies sind natürlich auch Probleme für die Bäuerinnen und Bauern. Ihnen gesellen sich weitere hinzu: Die zunehmende Dominanz von Banken, Agrarfabriken und Agrarhandelsfirmen, die Verschuldung der Höfe, der Zwang zur intensiven und großflächigen Landwirtschaft, das große Höfesterben. Spätestens seit den 1980er Jahren ist klar, dass es sich hier um einen Irrweg handelt. Trotzdem wird diese Politik fortgesetzt. Dazugekommen ist seitdem die Bedrohung durch Monopolisierung von Saatgut und durch die Gentechnik. Auch in den Bereich des Ökolandbaus greift der Agrarhandel zunehmend ein, so dass dort ähnliche Zwänge entstehen.

Wie kann vor diesem Hintergrund die erforderliche Umstellung auf ökologische Landwirtschaft gelingen? Wie kann die Ernährungssouveränität in Deutschland verteidigt werden? Wie sicher ist die Ernährung der Stadtbevölkerung in Deutschland, sollte es zu einer schweren Wirtschaftskrise kommen, in der Handels- und/oder Finanzstrukturen zusammenbrechen? Eine landesweit organisierte »Freihof-Bewegung« könnte Antworten liefern.

Was ist ein Freihof?

Ein Freihof ist ein bäuerlicher Betrieb (oder eine horizontal und/oder vertikal integrierte Gruppe von Betrieben der Landwirtschaft), der weitgehend dazu dient, dass sich über ihn eine größere Zahl von Menschen mit Nahrungsmitteln selbst versorgt. Ein Freihof arbeitet zukunftsfähig (also agroökologisch), oder hat sich verpflichtet, innerhalb von 5 Jahren auf die agroökologische Wirtschaftsweise umzustellen. Ein Freihof kann dabei u.U. sowohl die Betriebsmittel (Dünger etc.) weitgehend selbst herstellen als auch einen Teil der Weiterverarbeitung übernehmen (Brotbacken, Käserei etc.).

Ein Freihof ist vor allem eine Gemeinschaft von Menschen, die gemeinsam diesen Hof betreiben (die »Hofgemeinschaft«). Nur wenige von ihnen leben und arbeiten allerdings permanent auf dem Hof (»HofbewohnerInnen«). Auch für alle anderen Mitglieder der Hofgemeinschaft (»Hofgruppe«) ist der Hof allerdings ein wichtiger Bezugspunkt ihres Lebens – weitgehende Quelle ihrer Lebensmittel, Lernraum für Kinder und Erwachsene, sozialer Treffpunkt, möglicher Ort der Wochenendgestaltung samt »Streichelzoo« für die Kinder. Der Freihof ist ein Ort, an dem sich Menschen wieder mit Tier und Pflanze und mit einem gesunden und fruchtbaren Ackerboden verbinden können. Vielleicht bietet er auch eine mögliche Mitarbeit im Garten, auf dem Feld oder im Stall.

Ein Freihof erzeugt ein Spektrum von Nahrungsprodukten, das den Grundbedarf der Hofgemeinschaft abdeckt. Fleisch wird zwar weiterhin produziert, aber in reduziertem Maße und unter Vermeidung von Futtermitteln, die als Nahrungsmittel dienen könnten. Ein Mensch in Deutschland braucht etwa 0,15 ha Land für diese gesunde fleischarme Ernährung. Wenn ein Freihof von 20 ha etwa drei Viertel seiner gesamten Produktion innerhalb der Hofgemeinschaft verbraucht, könnte er somit etwa 100 Personen ernähren.

Jeder Freihof hat seinen eigenen Namen. Die Bezeichnung Freihof für diese Art Wirtschafts- und Lebensform will verdeutlichen, dass es hierbei um die Freiheit der Hofgemeinschaft geht, ihre Lebensgrundlagen gemeinsam zu sichern, und darum, dass die Freiheit ohne eine gemeinsame Bewirtschaftung der lokalen Ressourcen nicht verteidigt oder wieder gewonnen werden kann. Vor allem aber geht es um die Freiheit zukünftiger Generationen, in einer menschenwürdigen Gesellschaft zu leben ohne ökologische und soziale Katastrophen.

Alle zu einem Freihof gehörenden Menschen verpflichten sich, ihre Grundnahrungsmittel langfristig weitgehend von diesem Freihof zu beziehen und den Hof zu unterstützen. Sie zahlen einen Mitgliedsbeitrag, der ihrem Jahresverbrauch an diesen Grundnahrungsmitteln entspricht, in die Hofkasse. Die ErzeugerInnen auf dem Hof erhalten damit ein garantiertes höheres Einkommen als vorher. Die restliche Hofgemeinschaft bekommt deutlich günstigere (und bessere) Nahrungsmittel. Der Zwischenhandel fällt weitgehend weg. Der Buschberghof in Fuhlenhagen zum Beispiel, der für dieses in Deutschland neuartige Wirtschaftsmodell 2009 den Förderpreis Ökologischer Landbau erhielt, hat 86 ha Ackerfläche, mit einer Hofgemeinschaft von 320 Menschen in 92 Familien.

Die Hofgemeinschaft sollte möglichst hofnah leben, aber nicht unbedingt im selben Ort. Es muss lediglich sichergestellt sein, dass sich innerhalb der Hofgemeinschaft Gruppen bilden, die jeweils für sich die Verteilung der Nahrungsmittel organisieren und regeln.

Die Vorteile eines Freihofs

Ein Freihof hat für alle Beteiligten Vorteile. In Deutschland wird lediglich 6% der Agrarfläche nachhaltig bewirtschaftet, in der Schweiz 15%, in Österreich 25%. Das heißt, dass mehrheitlich an den fruchtbaren Böden Raubbau betrieben wird, ebenso an den Wasserquellen und der Artenvielfalt. Dieser Raubbau zerstört die Ernährungssicherheit zukünftiger Generationen, wenn wir nicht endlich entschieden umlenken auf die ökologische Landwirtschaft.

Eine Umstellung auf zukunftsfähige Landwirtschaft erfordert natürlich Anfangs-Investitionen. Die Agro-Ökologie produziert zwar Gesundheit für Mensch, Tier, Pflanze und Böden, aber bei geringeren Hektarerträgen: Insgesamt liegt die nachhaltige Bodenproduktivität in Deutschland im Durchschnitt etwa bei 70% des jetzigen konventionellen Raubbaus. Erst bei längerer nachhaltiger Bewirtschaftung (10 bis 15 Jahre) lassen sich die Erträge darüber hinaus erhöhen. Auch deshalb müssen diese Produkte teurer verkauft werden und haben auf den »normalen« Märkten nur eine Chance, wenn sie »zertifiziert« in einem Markensektor angeboten werden. Sowohl bei der Produktion als auch bei der Vermarktung ist diese Umstellung also mit Risiken und Kosten für die LandwirtInnen verbunden, besonders wenn sie die Umstellung mit Bankkrediten finanzieren.

Diese Risiken sind beim Freihof deutlich geringer, weil er marktunabhängig eine sichere Abnahmequelle hat und weil er keine, oder nur eine geringere externe Kapitalbeschaffung betreiben muss. Die Einnahmen des Hofes liegen höher, weil deutlich mehr als die supermarktdiktierten Erzeugerpreise gezahlt werden. Der Hof entkommt dem von Agrobusiness und Supermarktketten ausgeübten Preisdruck und erzielt faire Preise. Durch weitgehenden Wegfall des Vermarktungsrisikos sind die Einnahmen nicht nur höher, sondern auch garantiert. Bekanntermaßen sind die Ausgaben der ökologischen Landwirtschaft für Betriebsmittel deutlich niedriger als in der konventionellen Landwirtschaft. Dem steht ein erhöhter Arbeitsaufwand gegenüber.

Durch Wegfall des Zwischenhandels liegt der Mitgliedsbeitrag, den die Mitglieder der Hofgemeinschaft entrichten, deutlich unter dem, was für den entsprechenden Jahreswarenkorb im Bio-Laden, auf dem Bio-Markt oder im Supermarkt bezahlt werden müsste.

Dort muss die Qualität oft auf Treu und Glauben gekauft werden. Bioprodukte werden inzwischen Tausende von Kilometern entfernt hergestellt. Wenn die ErzeugerInnen die VerbraucherInnen persönlich kennen und mit ihnen in einer Hofgemeinschaft vereint sind, gibt es für sie eine größere emotionale Hürde, hinsichtlich der Qualität zu betrügen. Mitglieder der Hofgemeinschaft haben auch jederzeit leicht die Möglichkeit, die ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen zu kontrollieren und ggf. zu verändern.

Der Freihof schaltet Märkte weitgehend aus. Er ist nicht vom Agrobusiness abhängig, da er seine Betriebsmittel weitgehend selbst produziert und seine Produkte nur zum geringen Teil vermarktet. Die Abhängigkeit von der Politik (Subventionen, EU-Vorschriften etc.) ist gering, da der Hof die Produkte weitgehend selbst verbraucht und nicht verkauft.

Was ist zu tun? Besprechen und anfangen

Dieser Beitrag ist zunächst einmal eine Einladung an alle, denen gesunde Nahrung, gesunde Böden und Gewässer und die bäuerliche Landwirtschaft hierzulande am Herzen liegen. Sie sollten miteinander darüber sprechen, ob sie diesen Weg in Deutschland für gangbar halten bzw. wie er modifiziert werden müsste. Er wird in ähnlicher Weise in den USA (community supported agriculture), Großbritannien, Frankreich (AMAP), schon auf Tausenden von Höfen gelebt. In Japan leben schon Millionen von Familien in solchen Hofgemeinschaften (Teikei).

In einem zweiten Schritt sollten sich dann interessierte LandwirtInnen und VerbraucherInnen zu Hofgemeinschaften zusammenfinden. Eine solche Bewegung kann überall dort ansetzen, wo LandwirtInnen bereit sind, mit Hilfe einer Hofgemeinschaft auf Ökolandbau umzustellen, oder wo Ökolandbau schon betrieben wird. Finden sich Menschen, die eine Hofgemeinschaft eingehen wollen und dann auch anderen davon erzählen, kann diese Gemeinschaft organisch wachsen, bis sie die für den jeweiligen Hof wünschenswerte Größe erreicht hat. Dann kann der nächste Hof gesichert und umgestellt werden.●

Kontakt: kuennemann@fian.org

Ernährungssouveränität

Der Weltagrarrat »IAAST« (International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development) hat im Frühjahr 2008 im »Weltagrarbericht« (1) festgestellt, dass nur eine bäuerliche Landwirtschaft, die auf Selbstversorgung in lokalen Strukturen ausgerichtet ist, das angestrebte Ziel der Ernährungssouveränität erreichen kann. Damit verwendet erstmals ein UN-Dokument den Begriff »Ernährungssouveränität«, der von »Via Campesina« (2), einem weltweiten Zusammenschluss von KleinbäuerInnen und LandarbeiterInnen, stammt. Anders als »Ernährungssicherheit« durch ausreichende Nahrung bedeutet »Ernährungssouveränität« das Recht und die Möglichkeit jedes Landes und jeder Person, seine/ihre Lebensmittel selbst zu produzieren.

Dazu gehört der Zugang zu Land und eine Agrar- und Wirtschaftspolitik im Sinne globaler Gerechtigkeit. Dafür setzt sich zum Beispiel die internationale Menschenrechtsorganisation »FIAN« (FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk) (3) ein. Zur Ernährungssouveränität gehört auch die Möglichkeit, eigenes pflanzliches Saatgut und Nutztiere züchten zu können. Dem steht die Privatisierung von Lebewesen durch Patentierung entgegen, die hauptsächlich von Gentechnik-Konzernen betrieben wird. Die »buko« (Bundeskoordination Internationalismus) (4) hat eine Kampagne gegen diese Biopiraterie organisiert (5).

Aus Elisabeth Voß: Wegweiser Solidarische Ökonomie – Anders Wirtschaften ist möglich!, Neu-Ulm, 2010, Seite 48f.

1) www.agassessment-watch.org/deutsch.htm
2) www.viacampesina.org
3) www.fian.de
4) www.buko.info
5) www.biopiraterie.de

Anzeige

Schutz für Menschenrechtler

Handlungsspielräume in den Philippinen als Menschenrechtsbeobachter_in ermöglichen

Aktiv werden, Team kennenlernen
I.P.O.N.: Hinrichsenstr. 40, 20535 Hamburg
040-25491947, www.ipon-philippines.org

SERIE

Der politische Krimi

Eine alle drei Monate erscheinende CONTRASTE-Serie für alle, die neben politischen Aktionen und alternativem, selbstverwaltetem Leben, Krimis lesen wollen.

Von Roman Schweidlenka ● Ein hoch gelobtes, intensiv bejubeltes Buch. Immerhin gewann das AutorInnengespann Bohnet – Pleitgen (Mutter plus Sohn) 2010 den Friedrich Glauer Preis für den besten Debüt-Kriminalroman. Ob zu Recht, mag LeserIn letztlich selbst entscheiden.

Die Hauptfigur, eine Hamburger Physikstudentin namens Nikola Rührmann, hat durchaus poltical correct lesbische Ambitionen und will die Liebe der schönen, der wunderschönen Julia gewinnen. Was anfangs nicht so leicht ist. Erst als die Verliebte erfährt, dass Julias Freund einem grauenvollen Verkehrsunfall erlegen ist, der in bester Krimimanier natürlich Mord war, kann sie sich Julia nähern, indem sie sich als kostenlose Privatdetektivin nützlich macht. Der Start der Story ist langsam, gut ein Viertel der Seiten windet sich der Roman nicht immer flott durch studentische Milieuschilderungen, um dann aber an Spannung zuzulegen, die fast immer durchgehalten wird.

Die Hausbesetzerszene, verwoben mit schwarzem Block und allem, was links gut und trendy war – der Roman spielt 1989 (remember...) – erscheint als Kulisse, die stellenweise durch die Schilderung von Hamburger Szenenkneipen und einer Demo etwas Farbe und Profil gewinnt. Die Story ist einfach: Hausbesetzer findet in besetztem Haus belastendes Material: Firma verschiebt Giftmüll, ist kriminell, tötet den Aufdecker, der sich als Erpresser versuchte. Endlich gelingt es Nikola, mit Julia in das Bett zu hüpfen, doch bald wendet sich diese von ihr entrüstet ab, ist doch Nikola selbst höchst egoistischen, politisch durchaus nicht korrekten Egogelüsten erlegen: Sie wandelte, erfolgreich, in erpresserischen Spuren und kotzte der ganzen weltverbessernden Politszene damit vor die Beine.

Wer nicht aus Hamburg und Umgebung kommt: Durch die Verwendung von Dialektpassagen ist das Buch nicht für jedermann/frau immer lesbar. Aber macht nichts! Einfach drüberlesen oder entsprechende Passagen ausschneiden.●

Bohnet/Pleitgen: Freitags isst man Fisch, Ariadne Kriminalroman, Hamburg 2009

OFFENE SOMMERUNI WERNSDORF: VOM NUTZEN DER PHILOSOPHIE FÜR POLITISCHE PRAXEN

»Queerémos!«

Friederike Habermann, Autorin des 2009 erschienenen Sachbuchs »Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag« (Rezension in CONTRASTE Nr. 302), hatte eingeladen, sich fünf Sommertage lang mit ihrer »subjektfundierten Hegemonietheorie«, fußend auf den Denkansätzen von u.a. Antonio Gramsci, Michel Foucault, Judith Butler und Gayatri Chakravorty Spivak, und ihrer Relevanz für alternative Politpraxis zu befassen. Neunzehn TeilnehmerInnen versammelten sich im August im selbstverwalteten Tagungshaus Wernsdorf, ein paar Katzensprünge südlich von Berlin, um sich diesem Thema zu widmen.

Von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Es hat Spaß gemacht, sich auf ungewöhnliche Weise gemeinschaftlich und kreativ Theorie anzueignen. Textarbeit kam nicht vor, dafür neben komprimierten inputs auch spielerische Elemente und körperliche Kontrapunkte wie Yoga, Kontaktimprovisation und Schwimmen im Spreekanal. Nicht zu vergessen das gemeinsame Kochen und Schmausen – vegetarisch und köstlich. Die »Stiftung Fraueninitiative« hatte 750 Euro Zuschuss beigesteuert, so dass das komplette Seminar inklusive Übernachtung pro Teilnehmender/in durchschnittlich 25 Euro kostete. Die Hutsammlung erbrachte zusätzlich ein Anerkennungshonorar für Referentin Friederike.

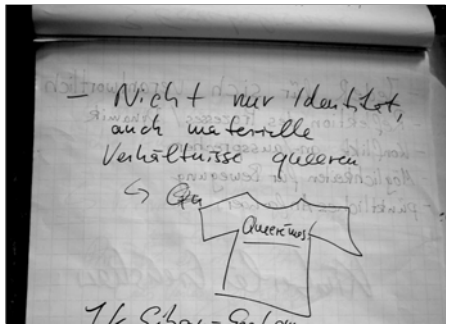
Ihr geht es um die Verwobenheit aller Herrschaftsformen wie Kapitalismus, Sexismus und Rassismus und die Dekonstruktion ausgrenzender Identitäten beim Streben nach Emanzipation, um die Auflösung des seit 200 Jahren hegemonialen Leitbilds des »homo oeconomicus« (1), dessen Handeln sich unter Kosten-Nutzen-Perspektiven vollzieht – bis in linke Alternativszenen hinein. Dabei kann mensch auf gedankliche »Werkzeuge« zurückgreifen, die TheoretikerInnen des 20. und 21. Jahrhunderts aus verschiedenen Denkströmungen anbieten.

Die Hegemonietheorie von Antonio Gramsci hilft zu begreifen, wie gesellschaftliche (subtile) Zwänge funktionieren und wie demzufolge Umbrüche vorbereitet werden können. Doch seinem eigenen Anspruch, *alle* Kräfteverhältnisse zu berücksichtigen, wird Gramsci nicht gerecht – für ihn zählt nur all das, was sich aus dem Kapitalismus ergibt.

Mit Michel Foucault kann mensch die gesellschaftlichen Konstruktionen genauer analysieren, jedoch kaum überwinden. Denn die Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen macht sie schwer durchschaubar und schwierig zu durchbrechen. Mit raffinierten »Techniken des Selbst« unternimmt das Subjekt eine freiwillige Selbstdisziplinierung, die es herrschenden Regeln und Normen unterwirft. Dennoch postuliert Foucault »die Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden«.

Ansätze zur Transformation liefern eher poststrukturalistische AutorInnen wie Gayatri Chakravorty Spivak mit ihrem postkolonialistischen Ansatz, die Queer-Theoretikerin Judith Butler und die postmarxistischen Laclau/Mouffe und der Begründer der »Cultural Studies« Stuart Hall. Aus ihren antiexistischen und antirassistischen Theorien lassen sich im Verbund mit Antikapitalismus Möglichkeitsräume für emanzipative Praktiken entwickeln. Dabei können Subjekte und Strukturen nicht getrennt voneinander gedacht werden – sie verändern sich vielmehr miteinander und ständig. Auch Identitäten verändern sich, alles ist im Fluss. Solcher Einsicht entsprechend bewährt sich der zapatistische Grundsatz: »Fragend schreiten wir voran«.

Wir brauchen, wenn wir Gesellschaftsveränderung betreiben wollen, neue Identitäten ebenso wie neue Strukturen. Und sollten tunlichst auch lernen, »die eigenen Privilegien als Verlust zu empfinden« (Spivak). Das war für mich ein spezielles Aha-Erlebnis, diese theoretisch-praktischen workshops: Mein Privileg, in einer Überflussgesellschaft zu leben, schneidet mich ab von Erfahrungen und Erkenntnissen aus anderen Kulturen, die wertvoll sein könnten bei der Lösung ökonomischer und ökologischer, psychologischer und physiologischer Probleme. Hätte ich ohne diese Privilegien eher Zugang zu grundlegenden Fähigkeiten wie nachhaltigem Pflanzenanbau, hierarchiefreier nicht-warenförmiger Kooperation und gender- und länderübergreifender Solidarität? Bessere Chancen, das »Othering« zu verlernen, die missliche Übung, andere zu »verändern«, nicht wirklich Gleiche in ihnen zu sehen? Denn wie kann es sein, dass täglich 100.000 Menschen auf der Welt verhungern, ohne dass es mich tief erschüttert? Das Bild der Hungernden und Kriegsversehrten aus dem Trikont, das einhergeht mit real verminderten Fähigkeiten, lässt uns sie wohl nicht mehr als Gleiche unter Gleichen sehen, und so akzeptieren wir deren Schicksal, indem wir der Politik, die es bewirkt, nicht entschieden entgegentreten.



Flipchart Offene Sommeruni Foto: Katha Wulfert

Entgegentreten ist das eine – Selbstorganisierung in Parallelstrukturen Solidarischer Ökonomie das andere. Dazu hat Friederike Habermann in ihrem »Halbinsel«-Buch rund 100 Projektbeispiele vorgestellt. Eins davon, ihr eigenes, konnten wir im Anschluss an das »Teach-in« in Augenschein nehmen.

In einem Kiefernhain südöstlich von Berlin leben 60 Menschen aus 12 Nationen von unter 6 bis über 60 Jahren in offener Gemeinschaft auf einem zunächst besetzten, dann ersteigerten Gelände in Baracken, Hütten, Jurten, Wägen und einem Steinhaus. Unser Rundgang führte zur Gemeinschaftsküche, zur Pflanzenkläranlage, den Kompostklos, dem Garten, den Windrädern und Solaranlagen, den Holz-, Metall- und Fahrradwerkstätten, zur Naturheilapotheke, der Sauna, der Nähstube, der Bibliothek, dem Umsonstladen und dem Vorratsraum mit Bio-Lebensmitteln und Rohkaffee aus Chiapas. Eine große Lehmgrube, die zum Badesee ausgebaut wird, soll demnächst vollendet werden. Es dauert seine Zeit – denn in der »Do-ocracy«, die mensch hier praktiziert, passiert nur das, was jemandem wichtig ist und dies im jeweils eigenen Rhythmus. Der Offene Raum ohne Landeigentum lebt vom freiwilligen »Füttern« der Kollektivkassen, vom Containern und von Arbeitsspenden der »wild zusammengewürfelten Gemeinschaft«. Für die Aufnahme gibt es keine Auslese-Kriterien. Man probiert, ob man zusammen klar kommt. Manche verdingen sich auf dem Arbeitsmarkt, manche beziehen Hartz-Geld. Zuweilen werden Plena einberufen – je nach Bedarf. Als wesentlichen Aspekt dieser experimentellen Alternative benennt die Kiefernhainerin Gizem: »Freie Räume wie hier können den Menschen die Zeit und den Raum geben, wo sie aufwachen und erkennen können, was sie eigentlich wirklich machen wollen. Was sie glücklich macht.«

Ein allgemein begrüßtes Fazit der Veranstaltung war: »Queerémos!« (2), was bedeuten soll: Dekonstruieren wir Identitäten, Machtformen und Normen! Und: What we do matters, jede Artikulation, alles was wir tun, verändert sowohl die kulturellen wie materiellen Rahmenbedingungen als auch Identitäten von Gruppen und Subjekten. Also (frei nach Marx): alle Verhältnisse zum Tanzen bringen!●

1) Friederike Habermann: Der Homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden (Nomos) 2008
2) Die Queer-Theorie (englisch »to queer« = durcheinander bringen, auch »queer« = »schwul«, ursprünglich abwertend) geht davon aus, dass Identitäten und Strukturen konstruiert sind und postuliert radikale Offenheit im Umgang mit denselben.

Othering

beschreibt den Prozess, sich selbst bzw. sein soziales Image positiv hervorzuheben, indem man einen Anderen bzw. etwas Anderes negativ brandmarkt und als andersartig, das heißt »fremd« klassifiziert, sei es wegen der Rasse, der geographischen Lage, der Ethik, der Umwelt oder der Ideologie. In dieser Differenzierung liegt potenzielles hierarchisches und stereotypisches Denken, um seine eigene Position zu verbessern und als richtig darzustellen.
www.kulturglossar.de

Do-ocracy

(Mischform aus engl. Do und Democracy) ist eine Organisationsform, in der Individuen selbstständig ihre Aufgaben aussuchen und ausführen. Verantwortlichkeiten liegen bei den handelnden Personen und nicht bei gewählten oder bestimmten Posten.

Anzeige

AKTION GEGEN DIE BUNDESWEHR AUF DER GAMESCOM 2010 IN KÖLN

»Game over!«

Mehr als eine Viertelmillion BesucherInnen zählte die KölnMesse auf der Gamescom 2010, auf der über 500 Aussteller die neuesten elektronischen Spiele anpriesen – überwiegend solche, bei denen geschossen und gemetzelt wird. Die meisten Interessenten waren männlich, viele jugendlichen Alters. Schon vor dem Messeeingang wurden sie mit bunter Spiele-Propaganda überhäuft. Da fiel der schwarz-weiße Flyer von »Bundeswehr wegtreten« deutlich aus dem Rahmen.

Redaktion Köln ● »Die Bundeswehr spielt nicht – sie tötet!« hieß es da und: »Es gibt kein zweites Leben«. Damit wurde die Anwesenheit eines Werbestands der Bundeswehr auf der Computer-Spielemesse angegriffen. Die Publikumsreaktionen hierauf waren durchaus gemischt – von »Ist doch toll, was die Bundeswehr macht!« bis zu »Die hat hier echt nichts zu suchen!«. Dass so viel mehr männlich als weiblich sozialisierte Jugendliche auf die martialischen Computerspiele abfahren, erklärt ein 14jähriger Kölner Gymnasiast und Gamer so: »Ich glaube, das ist nichts für Frauen, weil man da ja vor allem Menschen umbringen muss. Die Mädchen in unserer Klasse spielen nicht, die chatten lieber.«

In den Ausstellungshallen selbst herrscht Gedränge, Höllenlärm, Geflacker und Geflimmer. Allerlei kostümierte Gestalten bewegen sich durch das Gewühl. Die Soldaten am Bundeswehrstand reagieren erst mal gar nicht, als ein Trupp mit Totenmasken ausstaffierter BesucherInnen sich dem Werbestand nähert. Als dieser aber den Stand mit Klopapierrollen ausstaffiert und einen Karnevals-Scheißhaufen auf das Feldjäger-Motorrad pflanzt, werden allerdings die »Securities« der Kölnmesse herbeigerufen.

Feldjäger-Motorrad, frisch dekoriert Foto: Rolf Noack

Das sind nicht gerade zimperliche watchdogs, die offenbar scharf angewiesen sind sicherzustellen, dass keine Kritik an der Gamescom laut wird. So versuchten sie, das Verteilen der Flyer sogar auf öffentlichem Gelände zu verhindern. Junge JournalistInnen der pazifistischen DFG/VK-Zeitung »Zivilcourage« wurden eingeschüchtert: Sie dürften nicht über die Protestaktion am Bundeswehr-Stand berichten, widrigenfalls werde ihnen jede künftige Akkreditierung versagt. Die derart versuchte Aushebelung der Presse- und Meinungsfreiheit hat allerdings nicht funktioniert. Den Maulkorb ließen sich die BerichterstatterInnen nicht gefallen. Auch das dreiste Verlangen der »Securities«, Personalien von Aktionsteilnehmenden zu registrieren, blieb erfolglos.

Das rabiate Vorgehen der Gamescom-»Schützer« zeigt jedoch, wie eifernd die Veranstalter angesichts verbreiteter Kritik an der Kriegsspielerei darauf aus sind, der Messe gesellschaftliche Akzeptanz zu verschaffen. Der gern geleugnete Zusammenhang von Ballerspielen und realer Gewalt wird jedoch durch die Präsenz der Bundeswehr unterstrichen. Und auch im Messemagazin finden sich Hinweise auf diese Verbindung. So liest mensch dort in der Präsentation des Spiels »Medal of Honor« in Halle 6, das die Spieler in die Haut von Afghanistan-Kriegern schlüpfen lässt: »Alle Waffen im Spiel werden auch in Afghanistan eingesetzt.«●

Das Flugblatt:

Die Bundeswehr spielt nicht – sie tötet!
Die Bundeswehr auf der Gamescom 2010

Die Bundeswehr macht sich im Rahmen ihrer Werbestrategien an Schulen, Unis und Arbeitsämtern breit, um an neues Kanonenfutter für Auslandseinsätze zu gelangen. So auf dieser Spielemesse. Die Bundeswehr ist mit einem Stand vertreten! Sie hat aber auch hier nichts zu suchen.

Krieg heißt GAME OVER!
Krieg ist blutiger Ernst, hier hören Spiel und Spaß auf! Die Bundeswehr lockt Menschen zum Töten. Sie gaukelt technik- und spielbegeisterten Menschen vor, dass Militär und Kriege »Saubere Sachen« seien. Tolle Abenteuer warten – wie auf der Spielkonsole. Krieg sei notwendig, zum Aufbau von Demokratie und zum Schutz »unserer« Rohstoffe. Kriege seien »Humanitäre Hilfsaktionen«. Dass es Tote, besonders viele »Kollateralschäden« (90% Zivilopfer) gibt, wird nicht erwähnt!

Die Bundeswehr blendet die Realität per Computer aus. Sie organisiert Kriegseinsätze wie Spiele. »Drohnen« zum Töten von Menschen werden z.B. real per Joystick gesteuert. Die Bundeswehr erklärt Menschen nicht, dass man im Gegensatz zum »virtuellen« den realen Krieg nicht per Exit-Button beenden kann, dass man die Toten und die Zerstörungen nicht per Mausklick »löschen« kann.

Es gibt kein zweites Leben!
Bundeswehr wegklicken
Klopapier gegen Scheißspiele!

DAS BEISPIEL ATTAC

ZEICHEN SETZEN

Pressearbeit in sozialen Bewegungen

Die Berichterstattung »bürgerlicher« Medien folgt ihren eigenen Gesetzen die das Ansinnen sozialer Bewegungen, kritische Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen, nicht selten untergraben. Dennoch lohnt sich meines Erachtens der Versuch, sich die Mainstream-Medien für die eigenen Ziele nutzbar zu machen, ohne in eine Überanpassung abzurutschen.

Von Frauke Distelrath ● Doch wie geht das, »professionelle« Pressearbeit in einer sozialen Bewegung mit vielfältigen Positionen und ohne feste Hierarchien? Welche Chancen und Gefahren bringt dieser Spagat mit sich? Im Folgenden will ich einige aus meiner Sicht besonders wichtige Aspekte herausgreifen und am Beispiel der Pressearbeit bei Attac verdeutlichen.

Pressearbeit ist Arbeit

Einer der häufigsten Irrtümer gerade in sozialen Bewegungen im Umgang mit Medien scheint mir die Vorstellung zu sein, die eigenen Argumente und Aktivitäten müssten nur wichtig genug sein, dann würden die Medien schon von allein auf sie aufmerksam und über sie berichten. Tatsächlich ist eine gute Medienresonanz in der Regel das Ergebnis von (Presse-)Arbeit.

Grundsätzlich gilt: Je professioneller die Pressearbeit, umso besser sind die Chancen, selbst Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Und professionelle Pressearbeit bedeutet im Wesentlichen, sich so weit wie möglich an die Arbeitsweise der JournalistInnen anzupassen – unabhängig von den vertretenen Inhalten. Je weniger Arbeit die – unter massivem Stellenabbau in ihren Redaktionen leidenden JournalistInnen mit einer Pressemitteilung haben, je besser die wesentlichen Informationen aufbereitet sind, je mehr Gedanken sich eine Aktionsgruppe über die Fotografier- und Filmbarkeit ihrer Aktion gemacht hat – umso größer sind die Chancen, dass die JournalistInnen die wesentlichen Inhalte in ihrem Bericht aufgreifen, dass ein großformatiges Foto der Aktion die erste Zeitungseite ziert.

Das alles setzt Zeit, Kenntnisse über journalistisches Arbeiten und gewisse handwerkliche Fähigkeiten voraus. Gute Pressearbeit will gelernt sein. Eine Organisation, die sich hauptamtliche MitarbeiterInnen leisten kann und dies von ihrem Selbstverständnis her auch will, die Pressearbeit aber gedankenlos an eine ansonsten ganz andere Qualifikationen erfordernde Stelle »anhängt«, sollte keine allzu großen Erwartungen an die eigene Präsenz in den Medien stellen. Wer für die Pressearbeit zuständig ist, kann nicht noch nebenher andere wichtige Aufgaben übernehmen.

Das gilt auch für ehrenamtliche Organisationen und Gruppen. Ein Grundproblem nicht bezahlter Pressearbeit ist dabei meist die Zeit. Aktive, die tagsüber einer Lohnarbeit nachgehen, können selten alles stehen und liegen lassen, um mit einer Pressemitteilung auf ein aktuelles Ereignis zu reagieren oder Medienanfragen entgegen zu nehmen. Wenn möglich, sollten die für Pressearbeit zuständigen Personen aber zumindest hin und wieder auch tagsüber etwas Luft haben. Und auch für Ehrenamtliche gilt, dass Pressearbeit gelernt sein will – aber auch gelernt werden kann. Erste wichtige Grundlagen lassen sich oft schon in einem selbstorganisierten Wochenendworkshop lernen.

Basisdemokratische Strukturen und effektive Pressearbeit

Ein wichtiges Kriterium effektiver Pressearbeit ist Schnelligkeit. Im Gegensatz etwa zu politischen Parteien sind Organisationen wie Attac nur selten in der Lage, allein durch Pressearbeit selbst Themen in den Medien zu setzen. Deutlich Erfolg versprechender ist es, sich an die aktuelle Berichterstattung »dran zu hängen«, also sich dann zu Wort zu melden, wenn die Medien über ein Thema ohnehin gerade berichten. Das aber muss meist innerhalb von Stunden geschehen. Bereits am folgenden Tag ist ein Thema häufig schon »durch«, und eine Pressemitteilung hat keine Chance mehr, aufgegriffen zu werden.

Dieser Notwendigkeit, schnell auf das aktuelle politische Geschehen zu reagieren, stehen oft zeitintensive basisdemokratische oder konsensorientierte Entscheidungsfindungsprozesse in sozialen Bewegungen entgegen. Es gilt also, für die Pressearbeit Strukturen zu finden, die schnelle Reaktionen ermöglichen, dabei aber verhindern, dass die Verantwortlichen losgelöst von der gesamten Gruppe oder Organisation agieren. Wie diese Strukturen letztlich aussehen, kann höchst unterschiedlich sein. Wichtig ist, dass sie bewusst gewählt werden und beide Aspekte gleichermaßen berücksichtig werden. Wer allein auf Effizienz setzt, blendet aus, dass der Zugang zu Medien auch eine Machtressource bildet, die der Kontrolle bedarf. Wer umgekehrt darauf besteht, dass stets alle über jede einzelne Formulierung mitentscheiden, macht erfolgreiche, weil schnelle Pressearbeit unmöglich.

Zuständig für die Inhalte der Pressearbeit von Attac Deutschland ist eine Arbeitsgruppe des bundesweiten Koordinierungskreises, der – wie alle Gremien Attacs – ausschließlich aus ehrenamtlich Aktiven besteht. Diese Pressegruppe legt fest, zu welchen Themen sich Attac wann und mit welcher Aussage äußert. Für die professionelle Umsetzung bin ich als Pressesprecherin verantwortlich. Die Pressegruppe steht allen Mitgliedern des Koordinierungskreises offen. Innerhalb der Pressegruppe gilt – ebenfalls wie in allen Attac-Gremien – das Konsensprinzip. Muss eine Pressemitteilung schnell versandt werden, setze ich meist eine Frist für Änderungswünsche und Einwände. Kommuniziert wird über eine Mailingliste und über einen sms-Verteiler, damit die Mitglieder der Pressegruppe auch dann von anstehenden Entscheidungen erfahren, wenn sie nicht an ihrem Computer sitzen.

Die Initiative zu Pressemitteilungen (und anderen Formen der Pressearbeit) kann von allen Attac-Ebenen kommen. Eine wichtige Aufgabe der Pressegruppe (und von mir als Pressesprecherin) liegt dabei darin, darauf zu achten, dass in Pressemitteilungen von Attac Deutschland nur Positionen vertreten werden, die Konsens sind. Gibt es zu einer bestimmten Frage (noch) keine gemeinsame Position, kann zu diesem Thema keine Pressearbeit stattfinden. Die Erarbeitung grundsätzlicher Positionen kann nicht im Rahmen der Pressearbeit stattfinden, sondern muss ihr vorgelagert sein.

Einerseits wird – um effiziente und schnelle Abstimmungsprozesse zu ermöglichen – die Pressearbeit von Attac also an eine verhältnismäßig kleine Gruppe (meist gehören der Pressegruppe zwischen fünf und sieben Personen an) delegiert. Andererseits hilft die Offenheit dieser Gruppe zu verhindern, dass sich ein informeller Machtzirkel herausbildet, der das Bild von Attac in den Medien allein bestimmt.

Prominente Gesichter versus breite Medienkompetenz

Bürgerliche Medien personalisieren gern. Wollen TV-Sender über eine große Demonstration berichten, begleiten sie eine Teilnehmerin oder einen Teilnehmer mit der Kamera. Will eine Tageszeitung die Bandbreite einer Protestbewegung zeigen, portraitiert sie drei ProtagonistInnen aus verschiedenen politischen Spektren. Da fehlt es dann nicht an Beschreibungen des Äußeren der Portraitierten, es wird erwähnt, wie viele Kinder sie haben und was sie beruflich machen. Die Personalisierung von Politik in den Medien geht so weit, dass selbst Journalisten, die Attac wohl gesonnen sind, immer wieder anmahnen, Attac fehle das »Gesicht«, also der/die eine Promi, der/die in der Öffentlichkeit mit Attac identifiziert wird.

Gerade dieses Bestreben, Politik zu personalisieren, stößt in sozialen Bewegungen und unter Linken oft auf starke Ablehnung. Schließlich geht es um die Inhalte, nicht die Personen. Zudem steht das Bedürfnis der Medien nach prominenten Gesichtern und medienerfahrenen SprecherInnen in Gegensatz zu dem Anspruch, Alleinvertretungsansprüche und (informelle) Hierarchien zu vermeiden.

Auf die Frage, inwieweit eine Gruppe oder Organisation dem Personalisierungsdrang der Medien nachgeben oder widerstehen sollte, gibt es keine allgemeingültige Antwort. Wichtig finde ich aber auch in diesem Punkt das nüchterne Abwägen und eine bewusste Entscheidung. So hat eine Organisation, die gezielt einen Sprecher oder eine Sprecherin als Mediengesicht aufbaut, etwa deutlich bessere Chancen, in Nachrichtensendungen wie Heute oder Tagesschau oder in einer der großen »politischen« Talkshows à la Maybritt Illner, Anne Will oder Frank Plasberg zu Wort zu kommen. Der Preis liegt dann möglicherweise in einer zu starken Identifikation der Organisation mit diesem einen Menschen. Steigt der Promi aus, steht die Organisation ohne »Gesicht« da. Dazu kommt – im schlimmsten Fall – die Erpressbarkeit der Gruppe oder Organisation durch »ihren« Promi, wenn nur der sie in den Medien repräsentieren kann.

Frauke Distelrath

Umgekehrt entspricht ein gleichberechtigter Zugang aller zu den Medien zwar dem Selbstverständnis der meisten sozialen Bewegungen, führt aber tendenziell zu einem diffusen, widersprüchlichen Bild ihrer Positionen in der Öffentlichkeit. Zudem wollen auch Interviews und Gespräche mit JournalistInnen geübt sein. Das gilt insbesondere für Statements vor der Kamera, aber auch für Printmedien. Nur wer weiß, wie JournalistInnen »ticken«, hat auch ein Mindestmaß an Kontrolle darüber, mit welchem Satz er/sie später in dem Artikel, Radiobeitrag oder der TV-Sendung zitiert wird. Dazu kommt, dass JournalistInnen häufig unter großem Zeitdruck stehen. Müssen sie mit einem/einer ungeübten GesprächspartnerIn mehr Zeit als eingeplant verbringen, halten sie sich das nächste Mal wahrscheinlich wieder an die Großorganisation mit den professionellen SprecherInnen.

Attac hat bewusst keine festen SprecherInnen, überlässt die Auswahl der Gesprächspartner/innen für Medien aber auch nicht dem Zufall. Bei Anfragen entscheidet die bereits erwähnte Pressegruppe, wer als GespächspartnerIn empfohlen wird. Grundsätzlich haben ehrenamtlich Aktive dabei Vorrang vor Hauptamtlichen, einschließlich mir als Pressesprecherin. Ich beantworte in der Regel nur Fragen nach Fakten und Zahlen; politische Statements gebe ich nur in Ausnahmen ab – etwa wenn es sehr eilt.

Ausschlaggebend für die Vermittlung von GesprächspartnerInnen ist neben der fachlichen Kenntnis auch die Medienkompetenz. Je wichtiger das Thema oder das Medium ist, umso wichtiger ist auch die Medienkompetenz der GesprächspartnerInnen. Umgekehrt werden Anfragen kleinerer Radiosender oder Zeitungen gezielt auch an Aktive mit bisher wenig Interviewerfahrung vermittelt, um ihnen ein Übungsfeld zu bieten. Als gute Möglichkeit, die Medienkompetenz von fachlich kompetenten Aktiven zu erhöhen, haben sich auch professionelle Interview- und Kameratrainings in Kleingruppen erwiesen, die aus Kostengründen bisher allerdings nur selten zustande kamen.

Selbstkritisch anmerken muss ich zudem, dass es einer dauernden Anstrengung der Pressegruppe und von mir bedarf, nicht routinemäßig immer wieder dieselben Personen auf Presseanfragen hin zu vermitteln. Da geht es uns nicht anders als vielen JournalistInnen: Je größer der Zeit- und Arbeitsdruck, umso verführerischer ist es, auf bewährte und bekannte GesprächspartnerInnen zurückzugreifen.●

Frauke Distelrath ist Politologin und gelernte Tageszeitungsredakteurin. Sie hat sieben Jahre als Redakteurin bei einer Regionalzeitung gearbeitet, bevor sie 2006 als Pressesprecherin zum globalisierungskritischen Netzwerk Attac Deutschland wechselte. Frauke Distelrath lebt in Frankfurt am Main.

Fit für den Medienalltag – mehr als 950 TeilnehmerInnen wollten »Zeichen setzen« bei der 7. LiMA

Foto: Julia Kneuse

WISSENSPRODUKTION

ZEICHEN SETZEN

Wissen schafft Neues – was die Linke davon hat

»Das Ende des Eigentums« ist die prophetische Unterzeile des neuen Werks der postmodernen Theoretiker Michael Hardt und Antonio Negri, und Spiegel Online fordert während der Opelkrise »Lasst Google Autos bauen!«. Geistiges Eigentum, Urheberrecht oder Commons-based Peer Production sind längst nicht mehr nur Stichworte einer intellektuellen Feuilleton-Debatte oder linksradikaler Computer-Nerds.

Von Thomas Lohmeier ● Die Produktion von Wissen hat sich schon längst zu einem beachtlichen Wirtschaftszweig entwickelt. Die Frage, in welchen Rechtsformen diese Wissensproduktion stattfindet und wer ihre Produkte zu welchen Bedingungen konsumieren darf, ist daher gegenwärtig Gegenstand vielfältiger politischer und juristischer Auseinandersetzungen, in denen das Urheber- und Patentrecht neu geregelt wird. Das Kampffeld ist dabei ausgesprochen unübersichtlich.

Die unübersichtliche Lage ist nicht nur Ausdruck einer Neuordnung eines spezifischen Eigentumsrechts, sie verweist auf ein grundsätzliches Problem der kapitalistischen Gesellschaft. Das Besondere der Wissensproduktion ist, dass das Produkt Wissen im Gegensatz zu anderen Produkten seine Potentiale nicht durch Abnutzung und Verbrauch verliert, sondern diese durch Teilung und Weitergabe erst entfaltet. Die Monopolisierung von Wissen mittels künstlicher Eigentumstitel (Patente, Urheberrecht) hingegen wirkt aufgrund der privaten Aneignung und Verfügungsgewalt als Beschränkung seiner produktiven Potentiale. Damit wird das Eigentumsrecht, also der Kern der bürgerlichen Gesellschaft, das in der Verbindung mit der auf Konkurrenz basierenden Warenproduktion einst erst das ganze produktive Potential des Kapitalismus entfaltete, zu einer Schranke der ökonomischen Entwicklung.

Foto: Christian v. Polentz/transitfoto.de

Vom Wort zur Tat – mit Workshops und Fachvorträgen. Insgesamt bot die LiMA mehr als 672 Stunden Programm für linke Medienmacher

Zwanghafte Verbindung: Eigentum und Wissen

Weil sich bei der Produktion von Wissen die Beschränkungen des produktiven Potentials der kapitalistisch organisierten Ökonomie durch seine eigenen spezifischen Rechtsverhältnisse zeigt, ergeben sich aus diesen Auseinandersetzungen interessante Anknüpfungspunkte für eine transformatorische Linke. Marx erkannte im Widerspruch zwischen Produktionsverhältnissen (Eigentumsverhältnissen) und der Produktivkraftentwicklung sogar den letztinstanzlichen Motor geschichtlicher Veränderungen – also nicht im Widerspruch zwischen Produktionsmittelbesitzern und Arbeitskraftverkäufern, sondern zwischen den ökonomischen Potentialen der Gesellschaft und ihrer Eingrenzung durch die Form der Produktion. Nicht der Widerstand gegen die scheinbar widerrechtliche Aneignung des Mehrwerts führt demnach zur Transformation, sondern die Erkenntnis, dass die Rechtsverhältnisse, die die gesellschaftliche Reproduktion regeln, die Gesellschaft in ihrer eigenen Entwicklung behindern (vgl. MEW 13, S. 8f). Die Frage, die demnach einer transformativen Praxis vorausgeht, muss lauten: Welche ökonomischen Entwicklungen stehen im Widerspruch zu den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und können Ansatz für eine emanzipative und transformative Politik sein?

Dieser Widerspruch drückt sich bereits in vielfältigen politischen Kämpfen aus. Beispielsweise sei an den Kampf verschiedener Schwellenländer (Südafrika, Brasilien, Indien) um bezahlbare Medikamente zur Behandlung von HIV-Erkrankten Anfang der 2000er Jahre erinnert. Aktuell wollen die nördlichen Industrieländer bei den Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen gegen Produktpiraterie die internationale Arbeitsteilung mittels des Patent- und Urheberrechts weiter festschreiben. Frei nach dem Motto »Wir mögen kein Öl haben, wir haben aber Ideen.« (Luc Devigne, europäischer Chef-Unterhändler), soll das Patent- und Urheberrecht dafür Sorge tragen, dass die Kreativarbeit weiterhin im Norden, die Produktion in den Schwellenländern und die Landwirtschaft im Süden stattfindet.

Generika sind für die medizinische Versorgung der Bevölkerung in ärmeren Ländern lebensnotwendig. So konnte durch den Import von Generika aus Billigpreisländern wie Indien der Preis für HIV-Inhibitoren um 10.000 Dollar auf unter 350 Dollar pro Patient und Jahr reduziert werden. Hier zeigt sich ganz deutlich, wie sehr die Ausgestaltung des Patentrechts im Wortsinne lebenswichtig ist.

In der Wissensproduktion wird das Eigentumsrecht vom Motor zur Bremse der kapitalistischen Ökonomie. Dies zeigen besonders gut Beispiele aus den Bereichen der Produktion, bei denen die stofflichen Träger kaum von Bedeutung sind: Die freie Software. Zugegeben, diese These ist nicht neu. Erinnert sei an das »The dotCommunist Manifesto« von Eben Moglen (Moglen 2003) und die Keimformdebatte (vgl. Merten 2002 und Nuss/Heinrich 2002). Aber gerade die Keimformdebatte zwischen den freien Softwareentwicklern des Projekts Oekonux und den beiden marxistischen TheoretikerInnen Sabine Nuss und Michael Heinrich verdeutlichte, dass die Diskussion über die Form der Produktion des Wissens noch am Anfang steht. Die Produktionsbedingungen freier Software weisen in der Regel nicht über die bestehende kapitalistische Form der Warenproduktion hinaus, weil die gemeinsame Arbeit oft auf selbstausbeuterischen Bedingungen fußt. Nuss und Heinrich kritisieren diese romantischen Vorstellungen der Keimformvertreter zurecht.

Die Community der freien Software-Entwickler ist zwar nicht die kommunistische Vorhut, für die sie sich selbst manchmal hält. Aber indem sie das eigene Arbeitsprodukt der Gesellschaft zur Verfügung stellt, andere auf ihre Ergebnisse zurückgreifen und diese weiter entwickeln lässt, schafft sie nicht nur gute Produkte. Sie zeigt ganz praktisch: Die freie Assoziation der Produzenten kann der Produktion unter den Bedingungen der privaten Verfügungsgewalt überlegen sein. Das genuin Revolutionäre daran ist demnach, dass sie ähnlich wie die ersten bürgerlichen Manufakturbesitzer im Schoße der alten Gesellschaft passendere und effektivere Produktionsverhältnisse ausbrütet, schließlich ist die unter Open Source und General Public License (GPL) produzierte Software oft gleichwertig oder besser als die ihrer kommerziellen Konkurrenz. Während die Manufakturbesitzer damals den (doppelt) freien Menschen benötigten und daher Leibeigenschaft bekämpften und Bürgerrechte forderten, richten sich moderne Wissensproduzenten gegen den privaten Besitz des Wissensprodukts, indem sie gegen Urheberrechte und Patente kämpfen.

Blick in einen Hörsaal Foto: Julia Kneuse

Über die Frage, wie die in der freien Software-Produktion bereits erfolgreich eingeübten Produktionsprozesse, Rechtsformen und Distributionsregeln auf stofflichere und kapitalintensivere Produktionen ausgeweitet werden können, wird bereits in der Debatte um die »Commons-based Peer Production« diskutiert. Auch wenn mancher Vorschlag vor dem Hintergrund der Komplexität nationaler und internationaler Volkswirtschaften naiv anmutet, zeichnen ihre Vorschläge doch das Bild einer vernetzten und selbstbestimmten Ökonomie, in der die Dominanz zwanghafter Profiterzielung gebrochen ist (vgl. Siefkes 2009: 252ff). Und so wundert es auch nicht, dass Spiegel-Online ironiefrei während der Opelkrise forderte »Lasst Google Autos bauen« – es gibt kein Argument dafür, die Erkenntnisse aus aerodynamischen Studien und energiesparenden Motoren nicht Open Source zu stellen.

Andere Aneignungspraxen im Web sind zwar scheinbar unpolitisch, aber ihre Radikalität der Negierung des Privateigentums in seiner Form als Urheberrecht findet kaum vergleichbare Beispiele in klassischen sozialpolitischen Auseinandersetzungen. Die Totalüberwachung des Internets ist weder mit Kinderpornografie (konservatives Argument) noch mit Aufstandsprävention (linke Illusion) zu rechtfertigen. Der Grund der Überwachungsmaßnahmen dürfte vielmehr in der massenhaften Missachtung »geistigen Eigentums« durch die User begründet liegen – Diebstahl muss im Kapitalismus eben geahndet werden. Der Widerstand, der sich gegen diese Form der Überwachung richtet, ist vielfältig und mittlerweile sogar in Form der Piratenpartei wählbar.

Dass die Produktion des Wissens zunehmend in Widerspruch mit dem Urheberrecht gerät, zeigt sich auch an anderen Beispielen. Nicht nur, dass Wikipedia als Enzyklopädie anderen Informationsquellen in Aktualität und Umfang den Rang abgelaufen hat, auch der Zugang zu wissenschaftlichen Fachartikeln wird durch teurer werdende Fachpublikationen und der Einschränkung des Rechts auf elektronische Kopien immer schwerer. Wissenschaftler fordern bereits gesetzliche Regelungen zum »Open Access« und eine kostenfreie Veröffentlichung von Forschungsergebnissen, die mit öffentlichen Geldern gefördert wurden. Auch die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) kündigte jüngst eine Open-Access-Initiative an, die Forschungsergebnisse frei zugänglich machen soll.

Sinnlose Verbindung: Arbeit und Eigentum

Für die Linke ist die politische Auseinandersetzung um die Rechtsform des Wissens auch aus einem weiteren Grund bedeutsam: Eigentum wird als Ergebnis von Arbeit gedacht, die prinzipiell allen Menschen gehörende Natur durch Arbeit angeeignet. Durch Arbeit erwirbt der Mensch sein Recht an seinem Arbeitsprodukt. Entsprechend wird die Kritik am Kapitalismus vorgetragen: Der Arbeiter erhalte nicht den vollen Lohn seiner Tätigkeit. Gegen diese Ungerechtigkeit wird aufbegehrt – der volle Lohn soll es sein. Bereits Marx wandte sich gegen diese Gerechtigkeitsvorstellung, weil sie in einem bürgerlichen Rechtshorizont befangen sei, und setzte ihr seine Vorstellung von Gerechtigkeit entgegen: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.«

Die Parole »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« verträgt sich nicht mit Marx' Gerechtigkeitsvorstellung, denn ihm ging es um die Trennung von Arbeit und Eigentum. Marx sieht, dass jedeR gesellschaftliche Arbeit verrichtet (ob in der Produktion oder in der Reproduktion) und dass die Gesellschaft verpflichtet ist, für die Befriedigung der Bedürfnisse jedes Individuums zu sorgen. Die Open-Source- und GPL-Bewegung oder offene Enzyklopädien sind dementsprechend auch hier Vorbild: Die Trennung von Arbeit und Eigentum ist hier bereits praktisch, das Produkt der eigenen Arbeit wird nicht mehr als privates Eigentum verstanden. Im Gegenteil, das Eigentumsrecht am Produkt wird so gestaltet, dass es kollektives Eigentum bleibt. JedeR arbeitet nach seinen Fähigkeiten, jedeR konsumiert nach seinen Bedürfnissen.

Aus dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit haben sich bisher nur politische Praxen entwickelt, die entweder einen sozialpartnerschaftlichen Kapitalismus hervorgebracht haben oder – Lenin hatte dieses Dilemma früh erkannt und mit einer Praxis der Avantgarde beantwortet – zum autoritären Sozialismus führten. Eine transformatorische Linke muss den aus der Wissenproduktion erwachsenden Widerspruch aufgreifen und ihn mit der Aufhebung des Zusammenhangs von Arbeit und Eigentum verbinden. Nur so hat sie die Chance, aus dem Stellungskrieg zwischen Kapital und Arbeit auszubrechen. Statt einem bürgerlichen Gerechtigkeitsideal nachzuhängen und statussichernde, ausgrenzende und patriarchale Sozialfürsorgesysteme zu verteidigen, muss sie für ein bedingungsloses Grundeinkommen streiten. Auch in anderen Bereichen werden Modelle erdacht, die auf eine Trennung von Arbeit und Einkommen, von Bezahlung und Konsum hinauslaufen: Beispiele sind die Kulturflatrate, kostenloser ÖPNV und Kommunikation.

Selbstverständlich darf die klassische soziale Frage nicht aus den Augen verloren und das »Revolutionäre Subjekt« (früher: Fabrikarbeiter, heute: Biochemikerin) nicht einfach ausgetauscht werden. Bezöge sich der Kampf nur auf die neue Elite des Proletariats, würde er Gefahr laufen, nur eine neuerliche Modernisierung des Kapitalismus anzustoßen. Eine Transformation kann aber nur emanzipatorisch und anti-avantgardistisch als Zusammenschluss zwischen hochqualifizierten WissensarbeiterInnen und klassischen LohnarbeiterInnen gedacht werden, weil sich der Kampf um gesellschaftliche Veränderung hin zu einer Gesellschaft der freien Assoziation auf alle beziehen muss. Ganz pragmatisch muss die sozialstaatsorientierte Linke zudem als Bündnispartner gewonnen werden, weil die Produktion von Wissen nur einen (allerdings wachsenden) Teilbereich der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens ausmacht, weshalb die sich in diesem Bereich entwickelnden Widersprüche alleine noch kein transformatorisches Potential werden entfalten können.

Neue Verbindung: Wissen und Arbeit

Die Verbindung der aus dem Kapitalverhältnis erwachsenden sozialen Ungerechtigkeit mit den aus der Produktion des Wissens entstehenden Widersprüchen eröffnet der Linken vielfältige Perspektiven und entfaltet vielleicht sogar transformatorisches Potential: Die soziale Ungerechtigkeit im Kapitalismus ist evident. Das Wissen um sie hat ihn nicht gefährdet. Wenn es aber nun gelingt, deutlich zu machen, dass die gesellschaftliche Produktion des Lebens als freie Assoziation der Menschen wirklich zu organisieren ist und dass die Keimformen hierzu bereits entwickelt werden; dass Wissen nur dann sein Potential entfalten kann, wenn es der ganzen Gesellschaft ungeteilt zur Verfügung steht; dass Privateigentum und Konkurrenzwirtschaft die ökonomischen Potentiale eingrenzen und nicht mehr freisetzen – kurz: wenn die Menschen also wieder die Veränderbarkeit der Welt für möglich halten, weil sie die Bedingungen der neuen sich im Schoße der alten entwickeln sehen und die Grenzen des Bestehenden offenbar geworden sind, dann wäre die wichtigste Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist (Marx), bereits vorhanden: Das praktische Wissen zur Neugestaltung der Welt.●

Thomas Lohmeier, geboren 1972 ist Politikwissenschaftler und Redakteur des Magazins prager frühling. Er arbeitet als Projektmanager und Gesellschafter einer Agentur für Kommunikation und Gestaltung in Berlin. Die vollständige Veröffentlichung mit den Literaturnachweisen ist unter www.prager-fruehling-magazin.de/article/505.wissen-schafft-neues.html einsehbar.

MEDIEN IN DER DDR 1989/90

ZEICHEN SETZEN

»Die Blätter wurden bunter – und dann fallen sie«

Wie ist das, wenn die »junge Welt« plötzlich nicht mehr staatstragend ist, sondern oppositionell? Wie ist das, wenn die »taz« aus dem Westen versucht, auch im Osten Fuß zu fassen? Eine Veranstaltung über die Medien in der Wendezeit. Es diskutieren Hans-Dieter Schütt, bis 1989 Chefredakteur der »jungen Welt« und Klaus Wolschner, der seinerzeit bei der »taz« gearbeitet hat. Moderiert wird die Veranstaltung von Klaus-Dieter Heiser, der im Verein Linke Medienakademie tätig ist und die Entwicklung in der DDR aus Westberliner Sicht beobachtet hat.

Klaus-Dieter Heiser: Die Massenmedien in der DDR waren sehr eng verbunden mit ihren jeweiligen Trägern, wie man sagte. Durch die politischen Erschütterungen in der DDR 1989 war in den Medien zu sehen, dass sich dort die Redakteure um neue Sichtweisen bemühten. Es gab sehr schnell einen Differenzierungsprozess, der sich auch in den Zeitungen bemerkbar machte. Die Blätter wurden bunter. Nachdem sie bunt geworden sind, fallen sie. Mit dem absehbaren Niedergang und der Nichtexistenz der DDR wurde auch die Frage »Was passiert mit diesen Zeitungen?« dahingehend gelöst, dass sie zum großen Teil über die Treuhand zum Verkauf ausgeschrieben worden sind. Insbesondere die in den Bezirken erscheinenden Zeitungen, die meistens von den Bezirksleitungen der SED herausgegeben worden sind, sind dann – zum Teil mit neuem Titel – an Pressekonzerne der Bundesrepublik verkauft worden.

Eine der wenigen Zeitungen, die aus dieser Zeit mit vielen Umgestaltungen auch heute noch erscheint, ist die »junge Welt«. Seinerzeit war sie Zentralorgan der FDJ, aber seitdem hat sie sich zu einer sozialistischen Tageszeitung entwickelt, die unabhängig linke Politik vermittelt und dafür auch ein Forum bietet.

Hans-Dieter Schütt: Die »Junge Welt« war damals die auflagenstärkste Zeitung der DDR mit am Ende täglich 1,6 Millionen Exemplaren. Das durfte so offiziell nicht gesagt werden, weil natürlich das Zentralorgan der SED, das »Neue Deutschland«, die führende Zeitung sein musste. Die kam aber immer nur so um die 1 Million.

Am 21. Oktober 1989 war dann die Überkopfzeile der »Jungen Welt« über dem Titel der Zeitung: »Es ist Herbst: Die Blätter werden bunter«. Das ist auf der einen Seite sehr deutlich, so, wie wir es jetzt verstehen. Auf der anderen Seite war es natürlich noch immer genau der Charakter der so genannten Sklavensprache. Das heißt, es war in gewisser Weise auch unangreifbar. Man hätte immer sagen können: Na, das ist unser heutiger Slogan zum Herbstbeginn.

Es gab nämlich nicht nur eine ziemlich ausgerichtete Presselandschaft. Die Presse war geradezu befehlsmäßig organisiert und einem Träger unterstellt, nämlich der Abteilung Agitation/Propaganda des Zentralkomitees der SED.

CONTRASTE: Das wurde dann aber anders.

Schütt: Tatsächlich war es kompliziert für alle, die an einer solchen Zeitung Verantwortung tragen, ab dem 19. Oktober anders zu denken, anders zu schreiben und plötzlich zu sagen: Ja, das wussten wir immer schon, wollten wir ja auch immer schon. Denn natürlich leben wir in unserem Beruf von der Glaubwürdigkeit und was Schwarz-auf-Weiß in der Zeitung steht, behält der Leser. Es fiel uns zwar nicht schwer, zu schreiben »Die Blätter werden bunter«, aber es fiel uns natürlich ungeheuer schwer, mit einer wirklich neuen Haltung an die Dinge heranzugehen, praktisch über Nacht.

Es war natürlich sehr merkwürdig, dass man sich plötzlich am 4. November auf einer Massenkundgebung befindet, die Freiheit der Meinung und die Freiheit des Gedankens propagiert. Und gleichzeitig muss man immer daran denken, dass die Leute, die da unten laufen zu Tausenden, gegen mich demonstrieren. Ich fühlte mich auf dieser Demonstration – ich rede jetzt nur von mir – ziemlich unwohl.

Heiser: Hast Du das damals so empfunden, dass es gegen Dich gerichtet war?

Schütt: Selbstverständlich! Ich meine, die wollten doch eine andere Presse, die wollten doch die Pressefreiheit, eine andere Medienlandschaft, die wollten keine parteigeführte und parteisklavische Presse mehr. Es ist allerdings immer etwas anderes, ob man in einer solchen Hierarchie ganz oben steht als Chefredakteur, oder ob man als Redakteur dort mitläuft, der sich nun darüber freut, dass jetzt vielleicht belohnt wird, was er jahrelang im Kampf gegen diese Chefredaktion versucht hat – nämlich einen kritischen, differenzierten Journalismus.

Insofern verstand ich auch sehr viele, die dort auf dieser Demonstration befreit waren. Und es hat sich dann auch gezeigt, dass diese Redakteure sehr schnell in der Lage waren, auch einen anderen Journalismus zu betreiben. Ohne sich den Vorwurf zu machen: Bis gestern habe ich gelogen und jetzt lüge ich nicht mehr.

Das betrifft aber nicht die Leitungen. So war es auch folgerichtig, dass die Chefredaktion der »Jungen Welt« am 21. November 1989 abgesetzt wurde und auf Seite 1 stand: »Wir haben uns von unserer stalinistischen Chefredaktion getrennt«.

Und dann wurden die Blätter bunt?

Schütt: Die Buntheit der Blätter war letztlich nur der Vorausdruck ihrer Abschaffung. Die Abschaffung der Medien – so, wie sie waren. Ich glaube, die »junge Welt« und das »Neue Deutschland« sind die einzigen Zeitungen, die es so heute noch gibt. Alle anderen sind mit der Zeit weggefallen Das heißt, die Buntheit der Blätter war auch nur kurzfristig und behaftet mit dem Makel, den auch die SED für eine gewisse Zeit noch hatte, ehe sie dann auch verschwand: Nämlich immer noch zu glauben, es ginge hier um eine Modifizierung von Machtausübung, es gehe darum, zwar demokratischer zu werden, aber letztlich an den Grundprinzipien des Staates und seiner propagandistischen Lenkung nicht zu rütteln. Ein solches System, so, wie es bei uns auch in den Medien organisiert war, kann man eben nicht reformieren – aufgrund seiner diktatorischen Grundlagen. Jede Reform führt zur Abschaffung.

»ND gelesen – dabei gewesen« – der Verlautbarungsjournalismus des Zentralorgans hatte keine Zukunft Foto: Andreas Höfer

Heiser: Als ihr angefangen habt, in der »taz« zu überlegen, wie man mit einer besonderen Ausgabe in der DDR präsent werden kann: Was waren eure Absichten?

Klaus Wolschner: Ich bin damals in Bremen Lokalredakteur gewesen. Ich weiß, dass es dann in der Berliner Kochstraße einige Treffen gegeben hat, wo die Redaktion der »taz« versucht hat, zaghaft Kontakte zu DDR-Journalisten zu knüpfen. Das waren aber Leute, mit denen man im Osten keine Zeitung machen konnte.

Vor allem war es nach wie vor streng verboten, in die DDR Westzeitungen einzuführen. Damals hatte die »taz« einen Draht aufgebaut zu Lothar Bisky, der war für Medien verantwortlich. Aber irgendwann war dann klar in diesen Verhandlungen, es gibt keinen Verkauf von Westzeitungen in der DDR. Wenn das erlaubt würde, käme sofort Springer und das sollte vermieden werden. Es gibt bloß die Möglichkeit, eine eigene DDR-Zeitung mit dem Titel »taz – die tageszeitung« zu produzieren, in der DDR zu drucken und in der DDR zu vertreiben.

Und das hat funktioniert?

Wolschner: Wir haben dann im Seitengebäude des SED-Zentralkomitees drei, vier Räume gekriegt, und sollten da eine Zeitung produzieren. Vier oder sechs Seiten haben wir immer aktuell im vorderen Teil gemacht, sozusagen DDR. Hinten war die »taz«-West vom Vortag. Von Lothar Bisky kriegten wir Papier für 60.000 taz-en, so und soviel Seiten. Die Post kaufte das alles ab und verteilte das im Land. Die Auflage lag an den Kiosken und war immer schnell ausverkauft. Das kannten unsere Geschäftsführer gar nicht! Die »taz«-West hat auch richtig Geld verdient mit diesem Verkauf im Osten. Wir haben sogar mal nachverhandelt und mehr Papier bekommen. Eine Auflage von 80.000 – das ist wahnsinnig viel für die »taz«. Im Westen gab es weniger, aber wir wussten überhaupt nicht, wer das im Osten liest, wie ernsthaft das Interesse ist.

Wie sah denn die Redaktion aus?

Wolschner: In unserer Redaktion waren nur zwei Leute, die aus dem Westen rübergekommen waren, sozusagen als Aufbauhelfer. Der Rest bestand aus Leuten, die sich in diesen Diskussionskreisen gemeldet hatten. Also mehr oder weniger unerfahrene Leute und niemand von den Bürgerbewegungen, keiner vom Neuen Forum. Waren wir jetzt für oder gegen die SED – da hätten wir uns nie drüber einigen können in der Redaktion. Die Kollegen in der Redaktion haben immer gesagt: Du Wessi, jetzt halt dich da mal raus, das ist unsere DDR-»taz«. Wir haben gesagt, wir wollen hier eine »taz« machen und keine Ostzeitung. An der Auseinandersetzung mit dem alten Regime ist dann im Grunde genommen dieses Zeitungsexperiment auch zerbrochen.

Warum?

Wolschner: Wir haben damals eine Diskette bekommen mit wahnsinnig vielen Adressen – so in der Größenordnung 10.000. Das waren Adressen von konspirativen Treffpunkten der Staatssicherheit. Für uns war wirklich beeindruckend, wie flächendeckend das war. Die Westleute waren völlig konsterniert, die Ostleute waren auch überrascht, die haben sich das auch nicht so vorgestellt. Und dann haben unsere Ostkollegen gesagt: Wenn ihr das veröffentlicht, gibt es Mord und Totschlag. Wir haben lange und intensiv diskutiert, dauernd. Dann wurde gedroht mit dem Ende der Ost-»taz«. Meine Kollegen im Westen haben das einfach gedruckt und haben die Fernsehanstalten informiert. Die ganzen Medien waren versorgt mit dieser Liste. Und es hat keinen Mord und Totschlag gegeben.

Unsere Ostkollegen in der Redaktion der DDR-»taz« haben uns das nie verziehen. Sie haben gesagt: Ihr habt jetzt gezeigt, wer hier die Macht hat und wir sind bloß eure Alibi-Fritzen. Die haben sich innerlich und dann auch äußerlich verabschiedet von unserer Arbeit.

Junge Welt
Dienstag, Berlin, 6. Juni 1989, 43. Jahrgang / Nr. 131 B, ISSN 0323–8652, Einzelpreis 10 Pf
Organ des Zentralrats der FDJ

DDR-Volkswirtschaft im Monat Mai
Hohe Leistungen in Vorbereitung des XII. Parteitages der SED
Auf Seite 3

Katastrophe in UdSSR forderte Hunderte Opfer

Verhandlungen zu Eritrea-Problem vorgeschlagen
Präsident Äthiopiens will politische Konfliktlösung

Brief des ZK der KP Chinas und des Staatsrates an alle Mitglieder der Kommunistischen Partei und an das Volk
An Taten sind Freund und Feind Chinas zu unterscheiden
Konterrevolutionäre Aufrührer hetzten zu Gewalttaten auf ● Soldaten und Offiziere brutal ermordet ● Entschlossener Kampf gegen Initiatoren der Unruhen ● Aufruf zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung

Klare Losungen – die »Junge Welt« wollte den Sozialismus zum Erfolg schreiben Foto: Archiv

Und dann gab es nicht genügend Redakteure?

Wolschner: Der Endpunkt war dann gekommen mit der Währungsreform. Vorher haben wir die Zeitungen en bloc verkauft, 80.000 Stück. Wir haben das Geld dafür gekriegt und das war in Ordnung. Doch dann musste man jede Zeitung einzeln verkaufen. Im Oktober 1990 kriegte man dann auch die FAZ und »Die Welt« und vor allem kriegte man die Bildzeitung. Die »taz« war also gar nichts Besonderes mehr, außerdem musste man jetzt Westgeld dafür ausgeben. Und das hat dann zum Einbruch der Zahlen geführt, so dass der Verlag das im Grunde verschmolzen hat und gesagt hat: Wir haben gar keine spezifische DDR-Zeitung, wir machen eine Westzeitung und bieten die auch in der DDR an. Wie man sagen muss, mit bis heute bescheidenem Erfolg.

Es gab auch Überlegungen, »taz« und »Junge Welt« zu fusionieren...

Wolschner: Die »Junge Welt« stand zum Verkauf und die »taz« hat gesagt: Die wollen wir haben. Geld haben wir zwar nicht, aber die Zeitung wollen wir haben. Da gab es zähe Verhandlungen, denn diese Reichweite, diese Abonnentenkartei der »Jungen Welt«, die wäre schon schick gewesen, wenn wir die gekriegt hätten. Ob die Redaktion der »Jungen Welt« in der Lage gewesen wäre, in Kooperation mit der »taz« was zu entwickeln, das wusste natürlich niemand. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Treuhand hat gesagt: Die einen haben Geld, die anderen haben bloß guten Willen. Dann kriegen die Zeitung die, die das Geld haben.

Hätte die »taz« im Osten zu einem Sprachrohr der Bürgerrechtsbewegung werden können?

Wolschner: Die Bürgerrechtsbewegungsleute hätten zu uns kommen können, zur »taz«. Ich wäre glücklich gewesen, wenn sie gekommen wären, und sie hätten gesagt: Wir wollen das und das. Die sind nicht gekommen. Ich glaube, denen war das ein bisschen suspekt mit den DDR-Zeitungen. Die sind öfter in Westberlin in die Redaktion gegangen als zu uns gekommen. Zu uns sind sie glaube ich nie gekommen. Das war das Gebäude des ZK der SED, da sind die nicht reingegangen.

Sah es bei der »Jungen Welt« anders aus?

Schütt: Was die Oppositionellen betrifft, da gab es im Herbst kein Entgegenkommen. Dieser Graben war zu tief. Die »Junge Welt« war in dem Sinne für Oppositionelle ein wahrlich Rotes Tuch.

Wolschner: Zum Umgang mit den Medien muss man aber auch sagen: Viele von denen sind sehr evangelisch und trocken und keine Selbstdarsteller.

Fortsetzung auf Seite 10

SOZIALE BEWEGUNGEN

ZEICHEN SETZEN

23 Thesen zur kommunikativen Freiheit

1. Social Networks sind die beliebtesten Web 2.0-Anwendungen und als Teil der immer bedeutender werdenden digitalen Öffentlichkeiten das zentrale Nervensystem der Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts.

2. Social Networks können als ein sozialer Katalysator wirken, indem sie normalen Menschen die Möglichkeit bieten zu publizieren, zu kooperieren und Gruppen zu gründen, die lose strukturiert, ohne organisatorisches Management und jenseits des Profitmotivs handeln (vlg. Shirky 2008).

3. Wir bezahlen bei den kommerziellen Social Networks den Gratis-Webspace und die Technologie nicht mit Geld, sondern mit unseren Daten (Dauerbespitzelung) und mit unserer Aufmerksamkeit, welches in der Informationsgesellschaft Schlüsselressourcen sind.

4. Die größten Social Networks wie Facebook und Myspace enteignen ihre NutzerInnen, indem sie sich durch dreiste Klauseln in den allgemeinen Geschäftsbedingungen und ihrer teilweise monopolhaften Stellung das geistige Eigentum der von den UserInnen produzierten Bilder und Texte sichern, um die Daten an Dritte zwecks Werbung gegen Geld weiterzugeben. Dabei können die teilanonymisierten Daten, die an Drittparteien weitergegeben wurden, wieder den echten Personen zugeordnet werden.

5. Social Networks sind das perfekte Werkzeug zur Manipulation unserer Bedürfnisse durch immer weiter verfeinerte und individualisierte Werbung, dessen Wurzel in einer von unendlichen Wachstum getriebenen kapitalistischen Warengesellschaft in einer endlichen Welt liegt.

6. Die Social-Network-Betreiber tun alles, damit die NutzerInnen ein Maximum an Zeit auf ihren Seiten verbringen. Dadurch entwickeln sich Social Networks zu einer Art Aufmerksamkeitsfalle (FarmVille läßt grüßen!). Dabei ist die knappste Ressource in der Informationsgesellschaft unsere Aufmerksamkeit und die Kontrolle über unsere Zeit. Die Kontrolle der Aufmerksamkeit ist Herrschaft 2.0 (Stichwort: Facebook addicted).

7. Das Internet und Social Networks politisieren die Menschen nicht automatisch (die elektronische Agora der Cyberutopisten), sondern in Anlehnung an die Bedürfnispyramide nach Maslow ist ein Cyberhedonismus vorherrschend, nach dem Spaß haben, Gespräche, Austausch und Lernen vor politischem Handeln kommt (Morozov 2010).

8. Social-Network-Betreiber wie Facebook arbeiten mit Polizei und Geheimdiensten zusammen, ohne das dies den NutzerInnen mitgeteilt wird oder klar ist. Dabei werden Social Networks intensiv für polizeiliche, behördliche und geheimdienstliche Ermittlungen benutzt. Auch ohne direkte Zusammenarbeit besteht durch die öffentlichen Daten Gefahr für politische AktivistInnen, insbesondere in autoritären Regimen.

9. Social-Network-Betreiber zensieren nicht nur Nazis und Spammer (wobei es jedoch trotzdem eine Menge Aktive von Ihnen gibt!), sondern die Zensur kann auch gesellschaftlich progressive Kräfte treffen, dessen Accounts gesperrt werden. Gewerkschaften wie z.B. SEIU, Kurden (das Wort Kurdistan wird zensiert).

Es gibt keine demokratische Kontrolle dieses digitalen öffentlichen Raumes, und faktisch gesehen sind die NutzerInnen auf die Gnade der Netzwerkbesitzer und Betreiber angewiesen. (Stichwort: Facebook disabled).

Facebook und Google unterliegen keiner demokratischen Kontrolle — Quelle: PC Games Hardware

10. Privatsphäre ist eine Form und Ausdruck von Mündigkeit, ein Aspekt des Rechts alleine gelassen zu werden, ein Eckpfeiler von Freiheit und Autonomie oder eine notwendige Bedingung für Vertrauen, Freundschaft, Kreativität und moralische Autonomie (siehe Nissenbaum 2010).

11. Es geht nicht nur um Datenschutz, die Menschen wollen Daten teilen. Daher ist Datensparsamkeit und Abstinenz von kommerziellen Social Networks als Strategie unzureichend. Es geht um kontextuellen Datenschutz, beim dem gezieltes Teilen von Daten möglich ist und trotzdem die Privatsphäre gewährleistet bleibt. Hierfür müssen die passenden Werkzeuge sowie rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden.

12. Vielen NutzerInnen ist der Datenschutz nicht unwichtig, aber Einfachheit und Funktionalität, sowie insbesondere die sozialen Beziehungen, die das jeweilige Netzwerk nutzen, sind die entscheidenden Aspekte für die Entscheidung ein Social Network zu nutzen. Besonders durch die (aufgebauten) sozialen Kontakte/Netze und die fehlende Dataportability entstehen sogenannte Lock-In-Effekte in den kommerziellen Social Networks.

13. Viele NutzerInnen erwarten trotz aufklärender Berichterstattung nicht, an welchen Stellen ihre Daten überall öffentlich einsehbar sind. Sie haben psychologisch das Gefühl, dadurch das sie sich mit ihren Freunden umgeben, das der Raum privat sei. Dadurch, das Informationen leicht aus dem Kontext heraus gerissen werden können, ob nun vom Personalchef, LehrerInnen, der Polizei oder den eigenen Eltern, können sie Schaden im sozialen Leben der NutzerInnen anrichten.

14. Bequemlichkeit und Entmündigung gehen Hand in Hand und der Schlüssel zur emanzipatorischen Nutzung von Web2.0-Technologien liegt in der Medienkompetenz der NutzerInnen.

15. Den zentralisierten Closed-Source-Plattformen von Facebook, Myspace und Co mit ihrer For-Profit-Logik und dem Shareholder Value kann nur sinnvoll eine dezentralisierte Open-Source-Schicht von Free Network Services entgegengesetzt werden, die am besten nach einer Non-Profit-Logik und demokratischer Kontrolle funktionieren.

16. Vor dem Hintergrund der Franklin Street Statement on Freedom and Network Services und der Open Services Definition der The Open Knowledge Foundation lassen sich Free Network Services wie folgt definieren: 1. Sie nutzen ausschließlich freie Software, deren Source Code allen NutzerInnen zugänglich ist. 2. Sie stellen alle öffentlichen Daten und Inhalt der Seite unter eine Lizenz, die Free Cultural Works oder Open Knowledge entsprechen. 3. Sie respektieren die Privatsphäre der NutzerInnen und helfen ihnen ihre privaten Daten zu kontrollieren.

17. Im Kern geht es darum, wer die gespeicherten Daten, die Logs, kontrolliert. Hier muss es eine Schrittweise Lösung von den zentralisierten Servern der Kommerziellen, hin zu dezentralen Servern in Form von Free Network Services geben, die leichter demokratisch kontrolliert werden können und Dataportability unterstützen.

18. Die technische Grundlage von dezentralen Social Networks ist erstens die Verwendung von offenen Standards wie FOAF + SSL, OStatus, usw. und in einem zweiten Schritt die sogenannte Cross-Server-Federation von verschiedenen Servern gleicher Software wie bei StatusNet oder demnächst freeSN und später über definierte Schnittstellen zwischen verschiedenen Softwaresystemen.

19. Die soziale Grundlage von dezentralen Social Networks ist die der kollektiven Organisierung der dezentralen Server. Hierbei geht es einerseits um demokratische Kontrolle und Transparenz und andererseits um Nachhaltigkeit, indem die verstecken Kosten sichtbar gemacht und gemeinschaftlich getragen werden. Als Social-Network-Betreiber eignen sich z.B. Genossenschaften, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie Bürgerinitiativen, Gewerkschaften oder NGOs und engagierte, unabhängige Zeitungsprojekte.

20. Ohne eine gute Usability und Funktionalität der freien Alternativen wird es nur die zentralisierten Closed-Source-Plattformen geben.

21. Ob dezentrale Open-Source-Social-Networks eine Chance haben sich zu etablieren, wird einerseits an einer Migrationsstrategie liegen, bei der strategisch wichtige Schnittstellen zu proprietären Social-Networks in die Open-Source-Social-Networks integriert werden und andererseits, ob die proprietären Social-Networks von Seiten des Gesetzgebers gezwungen werden, sich zu öffnen und offene Standards zu verwenden.

22. Die Spielregeln ändern: Auch wenn natürlich nicht alle bei den freien Open-Source-Alternativen landen, verändert sich das Spiel schon allein dadurch, dass es einen neuen Mitspieler gibt!

23. Die Befreiung der kollektiven Aufmerksamkeit wird nur möglich sein, wenn Individuen voran gehen und den Mut haben, sich ihres Verstandes zu bedienen (Kant).●

Timo Luthmann

Timo Luthmann lebt in Osnabrück und betreibt dort www.mensch.coop

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Schütt: Da ist ja in einem Satz die gesamte Situation der Medien charakterisiert, wenn du sagst: Die waren auch nicht geeignet, mit den Medien umzugehen. Eigentlich müsste es auch so sein, dass die Medien geeignet sind, mit solchen Leuten umzugehen. Wir als Medien müssen in der Lage sein, mit denen umzugehen, die, bei aller Kleinteiligkeit, den alternativen Gedanken, die alternative Umgangsform mitbringen. Klar, das sagt man heute ganz selbstverständlich: Der ist nicht in der Lage, der kann nicht mit Medien umgehen. Und damit ist es erledigt.

Wolschner: Ich fühle mich ein bisschen erwischt. Ganz praktisch ist es so: Du redest drei Stunden mit jemandem und hinterher guckst du auf deinen Block und sagst: Was soll ich denn jetzt schreiben? Hat der etwas gesagt, wofür ich meine Leser interessieren kann? Es war auch nicht so, dass man hinterher dachte: Mensch, also die haben was zu sagen, das ist die Schlagzeile von morgen. Das hätte ich gerne gemacht, aber das war nicht da.

Wie war das bei der »jungen Welt«: Waren da nur systemtreue Redakteure?

Schütt: Die »junge Welt« funktionierte wie jede Zeitung. Die Leute bewarben sich. Aber es war schon gut, wenn ein Volontär, der sich bei uns bewarb, wenn der im FDJ-Hemd kam. Auf der einen Seite war diese Linientreue gesetzt. Aber auf der anderen Seite, wenn dann die Leute bei der »jungen Welt« waren und ein junger Redakteur kam in das Auslandsressort und war für Lateinamerika zuständig, dann musste der nicht – wie vielleicht in anderen Zeitungen – erst mal 20 Jahre warten, sondern dann fuhr auch dieser junge Redakteur im Alter von 25 Jahren nach Argentinien. Es war da innerhalb der Redaktion dann – immer vorausgesetzt die Linientreue – eine Freiheit, die es in anderen Redaktionen nicht gab.

Gab es denn auch Fälle, dass Redakteure die »junge Welt« aus politischen Gründen verlassen haben?

Schütt: Innerhalb der Jahre, in denen ich dort war, von 1973 bis 1989, hat es vielleicht zehn Fälle gegeben, wo Redakteure gesagt haben: Ich halte das nicht aus. Auf der anderen Seite hatten wir immer mehr Bewerbungen als wir annehmen konnten.

Was war nach der Wende die größte Herausforderung für die Ost-Journalisten?

Schütt: Das Schwierigste für den DDR-Journalisten, der Zeitung macht, war zu trennen zwischen Information und Meinung. Das war in der DDR von Anfang an verquickt. Die Presse als der kollektive Organisator und Propagandist, wie das Lenin gesagt hatte. Das heißt: Jede Information muss gleichzeitig verbunden werden mit der Deutung. Diese Trennung zwischen Information und Meinung war etwas ganz Wesentliches, was in der DDR-Presse erst mal gelernt werden musste. Diese Verquickung hat die Leute davon abgehalten, DDR-Presse wirklich gern zu lesen. Man musste sie lesen, denn irgendwo muss man sich die Informationen schließlich herholen.

In der Wendezeit hat sich dann vieles ganz schnell abgespielt. Haben da Radio und Fernsehen nicht eine viel größere Rolle gespielt?

Schütt: Man war eigentlich immer im Nachtrab. Beim Fernsehen war diese Aktualität, diese Unmittelbarkeit, auch der Grund dafür, dass es das entscheidende Medium der Wende war. Wir waren schon aufgrund unserer Redaktionsschlusstechniken nie in der Lage, richtig aktuell zu sein. Aber wir haben uns auch immer bewusst als Zweitzeitung gefühlt. Die Leute haben das »Neue Deutschland«, das ist das Hauptmedium, an dem man sich orientiert und die »junge Welt« ist die Familienzeitung.

Wolschner: Es gibt Tage, an denen ist das wichtig, die vier Stunden oder fünf Stunden Unterschied. Damals gab es viele solcher Tage. Aber an den normalen Tagen ist das kein Unterschied. Trotzdem ist es so, dass die Kollegen vom Rundfunk und Fernsehen viel weniger Zeit haben nachzudenken. Die ersetzen oft das eigene Nachdenken durch das Lesen von Zeitungsartikeln.

Aber beim Rundfunk zu arbeiten, hatte auch seine Vorteile, oder?

Schütt: Den Rundfunk hat niemand so richtig kontrolliert. Am Tag konnte da manches auch gesagt und gesendet werden, das kriegte man nicht mit. Die Zeitungen wurden jeden Morgen genau in den entsprechenden Häusern und Abteilungen angeguckt. Wenn wir manchmal eine Kleinigkeit kritisiert haben, dann haben wir immer gebetet: Hoffentlich liest es kein Westjournalist, hoffentlich steht es morgen nicht im »Tagesspiegel«, oder in der »taz«. Denn oft wurde das auch erst dann registriert, wenn die dort im ZK die Westpresse lasen und dann lasen die plötzlich: Wie die »junge Welt« mitteilt, befinden sich viele Jugendliche in der und der Position. Dann erst wachten die auf und sagten: Was steht in der »jungen Welt«? Ruf da mal an! Also es ist eine ganz merkwürdige Art der mittelbaren Kontrolle – die Westpresse wurde ernst genommen. Jetzt ist es beim Klassenfeind gelandet, jetzt müssen wir einschreiten, das darf nicht wieder passieren.●

Felix Werdermann erstellte für CONTRASTE aus dem Diskussionsmitschnitt diese Zusammenfassung.

Anzeige

KULTURBUNT E.V.

Siedenburg .... ein Jahr später

Was bisher geschah: Im niedersächsischen Landkreis Diepholz wollen BürgerInnen ein soziokulturelles Zentrum gründen. Die »Domäne Siedenburg« steht nach einigen Pleiten wiedermal zum Verkauf.

Von Anne Schulz, Mitglied im Kulturbunt ● Nachdem sich die »Interessengemeinschaft für die öffentliche Nutzung der Siedenburg« gegründet hatte, geht die Debatte richtig los. Was soll mit dem ortsprägenden Bauwerk geschehen? Kann die Samtgemeinde zulassen, dass der nächste windige Investor das Haus erwirbt? Besteht sogar die Gefahr, dass Rechte als Käufer auftreten, wie in Verden und Wolfsburg? Die Zugezogenen – als solche wird zumindest die erste Generation von NeubürgerInnen betrachtet – wünschen sich mehr Kultur, kennen vergleichbare Projekte und sind (etwas) wagemutiger. Alteingesessene schütteln eher zweifelnd den Kopf. Sie fürchten unendliche Folgekosten, misstrauen der Bausubstanz. Sich ein genaues Bild zu machen, ist schwierig. Solange die Zwangsversteigerung läuft, darf der Eigentümer auch ernsthaften Kauf-Interessenten den Zutritt verweigern. Nicht umsonst, mahnen haushaltsbewusste Ratsherren, hat die Gemeinde das Prunkstück mal für eine Mark verkauft, bzw. verschenkt.

Realistische Größe: Das Gartenhaus Foto: Kulturbunt e.V.

Rückansicht der Siedenburg Foto: Kulturbunt e.V.

Allerdings änderte sich seitdem die Wahrnehmung der Baudenkmäler. Hätte man in den 1970er Jahren »den alten Kasten« am liebsten abgerissen und wurden historische Fachwerkfassaden, eine nach der anderen, hinter uniformierten Ziegelwänden eingemauert, so wächst inzwischen das Interesse am architektonischen Erbe. Nicht zuletzt manche Zugereiste, mit ihren restaurierten Höfen, haben gezeigt, dass alt auch schön sein kann. Der Dorfverschönerungsverein renoviert in akribischer Handwerksarbeit alte Fachwerkhäuschen. Da ist die Aussicht, die große Domäne öffentlich zugänglich und nutzbar zu machen, überaus verlockend. Und so – aus modernem Aktionismus und abwägender Bedächtigkeit – wächst die Zustimmung. Die »Interessensgemeinschaft« gründet sich derweil als »Kulturbunt e.V.«, schlägt sich mit Satzungsfragen und Gemeinnützigkeit herum, stellt erste Veranstaltungen auf die Beine: Theater, Lesungen, Schattenspiele.

Dann geht es plötzlich ganz schnell. Das Amtsgericht beraumt den Termin der Zwangsversteigerung an. Die Gemeinde hat ein Vorkaufsrecht und nutzt es. Die kühl kalkulierenden Ratsherren haben sich von folgendem Plan überzeugen lassen: Die Gemeinde verkauft das alte Rathaus – einen funktionalen Bungalow – und zieht in die Siedenburg um. So ist die Investition unterm Strich gering, der Zugewinn an stolzer Historie jedoch groß.

Die Domäne – jetzt »Amtshaus Siedenburg« – wird der Öffentlichkeit bei einem Sommerfest vorgestellt. Landfrauen, mit Strohhüten und bunten Schürzen ausstaffiert, servieren Kaffee und Kuchen. Kinder lernen Blumenkränze binden und laufen damit wie leibhaftige Botticelli-Grazien herum. Es gibt Jazz und antiquarische Bücher, Spargelwettschälen, Heidschnuckenwolle, Bratwürste und die Versteigerung von Bildern »für einen guten Zweck«. Derweil kann die Bürgerschaft ihr neues Rathaus besichtigen. Vom Gewölbekeller bis zum holzgetäfelten Sitzungssaal, in dem die Wappen der Dörfer an der Wand prangen. Der Kulturbunt schenkt Wein und Kartoffelsuppe aus. Die erste Gründungsidee: eine »öffentliche Nutzung der Siedenburg« ist erreicht.

Schon vor der Einweihung finden BürgerInnen viele Gründe, im Rathaus vorbei zu gehen. Da müssen Gebühren dringend bar bezahlt, Müllsäcke geholt werden. Das verbotene, abgeschirmte Gebäude wird erobert, erforscht, angeeignet. Kein Zimmer, auf das nicht jemand durchaus berechtigt Anspruch erhebt: die ehrenamtlichen Bürgermeister, das Archiv, die.... ja, und wo bleibt die Kultur? Der Plan, die Siedenburg als soziokulturelles Zentrum zu nutzen, hat sich als unrealistisch erwiesen. Weder die praktischen Erfahrungen, die theoretischen Kenntnisse noch das energische Engagement oder die finanziellen Mittel hätten ausgereicht, um in so kurzer Zeit ein solch komplexes Projekt zu realisieren. Wer sich auf dem Boden der Tatsachen umblickt, sieht, dass der Verein erst einmal erproben muss, wie und welche Kulturangebote in der Region gemacht werden können.

Von der Veranstaltungsplanung über Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierung bis zur inneren Demokratie – all dies sind viele kleine, aber notwendige Schritte. Auch wenn zum ersten Theaterabend mit »Friss mich, bitte bitte, friss mich« sich über hundertdreißig ZuschauerInnen im Dorfgasthof versammeln und der Öko-Satire vom Mann, der zum Schwein mutiert, aufmerksam folgen, begeistert applaudieren – möglich ist die Veranstaltung nur, weil der Schauspieler Gregor Lawatsch die Gage stiftet. So wie andere ehrenamtlich Suppe kochen, Plakate aufhängen, Programmzettel gestalten, Pressetexte formulieren und um gegenseitiges Verständnis ringen.

Was darf der Vorstand? Wie werden Außenstehende einbezogen? Was verstehen wir überhaupt unter Kultur, unter Kunst? Soziokulturelle Probezeit. 2011 ist als sparten-übergreifendes Projekt vorgesehen: Kindheit und Jugend auf dem Land, damals wie heute. Fotoausstellung, Erzählcafé, Spielen zwischen Gummitwist und Konsole, das ist die Dimension, in der geplant wird.

Anders herum: wäre die Domäne dem Kulturbunt eV. in den Schoß gefallen, hätte dies eine heillose Überforderung bedeutet. So bleibt das gute Gefühl, etwas angestoßen zu haben. Die verblüffte Erkenntnis, dass es manchmal anders läuft als erträumt und dennoch erfolgreich ist. Dass der soziale Prozess zu einem (temporären?) Bündnis zwischen städtisch geprägten Aktivist/innen und eingesessenem Bauerntum führte, welches immer wieder überraschende Ergebnisse zeitigt. Wie die – noch nicht ausgestandene – Debatte, ob sich bestimmte Veranstaltungen mit der Würde des neuen Amtshauses vertragen. Denn die Ratsherren, die sich zunächst gegen den Kauf sträubten, wollen nun ihren schönen neuen Amtssitz nicht den Gefahren aussetzen, die von einem unberechenbaren Publikum ausgehen könnten. Ein Gartenhaus ist dem Verein immerhin schon mal zur Nutzung angeboten worden. Und das hat, wenn frau ehrlich ist, auch eine realistische Größe.●

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Der ewige Kampf um prozessuale Rechte

Immer wieder werden Angeklagten ihre Rechte verweigert, um sie vor Gericht zu schwächen. Neuester Fall ist die Aktivistin Cecile Lecomte, die in Dannenberg vor Gericht steht wegen einer Aktion gegen Atommüll. Sie durfte nicht die gesamten Akten sehen. Verweise auf höchstrichterliche Gesetze zählen nicht. Europäisches Recht gilt in Dannenberg nicht, meinte schnöde das Gericht. Und wer die Robe anhat, hat das Recht. Der Prozess läuft noch, Bericht u.a. auf http://de.indymedia.org/2010/09/289019.shtml.

Sonderthema dieser Ausgabe: Der Fall Brunner

Unser täglich Mannichl heißt jetzt Brunner ...

Zugegeben – vergleichen lassen sich die beiden Herren nicht. Der eine ist Polizist, der andere war Unternehmer. Ob der Cop ein guter Kampfsportler war, ist nicht überliefert, von Brunner ist zumindest bekannt, dass er das anstrebte. Öffentlich zu Helden gemacht wurden beide. Und warum? Weil sie von »Asozialen« (Spiegel) »Gangstertypen« (FAZ) angegriffen wurden. Der eine inszenierte sich als Opfer von Nazis, doch seine Polizeitruppen verwischten alle Spuren, nahmen Nazis fest, die zur Tatzeit an anderen Orten observiert wurden – und Deutschland bis hin zu allen möglichen Linken stand zum Passauer Polizeiboss. Als durchsickerte, dass die ganze Story wahrscheinlich gefälscht war und wohl eher ein Familiendrama war, verschwand die Geschichte in der Versenkung. Mannichl bekam kein Denkmal, überlebte aber die Attacke.

Brunner hat schon ein Denkmal, überlebte aber nicht. Doch die Herzen der Nation erreichte sein Schicksal. Und soll das – posthum – weiter tun. Er, der Manager, wurde zum Idol. Er habe Kinder schützen wollen und wurde deshalb von bösen Menschen ermordet. Der Prozess gegen die Mörder (in den üblichen Medien wurde kaum noch ein anderer Begriff verwendet) hatte alles, um die Nation zusammen- und die Verschärfung der Innenpolitik voranzubringen. Dabei war die Story von Anfang an eine Fälschung. Die Staatsanwaltschaft wusste alles und tischte eine komplette Lügenstory auf.

So etwas klappt regelmäßig in diesem Land, das Uniformierten viel und RobenträgerInnen fast uneingeschränkte Privilegien zur Festlegung von Wahrheiten gibt. Doch diesmal traten Komplikationen auf. »Unstrittig ist nach den bisherigen Zeugenaussagen im Prozess, dass Brunner sich auf dem Bahnsteig vor die drangsalierten Kinder gestellt hatte und dann in Erwartung einer Auseinandersetzung mit Sebastian L. und Markus S. auf diese zuging und auch zuerst zuschlug«, schrieb am 17.7.2010 die SZ. Seine Jacke hätte er auch noch ausgezogen und Kindern sowie S-Bahnfahrern das Schauspiel angekündigt. Als sein Handy, wahrscheinlich versehentlich per Wahlwiederholung, nochmals bei der Polizei anrief, konnte die mehrere Minuten mitzeichnen.

Das ging so: 16.10 Uhr pöbelt Brunner in breitem Bayrisch: »Oan erwischt's gleich«. Umgekehrt wäre das sicherlich als Morddrohung und damit als Indiz für Mordabsicht gewertet worden. 16.13 Uhr bricht Brunner zusammen. Nicht wegen der Schläge, sondern wegen einem Herzversagen. Das alles weiß die Staatsanwaltschaft von Beginn an, denn diese Beweismittel sind sofort zugänglich. Aber monatelang verschwieg sie alles. Das entschuldigt zwar keine der Handlungen der Prügelgegner, aber über Brunner wissen wird jetzt, dass er künstlich aufgebaut wurde zu einem Mythos. Doch noch schlimmer: Hier wurde ein klassischer Diskurs gestartet. Die autoritäre Innenpolitik braucht solche Greueltaten, um ihre Videoüberwachung, immer brutalere Polizei, immer längere Haftstrafen und üblere Gefängnisse, Sicherungsverwahrung und neue Waffen für die Ordnungshüter durchzusetzen. Würden die schlichten Zahlen veröffentlicht, dass die Kriminalität in den meisten Bereichen abnimmt und zudem die meisten Übergriffe in Familien, auf Partys, vielleicht noch in Arztpraxen oder katholischen Internaten ablaufen, wäre es um die Hoffnung der Innenminister geschehen, diesem Land die Knute aufzuzwingen.

Wie bei Mannichl kommt jetzt auch im Fall Brunner scheibchenweise ans Tageslicht, zu was die Repressionsbehörden da sind: Einschüchtern und Märchen konstruieren, die ebenfalls einschüchtern sollen. Die Brüder Grimm der Jetztzeit tragen Robe. Und ihre Helden sind, was eine widerliche Nation als Helden verdient: Ein mackeriger Manager, der sich Kinder als Publikum zu seinen Heldentaten einlädt und dann auch noch als ihr Beschützer gefeiert wird. Das Beweismittel und ZeugInnenaussagen genau das Gegenteil beweisen, ficht die deutsche Justiz nicht an.

Die Horde von Justiz, Polizei und – wegen der Panne nur der meisten – Medien schaffte es, die Story vom Manager, der seine Kampfsportfähigkeiten überschätzte, genauso tief zu vergraben wie ihren toten Helden. Die Staatsanwaltschaft verlangte im Plädoyer trotz allem eine Mordverurteilung mit Höchststrafe ausgerechnet gegen denjenigen, dessen Blut auf dem Bahnsteig verteilt gefunden wurde. Das Urteil folgte dem Ganzen – und schon hetzte die Meute der Angstmacher los. Seitenweise Artikel über gerechte Urteile und die schlimmen Mörder prägten die Titelseiten der Zeitungen. Schade, dass solche Prozesse nie dazu genutzt werden können, die Rolle von Polizei und Justiz für die Legitimation von Herrschaft zu nutzen. Aber dazu fehlen mit zwei eingeschüchterten Jugendlichen, deren Leben restlos zerlegt wurde, und stromlinienförmigen Advokaten in Anwaltsrobe die falschen Leute auf der Bank der Angeklagten.

Ach ja. Kennen Sie Emeka Okoronkwo? Nein? Das überrascht nicht. Er hat sich am 2. Mai 2010 in Frankfurt eingemischt, als zwei Frauen von zwei Männern bedrängt wurden. Einer der Männer hat ihm ein Messer ins Herz gerammt. Haben Sie nicht mitbekommen? Naja, Okoronkwo ist ja auch weder ein echter Deutscher noch ein echter Macker. Der taugt nicht für die mentale Aufrüstung dieses Landes. (Quellen: Auswertung etlicher Presseartikel, u.a. FR, Spiegel, FAZ, SZ)●

Jörg Bergstedt

Anzeige

UNTERSUCHUNG DER INSOLVENZ DER ÖKOBANK EG

Die Ökobank – das (un-) bekannte Wesen

Immer wieder gab es die Idee, dass die Geschichte des Scheiterns der Ökobank einmal aufgearbeitet werden sollte. Nicht aus der Szene, sondern mit distanziertem Blick von außen, legte bereits 2007 Monika Pinski an der Universität Lüneburg eine Masterarbeit vor, in der sie einen Vergleich zwischen Ökobank und UmweltBank zieht: »Warum gelingt der einen Bank der Griff nach den Sternen, wohingegen die andere in der Versenkung verschwunden ist?« (S. 7).

Von Elisabeth Voß, Berlin ● Neben den Gründen für das Scheitern der Ökobank untersucht die Autorin die Unterschiede im Management zwischen den beiden Banken, die Folgen der Ökobank-Insolvenz *»für Geschäftsleitung, Arbeitnehmer, Kunden und Volkswirtschaft«* und fragt *»Sind auch andere Alternativbanken gefährdet, lassen sich verwertbare Lehren aus dem Niedergang der Ökobank für sie ziehen?«* (S. 20).

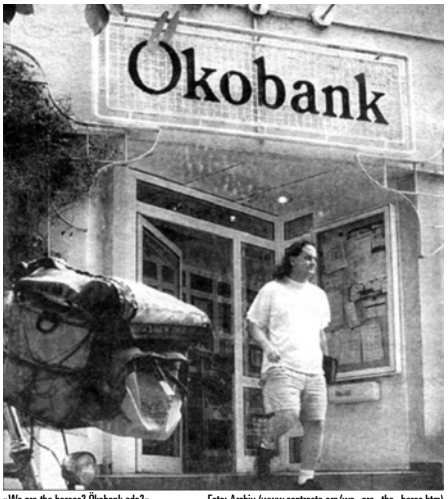
Nach einem Blick auf andere Alternativbanken beschreibt sie ausführlich die 1988 gegründete Ökobank und kürzer die seit 1997 bestehende UmweltBank, und untersucht anschließend die Insolvenz der Ökobank. In ihrer Auswertung unterscheidet sie zwischen exogenen und endogenen Ursachen des Scheiterns.

Als eine exogene Ursache beschreibt Pinski einige Gesetzesänderungen, die aufgrund der *»monokulturelle Ausrichtung der Produktpalette im Vermittlungsgeschäft«* auf Windkraftfonds zu Ertragsausfällen führten. Demgegenüber sei *»das Geschäftsportfolio der UmweltBank von Beginn an stärker und insoweit besser diversifiziert«* (S. 63). Eine weitere exogene Ursache stelle das *»Verhalten von Genossenschaftsverband und Sicherungseinrichtung«* dar, denn: *»Erstmals in der Geschichte der deutschen Genossenschaftsbanken wurde nicht für den gesamten aufgelaufenen Verlust, sondern nur für einen Teil gebürgt«* (S. 63), und die Bankenaufsicht zwang die Ökobank lukrative Tochterfirmen zu verkaufen, was ihre langfristigen Überlebenschancen minderte. Als dritte exogene Ursache benennt sie die zunehmende Konkurrenz, wobei es der Ökobank nicht gelungen sei, neue innovative Produkte zu entwickeln.

Als wesentlicher für das Scheitern der Ökobank sieht die Autorin jedoch die endogenen Faktoren an. Zuerst benennt sie *»Zu schnelles Wachstum bei fehlender Struktur«* (S. 64) und zitiert dazu u.a. das ehemalige Aufsichtsratsmitglied Bernd Steyer (heute Vorstand der OekoGeno eG): *»Da haben zum Teil chaotische Zustände vorgeherrscht. Nichts stimmte, nicht einmal die Mitgliederlisten; die standen im Übrigen auf Schmierzetteln.«* (S. 66). Ihre Diagnose: Es mangelte an Führung, Kontrolle und bei den MitarbeiterInnen an Qualifizierung und Disziplin. Demgegenüber strebe der frühere Ökobank-Vorstand, dann Gründer und Leiter der UmweltBank, Horst Popp, ein *»gesundes Wachstum, das von den personellen und organisatorischen Kapazitäten gedeckt wird« an* (S. 70).

Ein weiterer endogener Faktor ist für sie das *»Selbstverständnis der Ökobank«*, das sich aus ihrer Sicht *»von Beginn an als Problem (erwies).«* (S. 70). Insbesondere das Identitätsprinzip, wonach KundInnen auch Mitglieder der Genossenschaft sein sollten, habe viele potentielle KundInnen abgeschreckt. Dagegen habe die UmweltBank *»offener und breiter«* (S. 72) angesetzt. Darüber hinaus hätten ideologische Selbstbeschränkungen im Aktivgeschäft zu einem Passivüberhang (deutlich mehr Einlagen als vergebene Kredite) geführt, so dass zum einen 1996 entgegen den eigenen Ansprüchen *»auch Mittel in Rüstung und Großchemie investiert wurden«*, sowie der *»Grundstein für das Scheitern der Ökobank« mit dem »Hang zur Finanzierung von Großprojekten«* gelegt wurde. Dagegen bestand bei der UmweltBank *»von der Gründung an ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Einlagen- und dem Kreditbereich«* (S. 73). *»Basisdemokratische Grabenkämpfe«* und die Infragestellung des Gewinnstrebens sieht sie als weitere Probleme des Selbstverständnisses und Grund dafür, dass Popp ausschied und stattdessen die UmweltBank gründete, denn: *»Er vermisste die Gewinnorientierung.«* (S. 76).

Als dritte endogene Ursache des Scheiterns beschreibt Pinski Managementfehler und benennt zuerst den *»Verzicht auf Zinsen«* für die Einlagen, den es bei der UmweltBank nie gab. Auch die Verwaltungsaufwendungen seien zu hoch gewesen und *»die Ökobank (hat sich) in weitem Maße selbst verwaltet«*, während die UmweltBank nach dem Motto *»Direktbank statt teurer Filialen«* agierte (S. 87). Als *»schwerwiegendsten Managementfehler«* identifiziert sie nicht ausreichende Bonitätsprüfung und *»Mangelhaftes Risikomanagement«* (S. 88), weswegen 1999 drei große Kredite in Höhe von 12 Millionen DM ausfielen. Die Ökobank hatte sie *»als Konsortialpartner unter Führung einer genossenschaftlichen Großbank (der DZ Bank) vergeben«* (S. 94). Die Vorstände Oliver Förster und Volker Viehoff hatten noch im Geschäftsbericht 1998 versichert, dass *»mit Kreditausfällen in größerem Umfang nicht zu rechnen sei.«* Der Prüfungsbericht des genossenschaftlichen Prüfungsverbandes für 1999 vermerkt: *»Die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung durch die Vorstandsmitglieder Förster und Viehoff war nicht gegeben.«* (S. 93). Demgegenüber hält die UmweltBank ihre Kreditrisiken gering, indem sie nur in den relativ sicheren Bereichen Wohnungsbau (grundbuchliche Absicherung) und regenerative Energien (Einspeisevergütung) finanziert.



»We are the heroes? Ökobank ade?« lautete die Headline in CONTRASTE Nr. 204, September 2001, nach der Schließung der Bank
Foto: Archiv (www.contraste.org/we_are_the_heros.htm)

In der Ökobank-Zeitung »Geld & Leben« war noch 2001 zu lesen: *»dass es ab diesem Jahr wieder deutlich aufwärts gehen wird«* (S. 89). Stattdessen betrieben die bereits im Jahr 2000 von der Sicherungseinrichtung des Bundesverband der deutschen Volksbanken- und Raiffeisenbanken eingesetzten Vorstände Wolfgang Herath und Wolfgang Mai die Abwicklung der Ökobank. Das Bankgeschäft wurde 2001 vorübergehend an die BAG Hamm und dann endgültig 2003 an die GLS-Bank übertragen, während die bisherige Ökobank-Genossenschaft (mit einem kurzen Zwischenspiel als »Ökoband eG«) als Beratungs- und Finanzierungsgenossenschaft »OekoGeno eG« noch heute besteht. Pinski beschreibt, wie der Turnaround (Maßnahmen zur Wende in der Krise) misslang, weil nur kurzfristig wirksam agiert wurde.

Zusammenfassend stellt sie fest (S. 97): *»Zunächst wurde aus der Gründungszeit permanent ein hoher Verlustvortrag mitgetragen, so dass nicht zuletzt für eine einschlägige Außenwerbung die Mittel fehlten.*

Bei der Kreditvergabe wurden wirtschaftliche Bedenken gegenüber moralischen Ansprüchen zurückgestellt, die bundesweite Tätigkeit machte die Kreditüberwachung schwierig, die Kritik des Prüfungsverbandes wurde nicht ausreichend ernst genommen, berechtigte Beschwerden von Kunden blieben unbearbeitet, die Kompetenz und Disziplin der Mitarbeiter hatte Mängel, Sanktionen bei erkennbaren Fehlern unterblieben, sowohl gegenüber dem Vorstand als auch gegenüber Mitarbeitern. Verständigungsprozesse in der Bank waren zeitraubend und oft ineffektiv. Hinzu kam, dass das öffentliche Klima sich gewandelt hatte: Auf dem ökologischen Markt war eine starke Konkurrenz entstanden, der Zuwachs an neuen Mitgliedern stagnierte, die effektive Förderung von Projekten bewegte sich in sehr engen Grenzen. Das Unternehmen hatte eine kritische Grenze erreicht, es musste gleichzeitig wachsen und sich konsolidieren, dazu hätte es zusätzliches Kapital und bezahlbarer fachlicher Kompetenz bedurft.«

Anschließend untersucht Pinski die Konsequenzen der Ökobank-Insolvenz und betont, wie brisant dieser Fall offensichtlich ist. So antwortete ihr die DZ Bank: *»Wir müssen ein Interview leider ablehnen, Informationen über die Insolvenz der Ökobank sind verschütt gegangen«* (S. 105). Ein Befragter vermutet Kalkül hinter der Weigerung von Genossenschaftsverband und Sicherungseinrichtung, die Ökobank-Verluste in voller Höhe auszugleichen: *»Da an allen faulen Krediten der Ökobank die DZ Bank beteiligt war, würden deren schwere Prüfungsfehler durch die Liquidation der Ökobank aus der Welt geschafft werden.«* (S. 63)

Die gravierendsten Folgen der Ökobank-Insolvenz ergaben sich für die Genossenschaftsmitglieder, deren Anteile damals 35% ihres Werts verloren. KundInnen hatten keine Verluste zu tragen. Mehr als die Hälfte der MitarbeiterInnen wurden von der GLS-Bank übernommen, die anderen gingen freiwillig oder wurden abgefunden, *»Kündigungen hat es nicht gegeben.«* (S. 114). Die Geschäftsführer Förster und Viehoff werden keine Vorstandsposten in Banken mehr bekleiden können, gegen Oliver Förster wurde seit 2001 zivil- und strafrechtlich prozessiert, weil *»er wegen der gescheiterten Anlage Rommelmühle bzw. das Auflegen eines Prospektes hierfür in Regress genommen werden soll.«* (S. 113). Pinski resümiert (»Ausblick«, S. 134): *»1. Die Ökobank ist nicht an ihrer ethisch-ökologischen Philosophie, sondern an einer unprofessionellen Umsetzung gescheitert. 2. Im Wesentlichen handelte es sich bei den Insolvenzgründen hinsichtlich der Ökobank um die gleichen, die auch bei herkömmlichen Banken zu einer Krise führen. Spezifische Aspekte von »grünen« Unternehmen traten allenfalls hinzu. 3. Eine besondere Gefährdung von (anderen) »alternativen« Banken besteht offenbar nicht.«*

In einem kurzen Schlusswort gibt sie ihrer Hoffnung Ausdruck, dass immer mehr Vermögen nachhaltig angelegt wird, und dass die KundInnen »wahres Engagement von reinen Alibi-Aktivitäten unterscheiden« können (S. 129) und verweist in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung »Reich oder rechts?« von Jörg Bergstedt (Frankfurt/M., 2002).

Die Autorin hat umfangreiches Material zur Ökobank durchgearbeitet und zahlreiche Interviews mit ExpertInnen geführt. Aus ihren Ausführungen wird deutlich, dass sie sich sehr gründlich mit einer ihr fremden Welt auseinander gesetzt hat. Ihre Distanz ist insofern von Vorteil, weil sie nie in die Versuchung gerät, etwas zu beschönigen oder zu rechtfertigen. Anhand der Aussagen und Unterlagen analysiert sie die Schwachpunkte und beurteilt deren Beitrag zum Scheitern. Allerdings bleibt sie aus dieser distanzierten Warte heraus in einer konventionellen Sichtweise gefangen und es fehlt ihr teilweise das Verständnis für die Besonderheiten der Ökobank und für eine Wirtschaft, die bewusst nicht die Gewinnerzielung in den Vordergrund stellt.

Ökobank-Werbung vor der Gründung der Bank

Als angebliche Beispiele für Disziplinlosigkeit führt Pinski den Wunsch eines Vorstands, früher zu gehen um noch seinen Zug zu erreichen, und die Frage nach familiengerechter Teilzeit an, und setzt dies in einer Fußnote gleich mit der Disziplinlosigkeit, die zur Pleite der Sparkasse Bremen führte, weil ein Mitarbeiter Millionenbeträge verzockt hatte (S. 69). Sie erzählt die Geschichte der Ökobank ausgehend vom Scheitern, ohne zu sehen, welche Ambivalenzen gerade die ideologische Ausrichtung und das Ringen um nicht-hierarchische Strukturen aufweisen – wie überall in der Selbstverwaltungsszene, wobei die Ökobank nicht den Anspruch hatte, ein selbstverwalteter Betrieb zu sein. Eine andere Sichtweise wäre, dass trotz aller Schwächen und Probleme das Wunder geschehen konnte, dass die Szene es schaffte, sich eine Bank zu gründen und diese immerhin 13 Jahre lang zu betreiben.

Zur geschäftspolitischen Ausrichtung der GLS-Bank (Geschäftsbericht von 2005): *»Die Einlagen der Kunden werden unter dem Gesichtspunkt der Verwendungsorientierung und nicht vorrangig unter Renditegesichtspunkten getätigt«* kommentiert Pinski kritisch nachdenklich: *»Wie gezeigt, scheinen u.a. gerade die zu weite Abkehr von gewinnorientierten Zielsetzungen sowie Nachlässigkeiten in der Organisation (Mit-) Ursachen für das Scheitern der Ökobank gewesen zu sein«* (S. 123f). Hier missversteht die Autorin offensichtlich die Stärke der GLS-Bank, der es gelingt, KundInnen an sich zu binden, gerade weil sie sinnvolle Vorhaben finanziert, statt in erster Linie gewinnorientiert zu wirtschaften (das hier ebenfalls der GLS zugeschriebene Zitat, mit dem deren »Nachlässigkeit in der Organisation« bewiesen werden soll, stammt laut Fußnote allerdings von der OekoGeno). Diese Voreingenommenheit und wenig Zutrauen in die genossenschaftliche Leistungsfähigkeit im Mitgliedergeschäft findet sich auch in ihrer Analyse der Ökobank, wenn sie die genossenschaftliche Qualität als Problem beschreibt: *»Ziel des Zusammenschlusses zur Ökobank war somit die gemeinschaftliche Selbsthilfe und nicht die Gewinnerzielung.«* (S. 70).

Neben den inhaltlich interessanten und aufschlussreichen Materialien und Ausführungen zu den Details der Geschichte des Scheiterns und den Zitaten aus den ExpertInnen-Interviews mit einigen Beteiligten finden sich allgemeine Informationen zur Rechtsform der Genossenschaft, zu verschiedenen betriebswirtschaftlichen Aspekten, zu Insolvenzen allgemein und speziell bei Banken und zu methodischen Fragen. Dabei bleiben einige begriffliche und sachliche Unklarheiten. Die Distanz zum Genossenschaftswesen zeigt sich auch darin, dass die Autorin durchgängig »e.G.« statt richtigerweise »eG« für »eingetragene Genossenschaft« schreibt. Die Zuordnung der Zitate, die in Fußnoten mit der Nummer des jeweiligen ExpertInnen-Interviews bezeichnet sind, zu den jeweiligen Personen ist leider nicht immer möglich. Die »Liste der befragten Experten« ist nicht im Inhaltsverzeichnis erfasst und findet sich in den methodischen Ausführungen auf Seite 111, jedoch ohne entsprechende Nummerierung der dort aufgeführten Namen der Interviewten. Da die Autorin nur 4 ehemalige MitarbeiterInnen zu ihrer Betroffenheit durch die Insolvenz der Ökobank interviewt hat, können deren Aussagen nicht als repräsentativ angesehen werden.

Mit dieser Arbeit wurde die Aufarbeitung der Geschichte der Ökobank begonnen. Der relativ hohe Preis des Buches könnte jedoch verhindern, dass ihm die verdiente Anerkennung zuteil wird. Es wäre wünschenswert, dass der Text dieser Arbeit kostenfrei online zugänglich gemacht wird.●

Monika Pinski: Die Insolvenz der Ökobank Frankfurt – Ursachen und Folgen – Eine betriebswirtschaftliche Auswertung unter vergleichender Betrachtung der UmweltBank Nürnberg. Masterarbeit im Rahmen des MBA-Studiengangs »Sustainability management« der Universität Lüneburg, Lüneburger Schriften zum Wirtschaftsrecht, Band 9, Nomos, 2007, 160 Seiten, 38 EUR

CONTRASTE entstand zur Zeit der Gründungsdiskussionen um die Ökobank und hat dieses Projekt von Anfang an kritisch begleitet. Auch die Restgenossenschaft OekoGeno behalten wir im Blick und berichten unseren LeserInnen von Zeit zu Zeit, was sich dort tut. Unsere Autorin Elisabeth Voß war 2005/06 in der Geschäftsführung – teilweise auch in Vorstandsverantwortung – für die OekoGeno eG tätig.

Anzeige
Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

NEUGRÜNDUNGEN

Arbeitsplatzchancen durch Produktivgenossenschaften

Selbsthilfeunternehmen als Element innovativer Beschäftigungspolitik

Die ab den 1970er Jahren zunehmenden Schwierigkeiten der Sozialstaaten die Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, wurden durch die Globalisierung und Deregulierung der Finanz- sowie der Arbeitsmärkte verstärkt. Sie haben sich nach der jüngsten globalen Finanzkrise zugespitzt. In den Großunternehmen sind schon lang nicht mehr ausreichend Arbeitsplätze vorhanden, und die neu geschaffenen Arbeitsplätze sind oft befristet oder auf der Basis geringfügiger Beschäftigung. Produktivgenossenschaften werden in anderen Ländern vom Staat bei der Durchführung sozialpolitischer Aufgaben als Partner einbezogen. Sie zeigen sich dort als wesentliches Element innovationsorientierter Beschäftigungspolitik.

Rosane Yara Rodrigues Guerra, Red. Genossenschaften ● Die steigende Arbeitslosigkeit ebenso wie die Verbreitung prekärer Beschäftigungsformen untergraben das Fundament der erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft. Sie bringen wachsende soziale Disparitäten mit sich. Massives Beschäftigungsdefizit – und damit der Rückgang der Zahl der Sozialversicherungsbeitragszahler – sowie die darauf folgenden Kürzungen von Sozialleistungen bzw. Transferzahlungen der sozialen Sicherungssysteme führen zu einem Verarmungsprozess. Auch in Deutschland ist Erwerbs- und Lohnarbeit zu einem knappen Gut geworden. Die daraus resultierende soziale Ausgrenzung wird zunehmend real.

Zunehmende Gruppenselbsthilfe

Angesichts der Stagnierung des Arbeitsmarktes und gleichzeitig der Grenzen staatlicher Wohlfahrtspolitik steigen die Gründungszahlen neuer Selbsthilfeinitiativen in Form von genossenschaftlichen Vereinigungen seit den 1970er Jahren weltweit stetig an. Zahlreiche neue Organisationen werden durch die Bürgergesellschaft gegründet – zumeist in Form von Assoziationen und Genossenschaften. Dies geschieht nicht nur als Reaktion auf die Erwerbslosigkeit, Leistungskürzungen und Mangel an sozialen Dienstleistungen, sondern auch aus politischem Anspruch nach demokratischer Betriebsorganisation sowie nach einer sozial- und ökologisch verträglichen Produktion.

Immer mehr Menschen greifen zur wirtschaftlichen Gruppenselbsthilfe. D.h. sie schließen sich in assoziativen Formen zusammen und versuchen durch Zusammenwirken ihre Lebensgrundlage zu schaffen. Gemäß einem Bericht der Vereinten Nationen gab es im Jahr 1980 rund 2.500 Produktivgenossenschaften in Europa – auch Arbeitnehmergenossenschaften genannt. 2007 betrug ihre Anzahl bereits 85.000, in denen 1,5 Millionen »worker-owners« beschäftigt waren. Zunehmend wird nach neuen Lösungen jenseits von Markt und Staat bzw. nach gesellschaftlichen Alternativen gefragt und die Bedeutung der genossenschaftlichen Selbsthilfe für die Erwerbsbeschäftigung thematisiert. Entsprechend wird in der Europäischen Union (EU) regionalen und lokalen Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet.

Teil der Zivilgesellschaft

Produktivgenossenschaften sind autonome und rechtlich unabhängige Formen der Selbstorganisation bzw. Selbsthilfe von Bürgern. Sie sind Personenvereinigungen mit gemeinsamen Zielen, Teil der organisierten Zivilgesellschaft und zugleich gemeinschaftliche Wirtschaftsbetriebe, die zur Mitgliederförderung (Förderungsauftrag) dienen. Je nach Land werden sie als Arbeiterproduktivgenossenschaft, worker cooperative, joint-production cooperative oder société coopérative ouvrière de production bezeichnet. Im Unterschied zu den Vereinen, die durch einen Nonprofit-Charakter gekennzeichnet und auf staatliche Förderungen und private Spenden sowie stark auf ehrenamtliches Engagement und freiwillige Mitarbeit angewiesen sind, verfolgen die Produktivgenossenschaften sowohl gemeinnützige als auch erwerbswirtschaftliche Ziele. Sie sind demokratische und selbstverwaltete Sozialunternehmen, deren Hauptzweck es ist, nicht Gewinne zu maximieren, sondern stabile und dauerhafte Arbeitsplätze für ihre Mitglieder in einem Gemeinschaftsbetrieb zu schaffen.

Anders als bei herkömmlichen Unternehmen besteht ihre Absicht darin, das Gemeinwesen oder sozial benachteiligte Personen zu begünstigen. Sie streben an, soziale Verantwortung auf lokaler Ebene zu fördern. Der Entscheidungsprozess ist nicht an Kapitalanteile, sondern mit Personen verknüpft, d.h. es gilt das Prinzip »eine Person eine Stimme«. Durch die Förderung, die ihnen durch die genossenschaftlichen Organisationen bzw. Verbände und durch den Staat zukommen. Produktivgenossenschaftliche Unternehmen entwickeln sich stärker in Ländern, in denen es aktive staatliche Förderung sozialökonomischer Selbstorganisation gibt. Dazu gehören öffentliche Unterstützung und Förderungsmaßnahmen, die ihnen gemeinwesenbezogenen Zielsetzungen entstanden sind. Den wirtschaftlichen Zwecken wurde Vorrang vor den gemeinnützigen Zielvorstellungen eingeräumt. Die bis 2006 restriktive und unflexible Genossenschaftsregelung sowie die Zuordnung der Genossenschaften zu dem Sektor Markt erschwerte die Verbreitung der Produktivgenossenschaften in Deutschland.

Die Genossenschaft Haus & Garten aus Kirchzarten ist Sozial- und Produktivgenossenschaft zugleich

Produktivgenossenschaften können (gesellschaftlich ausgegrenzte) Menschen sowohl in den Arbeitsmarkt (wieder) eingegliedert werden als auch Gleichberechtigung und Partizipation aufgrund der Genossenschaftsprinzipien erleben. Die Mitbeteiligung, Mitgestaltung und Mitbestimmung im genossenschaftlichen Unternehmen fördern ihre Selbstbestimmung und stärken ihr Selbstwertgefühl.

Aufschwung der Genossenschaften

In den meisten EU-Mitgliederstaaten bilden die Genossenschaften einen nennenswerten Bestandteil der Marktwirtschaft vor allem im primären und tertiären Sektor. In Italien, Spanien, Portugal, Finnland und Schweden sind die Genossenschaften stark präsent und diese Länder erleben in der letzten Zeit einen Aufschwung der Produktiv- sowie der Sozialgenossenschaften. Die sogenannten Sozialgenossenschaften vor allem in Italien sind oft eine Art von Produktivgenossenschaft. Häufig bieten sie Dienstleistungen von kollektivem Interesse an oder stellen Güter her und fördern dabei die Integration wirtschaftlicher Randgruppen durch Erwerbsbeschäftigung. Die Zahl der Sozialgenossenschaften hat sich in Italien in den 1990er Jahren verdreifacht.

In Schweden bieten kleine (Produktiv-) Genossenschaften Dienstleistungen im sozialen Bereich, die bis Ende der 1970er Jahre fast ausschließlich durch den Staat bzw. die Gemeinden erbracht wurden. Viele schaffen Arbeitsplätze für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personen. Im Bereich soziale Dienste betreiben sie besonders Kindertagesstätten, da die von den Gemeinden angebotenen Kindergartenplätze schon lange unzureichend sind, und diese werden durch staatliche Subventionen gefördert. Jährlich werden in Schweden etwa 200 bis 300 neue (produktiv-)genossenschaftliche Unternehmen mit staatlicher Unterstützung gegründet, um besonders die Beschäftigung von Frauen, jungen Heranwachsenden und Menschen ausländischer Herkunft zu fördern.

Keine Wunderlösung

Die Produktivgenossenschaften übernehmen in einigen Ländern immer mehr soziale Aufgaben und bieten personenbezogene Dienstleistungen an. Sie schaffen neue und lokal gebundene Arbeitsplätze und sind an deren Erhaltung stärker und längerfristiger interessiert als externe bzw. große Investoren. Dadurch entlasten sie die Wohlfahrtsstaaten sowohl bezüglich der Beschäftigungsförderung als auch der Bereitstellung sozialer Dienste. Produktivgenossenschaften bieten zwar keine Wunderlösung für die Krise der Arbeitsgesellschaft an, jedoch können sie ein wichtiges Element innovationsorientierter Beschäftigungs- und Sozialpolitik sein.

Der Aufschwung der Produktivgenossenschaften in den letzten Jahren und ihre wachsende Rolle in der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen (wie z.B. in Italien und Schweden) ist das Ergebnis einer aktiven vor allem ab den 1990er Jahren gewährt werden, wie beispielsweise fördernde gesetzliche Rahmenbedingungen, Entlastung bei der Einkommensteuer und Sozialabgaben, Beratung und Aus- und Weiterbildungsprogramme zur Gründung sowie Informationskampagnen über Genossenschaften.

Mangel an Förderungen

In Deutschland wird der Beitrag der Produktivgenossenschaften für die Gesellschaft und Sozialpolitik von den Regierungen bedauerlicherweise immer noch nicht wahrgenommen. Die »Europäische Charta für Kleinunternehmen« wurde durch den Europäischen Rat bereits im Jahr 2000 verabschiedet. In dieser werden die Mitgliederstaaten von der Europäischen Kommission aufgefordert, für die Genossenschaften förderliche Bedingungen herzustellen. Trotzdem fehlt es in der Bundesrepublik bis in die Gegenwart – ausgenommen in Berlin – an staatlichen Fördermaßnahmen, die an den Produktivgenossenschaften ausgerichtet sind.

Hierzulande fehlen nach wie vor öffentliche Maßnahmen zur Ermutigung und Unterstützung von sozial benachteiligten Menschen, die durch Kooperation und Selbsthilfe die Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen anstreben. Schon lang werden hier keine arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen durchgeführt, die Menschen fördern, die sich für kooperative Selbsthilfe entschließen. Dabei leisten Produktivgenossenschaften auch in der Bundesrepublik einen Beitrag zur Beschäftigungsförderung und sind an der Wohlfahrtsproduktion beteiligt.

Im Gegensatz zu Italien und Schweden wurden die (Produktiv-)Genossenschaften in Deutschland bis 2006 als Teil der Privatwirtschaft betrachtet, obwohl sie ursprünglich als Unternehmen mit sozialen bzw.

Bolando wurde als erste genossenschaftliche Dorfgaststätte in Deutschland in Bolschweil gegründet. Arbeitsplätze für Menschen aus dem Ort gehören selbstverständlich dazu

Novellierung des Gesetzes

Erst mit der Verabschiedung des neuen Genossenschaftsgesetzes im Sommer 2006 – aus Anlass der Einführung des Statuts der Europäischen Genossenschaft (SCE) in das deutsche Recht – dürfen die (Produktiv-) Genossenschaften auch die sozialen und kulturellen Belange ihrer Mitglieder ausdrücklich fördern. Mit dem neuen Genossenschaftsrecht wurden ebenfalls andere formale Hindernisse für die (Produktiv-)Genossenschaften aufgehoben. Die Gründungsvoraussetzungen von genossenschaftlichen Unternehmen sowie die allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen für kleine Genossenschaften sind vereinfacht worden. Dennoch erweist sich für kleine Selbsthilfeinitiativen die Entscheidung für diese Rechtsform weiterhin als bürokratisch und teuer. Seit der Novellierung werden verstärkt neue (Produktiv-) Genossenschaften vor allem von FreiberuflerInnen und gewerblichen DienstleisterInnen gegründet, die besonders in den Bereichen des IT, der Beratung, Gesundheit, Betreuung und lokalen Diensten tätig sind.

Um den Genossenschaftsgedanken und neue Genossenschaftsgründungen zu fördern, sind in Deutschland in den letzten Jahren seitens der Zivilgesellschaft neue Genossenschaftsorganisationen entstanden. Der *Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens* entstand in den 80er Jahren und bezweckt sowohl Informationen über die Entwicklung des Genossenschaftswesens und dessen gemeinnützigen, sozialen und kulturellen Aspekte zu vermitteln als auch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für den Genossenschaftsgedanken zu leisten. Die 2001 entstandene Genossenschaft *innova eG* ist ein Zusammenschluss von Organisationen, die darauf zielt, die Gründung und den Aufbau von Selbsthilfegenossenschaften zu unterstützen. Die *innova eG* bietet vor allem für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personen Beratungen, Qualifizierungen und professionelle Unterstützung für die Entwicklung gemeinschaftlicher Selbsthilfe.

Zudem besteht seit 1995 der *Prüfungsverband der kleinen und mittelständischen Genossenschaften*, der sich für genossenschaftliche Neugründungen ebenso einsetzt und Angebot an Prüfungs- und Beratungsleistungen zur Verfügung stellt. Der bereits im Jahr 1903 gegründete *Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften* (ZdK) bietet Rechtsberatung an und vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Regierungen, Parlamenten und Behörden. Diese Organisationen leisten einen unentbehrlichen Beitrag für Menschen, die nicht nur aus einer Notsituation, sondern auch aus dem Anliegen nach einem humaneren Arbeitsprozess, einer gemeinschaftlichen Bewirtschaftung und gerechteren Verteilung von Ressourcen zur sozialökonomischen Selbstorganisation greifen.●

Hauptsache Arbeit?

Die Publikation erschien als Begleitband anlässlich der Ausstellung »Hauptsache Arbeit. Wandel der Arbeitswelt nach 1945«. Sie war vom November 2009 bis Anfang April 2010 im Haus der Geschichte in Bonn zu sehen. Als zweite Station wird die Ausstellung ab Mitte Dezember bis Anfang Mai 2011 im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig zu sehen sein. Da der populärwissenschaftliche Band von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland herausgegeben wird, kommt ihm eine halb-offizielle Bedeutung für das historische Selbstbild der Bundesrepublik zu.

»Die Ausstellung will«, so das Vorwort, »dazu beitragen, aus zeitgenössischer Perspektive das Bewusstsein für Bedingungen und Erfordernisse einer sich permanent wandelnden Arbeitswelt zu vertiefen und zu schärfen«. Der Band beginnt mit einem Überblick über den Strukturwandel der Arbeit im 20. Jahrhundert von Klaus Tenfelde, einem der Meisterdenker der an Strukturen orientierten Historischen Sozialwissenschaft. Daran anschließend berichtet Andreas Rödder über die gewandelten Einstellungen und Haltungen innerhalb und gegenüber der Arbeitswelt. Es folgen neun Artikel, unter anderem über die Automobil- und Textilindustrie; die Veränderungen im Dienstleistungssektor – Post, Banken, Gesundheitsindustrie – sind ebenso Thema wie die enormen technologischen Umbrüche in der Agrarwirtschaft. Einen Fokus auf Arbeit in der DDR haben die Beiträge zu Eisenhüttenstadt und zum Fritz-Heckert-Kombinat in Chemnitz. Dazwischen sind fünf Querschnittsartikel gestreut, die Arbeitslosigkeit, Arbeitsmigration hin zu haushaltsnahen Dienstleistungen oder die vielbeschworene Flexibilisierung von Arbeit zum Gegenstand haben.

In der Ausstellung kommen in sämtlichen Stationen auch die vom Wandel der Arbeitswelt selbst betroffenen ArbeitnehmerInnen ausführlich zu Wort. Rund 50 Zeitzeugen geben Auskunft über ihre Berufsbiografien und berichten über den Wert der Arbeit in ihrem Leben. Diese Sichtweise ist im Ausstellungsband leider sehr schwach vertreten, da hier nur eine Handvoll noch dazu sehr kurzer persönlicher Aussagen dokumentiert wird.

Die Gewerkschaften werden vor allem als Organisatoren von Abwehrkämpfen gegen den technologischen Wandel dargestellt. Eine weitergehende, gestaltende Rolle wird ihnen nicht zugeschrieben. Streiks fehlen fast völlig, sie werden nur im Zusammenhang mit den Kämpfen um die Einführung der 35-Stunden-Woche Mitte der 1980er-Jahre erwähnt.

Zusammengefasst bietet der Band zu den Strukturveränderungen vor allem der historischen »Bonner Republik« einen guten Überblick aus einer linksliberalen Perspektive. Als populärwissenschaftliches und illustriertes Werk ist er recht annehmbar. Er zeigt in seinen Querschnittsartikeln deutlich, wie wichtig heute die Ansprüche der Arbeitenden auf Autonomie sind – und dadurch Gegenstand von Konflikten in der Arbeitswelt werden.●

Bernd Hüttner

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn (Hrsg.): Hauptsache Arbeit. Wandel der Arbeitswelt nach 1945; 160 Seiten mit 159 farbigen und 86 s/w-Abbildungen, 27,80 EUR

Von Medien und Botschaften

Parteien legen Bildungsprogramme für ihre Mitglieder und Sympathisanten auf. Medienkompetenz wird dabei großgeschrieben. Ob es sich nun um das christlich-demokratische oder das links-sozialdemokratische Fußvolk handelt: Alle sollen ihre Partei in gutem Medien-Licht erscheinen lassen. Noch der kleinste Ortsverein möchte professionelle Hochglanzprospekte produzieren. Insofern ist es kaum verwunderlich, wenn auch die Linkspartei ihre Medienarbeit professionalisiert und mit der Linken Medienakademie (LiMA) eine entsprechende Fortbildungsveranstaltung jetzt schon im siebten Jahr auflegt.

Die zwei nun in kurzer Reihenfolge erschienenen Tagungsbände verfolgen allerdings ein weitergehendes Ziel: Sie formulieren den Anspruch, Medienkompetenz mit Medienkritik zu verbinden. Doch: Geht das zusammen? Blickt man auf die Welt durch die Brille einer Werbeagentur, dann geht man davon aus, dass es eine Botschaft gibt, die einfach nur perfekt »kommuniziert« – so eines der zahlreichen Unworte eben jener Werber – werden muss. In Verkürzung der Gramscianischen Hegemonietheorie wird eine solche Herangehensweise auch gerne als linke Strategie – »Hegemonie gewinnen« – dargestellt; ohne sich allerdings darüber Gedanken zu machen, dass sich Inhalte auch über die Art der Vermittlung verändern bzw. die Art der Vermittlung selbst schon einen Inhalt darstellt.

So, wie die Sozialdemokraten in den 1950er Jahren nach zwei verlorenen Bundestagswahlen darüber stritten, ob sie mittels professioneller PR-Arbeit ihre Wahlkämpfe modernisieren sollten und so, wie viele 68er ihre eigene Gegenöffentlichkeit als altertümlich und wirkungslos kritisierten – so scheinen sich nun im Umfeld der Linkspartei bestimmte Debatten um die richtige Mediennutzung und -produktion zu wiederholen.

Mit einer weitergehenden Medienkritik, die sich mit den Wegen der Kommunikation, mit den diskursbildenden Begrifflichkeiten, Bildern und Inszenierungen selbst auseinandersetzt, ist hingegen parteipolitisch kein Blumentopf zu gewinnen. Hier beginnt insofern der interessante Part der beiden Bücher der Medienakademie. Sicher muss man sich mit den Gesetzmäßigkeiten von Medien und (partei)politischer Kommunikation erst einmal vertraut machen. Ob man dies allerdings macht, um sie verändern zu wollen oder ob man einfach nur perfekt die Klaviatur von TV, Rundfunk, Presse und Internet beherrschen möchte – das ist schon eine Richtungsentscheidung, die unterschiedliche Wege eröffnet.

Ein Beitrag von Christoph Nitz liefert hier interessanten Diskussionsstoff. Er geht davon aus, dass es die Liebe zur »Bleiwüste« und unbewusste, uneingestandene Ängste seien, die Linke immer wieder in »ideologische Scheingefechte« gegen professionelle Medienarbeit brächten. Ein solcher Blick orientiert sich allerdings allzu sehr an der Parteipresse, sind doch gerade die modernen Innovationen der Medienwelt, die Orientierung an Emotionen oder der Bezug auf die Sprache der Bilder nicht zuletzt den Kommunikationsformen der Gegenöffentlichkeit und dem kulturellen Underground der sozialen Bewegungen im Anschluss an »68« entlehnt. »Radio Alice« aus Italien, das als Piratensender mit neuen Formen der Kommunikation experimentierte oder »radikal« aus Berlin, das Layoutkonventionen auf den Kopf stellte, könnten an Innovationsfreude auch heute noch mit modernen Medienformaten mithalten – wenn auch ihre politischen Inhalte in Vergessenheit geraten sind.

Spannend sind gerade jene Beiträge aus den zwei Bänden, welche den Begriff von Medienkritik ausweiten. So beschäftigt sich etwa Thomas Lohmeier mit der Wissensproduktion im digitalen Zeitalter und der damit zusammenhängenden Frage des geistigen Eigentums. Oder, um noch einen zweiten von vielen interessanten Beiträgen zu nennen: Holger Schmidt öffnet den Blick für die Differenzen zwischen einer künstlerischen und einer politischen Linken, die sich bis zum Anfang des letzten Jahrhunderts zurückverfolgen lassen.

Hier dokumentiert sich in den beiden Bänden eine Offenheit der LiMA, die es auch interessant macht, einzelne Beiträge noch einmal nachzulesen. Was ein Buch allerdings nicht leisten kann, ist, die einzigartige Atmosphäre der Veranstaltung selbst einzufangen. Hier empfiehlt sich ein Besuch der LiMA im nächsten Frühjahr in Berlin.●

Gottfried Oy

Bernd Hüttner/Christoph Nitz (Hg.): Linke Kommunikation. Kommunikation mit links? VSA Verlag Hamburg 2010. 147 Seiten, 12,80 EUR

Bernd Hüttner/Christoph Nitz (Hg.): Weltweit Medien nutzen. Medienwelt gestalten. VSA Verlag Hamburg 2010. 214 S., 16,80 EUR

Das Kommunefrauenbuch

Aus dem Kreis der politischen Kommunen (Kommuja-Netzwerk) veröffentlichte 1996 ein gemischtgeschlechtliches Redaktionskollektiv das Kommunebuch. Es gab Einblicke in den Alltag des Kommunelebens. Auf den Kommunetreffen gab es damals Frauenplena, die eine wichtige Funktion hatten für den Austausch der Kommunardinnen über Probleme in ihren Projekten und auch für die Durchführung der Treffen selbst. Zusätzlich gab es Frauenkommunetreffen, und dort entstand 1999 in der Kommune Lutter die Idee, nun auch ein Frauenkommunebuch zu schreiben.

Im Jahr darauf trafen sich 14 Frauen. Ihre Motivation: »Wenn wir das alles aufschreiben würden, was uns in unseren Gruppen bei den Plena, bei der Produktiv-Arbeit, bei der Reproduktiv-Arbeit und bei der Auseinandersetzung um Freiräume passiert, würde es einerseits den Mythos von der Gleichberechtigung in unseren Kommunen zwar nicht mehr geben, andererseits wäre es ein Schritt darauf zu [...] Kommune ist ein Spiegel der Gesellschaft, nur ehrlicher.« (S. 14). 10 Jahre später haben die verbliebenen 7 Frauen das Buch endlich fertig gestellt.

Nach einer kurzen Vorstellung der Autorinnen und ihrer 6 Kommunen/Projekte berichten sie sehr subjektiv, auch selbstkritisch und oft schonungslos offen über alle Lebensbereiche, denn »das Private ist politisch«: das Muttersein in Kommunen, lesbisches Leben, Sexualität und Liebe, Kommunikation und Gewalt, Geld und Arbeit. Zu Anarchie und Hierarchie gibt es zusätzliche Informationen aus anarchafeministischen Zusammenhängen. Berührend die Schilderungen über Krankheit und Sterben in Kommunen und ihrem Umfeld. Und am Schluss Frauenräume, Träume und Wünsche.

Als roter Faden zieht sich durch das ganze Buch die Frage nach dem Verhältnis zwischen den KommunardInnen, nach Nähe und Distanz, Austausch und Verbindlichkeit. Diese Reise durch die Freuden und Leiden des Kommunelebens und durch die Lebensgeschichten der Autorinnen wird ergänzt durch feministische Reflektionen und Interviews weiterer Kommunardinnen, und auch Kinder kommen zu Wort: »Eine Kumune ist die ekelhafteste Sache was wir kennen.« (S. 118). Darüber hinaus gibt es viele Gedichte und ein sehr eigenes Glossar. Eine Kommunardin hat das Buch liebevoll gestaltet und illustriert.

Das Kommunefrauenbuch wendet sich in erster Linie an Frauen, die nach Alternativen für ihr eigenes Leben suchen. Ich habe es mit großem Interesse gelesen, weil ich einige der Autorinnen sowie die beschriebenen Kommunen kenne und früher selbst Teil dieser Szene (und Mitautorin des Kommunebuchs) war. Daher kann ich nicht beurteilen, wie aussagekräftig die Erlebnisberichte und Reflektionen für Außenstehende sind. Für Kommune-Interessierte geben sie Einblicke in Stimmungslagen und Konfliktlinien, die teilweise im deutlichem Widerspruch stehen zu den schönen Ansprüchen der Kommuneprojekte. Wenn frau sich darauf einlässt, können die Schilderungen die eigene Wahrnehmung bei der Suche nach einem geeigneten Projekt oder beim Engagement in einer Gründungsinitiative sicher schärfen.●

Elisabeth Voß

Astrid Glenk, Britta Hapke-Kerwien, Karin Hartrampf, Anja Kraus, Doris Krutisch, Heike Richards (Hrsg.): Das Kommunefrauenbuch. Alltag zwischen Patriarchat und Utopie, Edition AV, Lich/Hessen 2010, 437 Seiten, 24,50 EUR

Es gibt einen richtigen Kampf im falschen Leben

Es gab durchaus politisch revolutionäre Anteile im Widerstand gegen die DDR und im Widerstand gegen den Neoliberalismus der Nachwendezeit in den Betrieben. Diese Momente des Widerstandes spricht Heiko Grau-Maiwald in seiner 70-Seiten Broschüre »Betriebsausfall« an. Er führt den LeserInnen vor Augen, dass es eine ganze Reihe von Beispielen gab, an denen sich die Menschen aus der ehemaligen DDR halt nicht alles gefallen lassen haben, an denen sie durchaus grundsätzliche Fragen aufgeworfen haben, an denen sie für ihre Rechte und auch Utopien gekämpft haben.

Sicher all dies ist gescheitert, aber es gab durchaus Anfänge. Der Autor benennt einige Thesen zu den Gründen des Scheiterns, z.B. die Rolle der DGB-Gewerkschaften als Befriedungstruppe der Kapitalseite, mangelnde betriebsübergreifende Solidarität, usw.. All dies heißt aber auch, dort wo ein Anfang ist, ist auch Hoffnung.

Auch diese Broschüre ist ein Anfang, ein Hinweis auf die Existenz dieser Kämpfe gegen den neoliberalen Durchmarsch, ein kleines Stück kritischer Geschichtsschreibung von unten. 70 Seiten sind kurz, zu kurz für eine ausführliche Darstellung und Analyse. Aber sie sind für alle, die das Thema interessiert, sicher ein Beginn. Genauere Analysen, die z.B. auch die Widersprüche, die nicht nur durch äußere Verhältnisse bestehen (DGB, Kapitalseite, Parteien, Regierung, ...), sondern auch durch die kämpfenden Menschen selbst reproduziert werden (Leistungsideologie, Nationalismus, ...), thematisieren, fehlen noch. Dies ist keine Kritik an dieser Broschüre, sondern eine Aufforderung, diese Broschüre als ersten Ansatzpunkt zu nehmen, um genauer hinzuschauen. Z.B. wäre dies sicher ein spannendes Thema für kritische SozialwissenschaftlerInnen.

Um aus der Geschichte zu lernen, muss sie zuerst überhaupt bekannt sein.●

Dju

Heiko Grau-Maiwald: Betriebsausfall. Herbststurm 1989/90 in der DDR und die Kampftraditionen in 20 Jahren Nachwende (49), Syndikat A Medienvertrieb – www.syndikat-a.de, 3,50 EUR

Geld oder Leben

Der etwas reißerische Titel, den Veronika Bennholdt-Thomsen für ihren Essay gewählt hat, täuscht. Denn dies ist weder ein weichgespülter Ratgeber für Gestresste noch eine Empfehlung auf dem Weg hin zur Selbstverwirklichung.

Nein, der Professorin an der Universität für Bodenkultur in Wien und Leiterin des außeruniversitären Instituts für Theorie und Praxis der Subsistenz in Bielefeld geht es um ein großes Thema der Zukunft: Was ist, wenn die Verwandlung des Geldes in Dinge, die wir zum Leben brauchen, nicht mehr klappt, weil sich das Geld in Luft aufgelöst hat? Zugegeben, ein auf den ersten Blick überspitzt erscheinendes Szenarium. Andererseits, angesichts der gegenwärtigen Systemkrise – Konjunkturpakete hin, Rettungsschirme her – eine nicht völlig aus der Luft gegriffene Frage.

Bennholdt-Thomsens Herangehen an das Thema funktioniert aber auch ohne Krise. Die Autorin macht uns in acht Kapiteln, über knapp hundert Seiten, mit der Subsistenztheorie vertraut, die eine Daseinsweise erklärt, die auf die Erwirtschaftung des Lebensnotwendigen gerichtet ist – und die dennoch nichts mit der Steinzeit zu tun haben muss. Warum ist das Subsistenzprinzip bei großen Teilen der modernen Gesellschaft diskreditiert und wird mit ärmlichen Verhältnissen gleichgesetzt? Bennholdt-Thomsen leitet ihre Antworten aus der Kapitalismustheorie ab und trägt fünf Aspekte zusammen, die der heutigen Sicht die Wahrnehmung der Subsistenz versperren, darunter die Missachtung der Natur, die kolonialistische Ausbeutung und die Angst vor der Knappheit.

Sie entlarvt Wachstumszwang und Gelddiktat, die LEBEN nur als Nebeneffekt anfallen lassen, und stellt an deren Stelle die Entkommerzialisierung der Köpfe und Herzen – schwere Kost für den Leser, denn sie impliziert, dass wir mehr oder weniger (fast?) alle auf unseren Eigennutz bedachte Mittäter sind. Immerhin tröstlich, dass, wenn wir das Problem sind, wir auch die Lösung sein können: »Der Appell an das Individuum und an die Zivilgesellschaft (...), wie er heutzutage aus einem breiten Spektrum von Bewegungen laut wird, sich für eine ökologisch und sozial gerechte Welt einzusetzen, entspringt diesem Blick von unten.«

Damit kommt die Autorin zur Beantwortung der Fragen, die sich beim Lesen unwillkürlich stellen: Wie jetzt leben ohne Geld? Warum nicht im Supermarkt einkaufen? Die konkreten Antworten – Tauschbörsen, Umsonstläden, Regionalwährungen – mögen auf den ersten Blick unzureichend sein und angesichts globaler Zusammenhänge utopisch erscheinen. Für Bennholdt-Thomsen sind sie jedoch der Beginn zur Schaffung entkommerzialisierter Freiräume, die nicht nur neue Teilhabechancen für sozial Benachteiligte eröffnen, sondern die auch die Rückbesinnung auf Tugenden wie die Überwindung der Geldgier, die Wertschätzung des Handwerks und die Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskonzepte einleiten. Letztendlich propagiert sie damit eine Kultur des Gebens, in welcher der homo donans den homo oeconomicus und die Subsistenz das Wachstum ersetzt.

GELD ODER LEBEN erschien in der neuen Reihe »quergedacht« des oekom verlages. In den kleinen Bändchen liefern renommierte Autoren mit ihren gewagten Ideen Ansätze für alternative Denk- und Lebensweisen. Somit gibt auch Veronika Bennholdt-Thomsen mit ihrer Arbeit Denkanstöße, die erste Schritte zur Veränderung ermöglichen. Lektüretipp für den geneigten Leser: durchbeißen, sacken lassen, nachdenken!●

Jörg Parsiegla

Aus: Der Rabe Ralf, 8.8.2010

Veronika Bennholdt-Thomsen: Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht. Reihe quergedacht, oekom verlag, München 2010, 93 Seiten, 8,95 EUR

Politischer Kinofilm

»8. Wonderland« erzählt die atemberaubende Geschichte eines virtuellen Staates, den ein global zusammengesetztes Kollektiv aus Hunderten von Menschen im Internet gegründet hat. Sie wollen den bloßen Worten der Politik Taten entgegensetzen. Wöchentlich stimmen die Bürger des *8. Wonderland* über die nächsten Aktionen ab. Per demokratischen Beschluss wird so der Vatikan mit Kondom-Automaten dekoriert, eine Darwin-Bibel in Massenauflage gedruckt, ein Atomdeal zwischen Russland und Iran durch sehr bewusste Fehl-Übersetzung verhindert und millionenschwere Fußballprofis in einen chinesischen Sweatshop zur handgearbeiteten Massenschuh-Produktion verfrachtet.

Die Aktionen des *8. Wonderland* legen den Finger in die Wunden der globalkapitalistischen Ungerechtigkeiten. Mit den sich radikalisierenden Aktionen erschüttern die Web-Revolutionäre nicht nur die Aufmerksamkeits-Ökonomie der internationalen Medien, sondern auch die der westlichen Geheimdienste, die globale Krisen heraufziehen sehen. Als ein Hochstapler behauptet, Gründer und Kopf vom *8. Wonderland* zu sein und seine Popularität für Werbespots ausnutzt, müssen die Internet-Partisanen handeln, wenn sie ihr eigenes Gesicht wahren wollen. Doch allzu schnell sitzen sie in der Diskursfalle: als die Mächtigsten beginnen, dem virtuellen Staat Gewaltakte in die Schuhe zu schieben, ist die Jagd nach den Terroristen des *8. Wonderland* offiziell eröffnet.

»8. Wonderland« vom französischen Regie-Duo Nicolas Alberny und Jean Mach legt mit bissigem Witz und lakonischer Ironie die Mechanismen revolutionären Handelns offen und hinterfragt seine Möglichkeiten in einer Ära der Virtualisierung. Alberny und Mach gelang eine völlig neue Ästhetik, eine radikale und in ihrer Einfachheit geniale Geschichte über Veränderung und Handlungsfähigkeit im 21. Jahrhundert. Der Kinostart war am 12. August 2010.●

dipo

8. Wonderland, Frankreich 2008, 94 Minuten , OmU, Dolby Digital 5.1, 1:1.85, 35mm, digital. Sprachen: Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Russisch, Deutsch, Griechisch, Japanisch, Arabisch, Mandarin, Persisch.

PROJEKTE

Wir wollen in Hamburg o. am Stadtrand eine Kommune gründen und suchen noch Leute. Die Gruppe ist in der Anfangsphase. Interesse? Melde dich doch bei: kommunehhlists@riseup.net

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm
E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

GWR Nr. 351, Sept.: Schwerpunkt Antimilitarismus; Italien im Jahre Null; Interview mit Michael Hardt; Die Solidarnosc wird 30; Antifa in Bulgarien; Irak; Namibia; Anarchismus; Concert for Anarchy, u.v.m. Abo: 30 Euro (10 Ex.), Probeheft kostenlos bei: **GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -351, www.graswurzel.net**

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

**Wir können auch anders!
Leben in der Kommune**

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 3.-5.12.2010
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

**Gemeinsam leben
– gemeinsam pflegen**

Unser Tagespflegekollektiv ist Teil der Kommune Niederkaufungen, die es seit 1986 gibt. Zur Zeit leben 60 Erwachsene und 19 Kinder und Jugendliche auf dem Gelände. Unser Ziel ist es, selbstverwaltete Betriebe und hierarchiefreie Strukturen aufzubauen und zu erhalten.
Wir suchen Menschen, die Lust auf das Arbeiten mit dementiell erkrankten Menschen haben.
Es wäre schön wenn du eine examinierte Pflegekraft bist, das ist aber keine Bedingung.
Dazu findet ein extra Kennenlernwochenende vom **22.-24.10.2010** statt.
Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 3, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 55
E-Mail: info@tagespflege-lossetal.de
www.kommune-Niederkaufungen.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

**Solidarisch handeln
– Solidarisch wirtschaften**

Wenn jeder nach seinem eigenen Vorteil schaut, kommt das allen zugute, meinte einst der Nationalökonom Adam Smith. Doch mit der Finanz- und Wirtschaftskrise steht die Zukunftsfähigkeit dieser Idee erneut in Frage. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit plädieren Kirchen und Gewerkschaften. **Zum Inhalt der Tagung:**
Vorstellung von Leitlinien für solidarisches Konsumentenverhalten im Bereich der Kirche und des Aktionsplans für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung. Erfahrungen bei Betriebsübernahmen von Belegschaften in Argentinien, Einführung in das Genossenschaftswesen und Vorstellung der Entstehung zweier Genossenschaftsbetriebe in Baden-Württemberg.
Termin: 15.-16.10.2010
Ort: Evangelische Akademie Bad Boll
www.ev-akademie-boll.de/index.php?id=142&tagungsid=270610

ENTWICKLUNGSPOLITIK

**Die neue Landnahme in
Afrika, Asien und Lateinamerika**

Die Jagd privater und staatlicher Investoren nach Agrarland im globalen Süden nimmt rasant zu. Angetrieben wird sie nicht nur durch die Nahrungsmittelkrise, den Klimawandel und die steigende Nachfrage nach Agrarrohstoffen, sondern auch durch die Weltwirtschaftskrise. Der von Finanzinvestoren erwartete Umschlag von der Deflation in die Inflation stimuliert die Entwicklung unzähliger Agrarfonds. Fruchtbarer Boden gilt bei Anlegern als eine sichere und inflationsbeständige Vermögensklasse. Laut Weltbank sind die attraktivsten Zielländer dabei jene mit hoher Landverfügbarkeit, geringer Mechanisierung und defizitärer Bodenregulierung. Investitionen finden demnach bevorzugt dort statt, wo traditionelle LandnutzerInnen leicht verdrängt werden können, großflächige Monokulturen möglich sind und der Maschineneinsatz kurzfristige Produktivitätsgewinne verspricht.
Die »neue Landnahme« birgt daher ganz erhebliche ökologische und soziale Risiken in den Anbauländern. Während das industrielle Produktionsmodell die Bodenfruchtbarkeit, Wasserqualität und Biodiversität beeinträchtigt, droht KleinbäuerInnen, Indigenen und Hirten mit unsicheren Nutzungsrechten die beschleunigte Vertreibung. Hinzu kommt die Gefahr interner Versorgungsengpässe auf den Lebensmittelmärkten, wenn wachsende Flächenanteile der Exportproduktion anheimfallen.
Zwar haben internationale Entwicklungsorganisationen die Risiken für Umwelt und Ernährungssicherheit erkannt, ihre vornehmliche Antwort aber – freiwillige Richtlinien und Prinzipien für »verantwortungsvolle« Agrarinvestitionen – kann nicht zufriedenstellen. Ein effektiver Schutz natürlicher Ressourcen und traditioneller Landrechte erfordert weit durchgreifendere Maßnahmen sowohl in den Herkunfts- als auch in den Zielländern der Agrarinvestitionen. Doch diesbezügliche Vorschläge aus der Zivilgesellschaft bleiben bisher weitgehend ungehört. Vor allem die Stimme der Betroffenen im Süden müsste ein weit höheres Gewicht erhalten: Für sie ist die Eindämmung des »Land Grabbing« von existenzieller Bedeutung.
Termin: 18.11.2010, 12.30 bis 20 Uhr
Ort: Im Kirchsaal des Hotels Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstr. 30, 10117 Berlin
Eine Veranstaltung des Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika FDCL e.V. und Brot für die Welt.
Anmeldung unter: info@fdcl.org
☎ (0 30) 693 40 29, Fax 692 65 90

TAUSCHRINGE

**Bundesarbeitstreffen
der Tauschsysteme**
Termin: 22.-24.10.2010
Ort: Nordwalde bei Münster
Information & Anmeldung:
www.tauschringe.net/batt_10

BUCHMESSE

15. Linke Literaturmesse

Seit 1996 findet jährlich in Nürnberg an einem Wochenende im Herbst die Linke Literaturmesse statt. Sie ist die größte Verkaufsmesse in Deutschland für linke Literatur. Das Programm umfasst drei Tage und mehrere Dutzend Veranstaltungen aller einschlägigen Verlage.
Termin: 19.-21.11.2010
Ort: K4, Königstr. 93, Nürnberg
www.linke-literaturmesse.org

ANTIRASSISMUS

**arak10 – gegen den
rassistischen Normalzustand**
4 Tage Infoveranstaltungen, Workshops, Diskussionen und Vernetzungsmöglichkeiten

Rassismus ist gesellschaftliche Normalität und begegnet einem in allen Bereichen des alltäglichen Lebens. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert, beleidigt und körperlich angegriffen. Menschen wird es von Behörden erschwert ein selbstbestimmtes Leben zu führen, indem sie ständig kontrolliert und daran gehindert werden einer Arbeit nachzugehen oder sich überhaupt frei zu bewegen. Ihren Höhepunkt finden solche behördlichen Maßnahmen nicht selten darin, dass diese Menschen in Haft genommen und abgeschoben werden. Auch die Grenzbefestigungen des europäischen Wirtschaftsraumes und neokoloniale Aktivitäten kapitalistischer Konzerne und Staaten sind als eine Form von Rassismus zu bewerten.
Trotz der vielfältigen Erscheinungsformen von Rassismus und rassistischer Repression, migrieren immer noch zahlreiche Menschen und überwinden die Festung Europa. Sie nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand und leisten in ihrem Alltag Widerstand gegen staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus.
Der antirassistische Kongress 2010 soll Gelegenheit geben, sich mit den Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen von Rassismus auseinander zusetzen. Genauso soll er einen Überblick über den antirassistischen Widerstand der letzten Jahrzehnte geben. Wir wollen die Zeit aber auch nutzen, um unsere eigene politische Arbeit und den Umgang mit Ausgrenzungsmechanismen innerhalb der Linken kritisch zu hinterfragen und Perspektiven für zukünftigen Aktivismus zu eröffnen.
Termin: 14.-17.10.2010
Ort: Rote Flora Hamburg

AK ANNA

Vom **19. bis 21.11.2010** findet in Bremen im Paradox das Treffen/Tagung »Selbstbestimmte Technikentwicklung und -nutzung« statt. Die gesellschaftliche Entwicklung ist auf das Engste mit der Technologieentwicklung verknüpft. Selbstbestimmung setzt insofern voraus, dass wir auch über die Technikentwicklung und -nutzung (mit)bestimmen.
Wo liegen die Probleme und wie ist das umsetzbar?
Infos unter:
www.ak-anna.org/selbstbestimmte_technikentwicklung.html

VERKEHR

Konferenz Auto.Mobil.Krise

Vom **28.10. bis 30.10.2010** findet in Stuttgart die internationale Konferenz Auto.Mobil.Krise. statt.
www.auto-mobil-krise.de/ ist das Blog zur Konferenz.
Hier ist das aktuelle Programm zu finden:
www.auto-mobil-krise.de/files/2010/05/amk-t.pdf

KONGRESS

So, wie es ist, bleibt es nicht
Der ...umsGanze! – Kongress zu Arbeit und Krise

Gestern noch als bestmögliche Wirtschaftsform geadelt, erscheint heute vielen der Kapitalismus mit seiner krisenhaften Dynamik eher als fortwährende Bedrohung der eigenen Lebenslage: EU-Staaten stehen vor dem Staatsbankrott, Geldanlagen privater Sparer haben sich in Luft aufgelöst. Massive Einsparungen im Sozial- und Gesundheitssystem stehen auf der Agenda. Ebenso Einschnitte beim Lohnniveau und eine Erhöhung des Rentenalters. Was einst als sicher galt, entpuppt sich in Zeiten der Krise umso mehr als umkämpftes Privileg auf Widerruf. Nicht allein Konservativen erscheint das einstige Fortschrittsversprechen des Kapitalismus deshalb längst als böser Fluch.
Wir wollen mit dem Kongress ein systematisches Verständnis der aktuellen Krise fördern und nach dem generellen Zusammenhang zwischen Arbeit, kapitalistischer Verwertung und krisenhafter Entwicklung fragen. Der Kongress verfolgt dabei folgende Linie: Angefangen bei der Frage nach dem Zusammenhang von Krise und kapitalistischer Produktionsweise im Allgemeinen, wollen wir das Besondere der aktuellen Krise analysieren und nach den Transformationen der Arbeit und des Sozialen fragen. Schließlich soll kontrovers die Tragfähigkeit des Konzepts einer »sozialen Gerechtigkeit« für eine emanzipatorische Linke diskutiert werden. Das Nachdenken über Alternativen zum Kapitalismus muss sich als doppelte Kritik vollziehen: Am Kapitalismus als verselbstständigtes, unnötiges Zwangsverhältnis ebenso wie am (Real-)Sozialismus als schlechter Versuch seiner Aufhebung. In diesem Sinne wollen wir auf dem Kongress diskutieren, wie ein Bezug auf den Kommunismus heute aussehen könnte.
So, wie es ist, bleibt es nicht – das ist auch die Einsicht, dass die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise mit all ihren Verheerungen prinzipiell abgeschafft werden kann. Den Kapitalismus durch einen »Verein freier Menschen« zu ersetzen, diesem Vorhaben sieht sich der Kongress verpflichtet.
Termin: 3.-5.12.2010
Ort: Ruhr-Universität Bochum
Mehr: http://kongress.umsganze.de

MEDIEN

Bildbearbeitung mit Photoshop

Politische Kommunikation lebt von Bildern. Mit Photoshop von Adobe können Sie Bilder professionell scannen und bearbeiten – für Druckwerke wie fürs Internet. Photoshop bietet hervorragende Möglichkeiten zur Retusche und Bildbearbeitung.
Weitere Stichpunkte: Dateiformate, Import und Export, Systemkalibrierung, Ebenen, Filter, Kanäle, Pfade, Masken und Farbbehandlung.
Termin: 13./14.11.2010
Ort: Journalistenakademie, München
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik,
Oberanger 38/1, 80331 München
☎ (0 89) 26 09 06, Fax -07
E-Mail: bsp@baysem.de

STIFTUNG MITARBEIT

Bundestagung Freiwilligenagenturen

Die Bundestagung ist ein wichtiges Forum der Freiwilligenagenturen, -börsen und -zentren, bei dem jeweils ein Thema im Mittelpunkt steht, das für die Arbeit der Freiwilligenagenturen aktuell relevant ist. Die Tagung wird durch zahlreiche praxisnahe Workshops mit Best Practise Beispielen geprägt, die von MitarbeiterInnen aus den Freiwilligenagenturen gestaltet werden. Die Vielfalt der Workshops ermöglicht es, den unterschiedlichen Profilen und Arbeitsbereichen der Einrichtungen wie auch den Fragestellungen von neuen und erfahrenen, von haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen gerecht zu werden. Zum Auftakt der Tagung wird der Innovationspreis für Freiwilligenagenturen verliehen, den die Stiftung Apfelbaum und die Deutsche Bank stiften.
Die Bundestagung ist eine Kooperation der Bundesarbeitsgemeinschaft Freiwilligenagenturen (bagfa) und der Stiftung MITARBEIT.
Termin: 3.-5.11.2010, Essen
Anmeldung: siehe unten

Workshop »Arbeit im Verein«
Vereinsgründung, Vereinsentwicklung, Vereinsrecht

Immer mehr Initiativen und Projekte sind darauf angewiesen, sich rechtlich verbindliche Grundlagen und klare Organisationsstrukturen zu geben. Gründe sind beispielsweise veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen oder der Zwang zu unkonventionellen Finanzierungs- und Fundraising-Aktivitäten. Der Workshop soll kleinere Initiativen, Projekte und Non-Profit-Organisationen dabei unterstützen, die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen bei einer Vereinsgründung zu gestalten und die Vereinsorganisation prozessorientiert weiterzuentwickeln. Dabei sollen

- Kerninformationen zu den einschlägigen Grundlagen des Vereins-, Steuer- und (vereinsbezogenen) Arbeitsrechts vermittelt werden;
- die Teilnehmer/innen bei der Ausarbeitung und Formulierung einer Satzung unterstützt und beraten werden;
- die Wege zur Vereinsgründung in allen (vereins-, steuer- und organisationsrechtlichen) Facetten erarbeitet werden;
- die Wege der internen Organisationsentwicklung in der Startphase ausführlich diskutiert und
- Hilfsmittel und Informationen zur ständigen (Selbst-)Überprüfung dieses Prozesses an die Hand gegeben werden.

Termin: 5.-7.11.2010, Mühlhausen, Thüringen
Information & Anmeldung:
Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
☎ (02 28) 6 04 24-0, Fax 6 04 24-22
E-Mail: info@mitarbeit.de

BERLIN

Tausch und Täuschung
Die Immobilienspekulation und die Idee eines neuen Eigentumsrechts

Leistung wird gegen Leistung getauscht. Das ist das Prinzip der Wirtschaft. Gerecht kann es dabei nur zugehen, wenn niemand in die Lage kommt, etwas gegen eine Leistung einzutauschen, das seinerseits keine Leistung ist. Der Boden ist keine menschliche Leistung, anders als die Produkte, die darauf erarbeitet werden können. Es kann deshalb höchstens sein, dass jemand das Recht darauf hat, den Boden zu nutzen. Das Recht als solches ist aber nicht vergleichbar mit einem Produkt menschlicher Arbeit. Wir vergleichen beides trotzdem, indem wir dem Recht einen Preis geben und es gegen Waren tauschen. Das Ergebnis ist ein manipulierter Leistungstausch, in dem die einen ihre Arbeit hingeben müssen, damit die anderen ein arbeitsloses Einkommen beziehen dürfen. Aus dem Tauschen ist ein Täuschen geworden. Wir werden herausfinden, wie das Täuschen mit dem aus dem römischen Patriarchat importierten Eigentumsrecht zusammenhängt, und wie daraus die vielgenannten, aber nie verstandenen »Scheinwerte« entstehen. Schließlich wollen wir sehen, ob es uns gelingt, die Umrisse eines neuen Eigentumsrechts, jenseits von Privat- oder Staatseigentum, zu zeichnen.
Termin: 19.-21.11.2010
Ort: Sinnewerk, Rigaer Str. 104, 10247 Berlin
Da die Teilnehmerzahl auf 20 Personen begrenzt ist, solltet Ihr Euch rechtzeitig anmelden:
Johannes Mosmann
☎ (0 30) 26 30 52 02
institut@dreigliederung.de
www.dreigliederung.de

**Kommunikation
– das Wesen der Freiheit!**

»Kommunikation ist das Wesen der Freiheit!« hat einmal der US-amerikanische Öko-Anarchist Murray Bookchin geschrieben. Tatsächlich: wie wir miteinander und nach außen kommunizieren, prägt unseren Alltag, unsere Beziehungen und unsere politische Macht. Libertäre Kommunikation ist gewaltfrei und kooperativ. Sprachgewalt ist eine Waffe, jedoch eine Form von Herrschaft, wird sie mißbräuchlich angewandt. Die Auswirkungen erleben wir jeden Tag in den Medien oder auch in Beziehungen untereinander. Richtig angewandt emanzipiert Kommunikation die Kommunizierenden und ist der Schlüssel zu wirkungsvoller Vernetzung und Gegenmacht. Gegenmacht gegen die tägliche Gehirnwäsche der »herrschenden Meinung« ist notwendig. Nur auf dieser Basis ist Gesellschaft veränderbar und Revolution möglich. Der Publizist R@lf G. Landmesser spricht über Defizite, Möglichkeiten und Notwendigkeiten libertärer Kommunikation.
Termin: 13.10.2010, 19 Uhr
Ort: BAIZ, Christinenstr. 1, 10119 Berlin

**»Die Welt verändern
ohne die Macht zu übernehmen.«**

Vorstellung des Buches des in Mexiko lehrenden Politikwissenschaftlers John Holloway. Ein Ruf geht durch die Welt. Der Ruf der im Süden Mexikos, im Bundesstaat Chiapas, aktiven unkonventionellen, wenig schießfreudigen Guerilla EZLN, die ohne die alte konventionelle Monopolstellung agiert. Weder allwissend, noch unter dem Banner der einzig...., sondern »Fragend gehen wir voran. Ya Basta!« Es reicht! Der Ruf des globalen Widerstandes auf Erkenntnissuche nach einer neuen Vision von Utopie ertönt. Abschied nehmend vom orthodoxen Marxismus.
Aber bekanntlich stellen sich Fragen: Worin lag das Versagen der linken Geschichte? Warum folgten auf siegreiche Revolution/en solch furchtbare Niederlagen und Degenerationen? Warum tut sich der Mainstream-Marxismus mit libertären Elementen so schwer? Gibt es eine Revolution mit Happy End? Am Schluss folgt die Aufforderung John Holloway's: Es wird eingeladen zur Diskussion.
Termin: 27.10.2010, 19 Uhr
Ort: BAIZ, Christinenstr. 1, 10119 Berlin

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg